Informations-Dienst
zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



D 1870 CX



TLICH NR. 201 29. OKTOBER 1977
ierstag, 16.00 Uhr



frankfurter informationsdienst
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel. 0611/70 43 52

postadresse:
postfach 90 03 43
6000 frankfurt 90

KONTAKTZENTRE

2000 hamburg
hälfte des himmels
schlüterstr.79
tel. 040/4104262

4630 bochum
politischer buchladen
im westenfeld
tel.0234/702336

5000 köln
der andere buchladen
zülpicherstr.197
0221/420214

7400 tübingen
aktion pol. buchladen
nauklerstr.20
tel.07071/ 23393

8000 münchen
basis buchladen
adalbertstr. 41b
tel.0811/2809522

schweiz:
eco libro
8004 zürich
engelstr. 62
tel.01/391267

druck: druckladen
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel. 0611/70 57 72

bilderdienst im id
postfach 90 03 43
6000 frankfurt 90

einzelverkaufspreis
1,50 dm incl 5,5% mwst

abonnement gegen vorauskasse von 1.50 dm je heft. mindestbetrag 18 dm für 12 hefte (vierteljahr) auf **postscheckkonto 52 52 28 – 602 postscheckamt frankfurt** (blz 500 100 60) bitte **stichwörter** angeben: „neuabo" , „verlängerung" „adresswechsel", außerdem die genaue adresse. noch besser: die abonummer.

BANANENREPUBLIK ?

HAUSMITTEILUNG

Zum Zustand von Manuskripten: Sie sind in einem schauerlichen Zustand, die Manuskripte, die auf unserm Redaktionstisch ankommen. Zumindest sehr viele. Das mag daran liegen, daß sich der Absender die Form der Bearbeitung, die sein Manuskript im ID erfährt, nicht vorstellen kann. Da ist zuerst einmal die Redaktion, die den Anspruch hat, das Geschriebene zumindest entziffern zu können. Umdruckblätter, bei denen die Farbe zu schwach ist, die also weiße Stellen haben, müssen hier wie ein Silbenrätsel ausgefüllt werden (wie diese Woche z.B. das Naturfreunde-Blatt aus Neumünster).

Nach oder während des Lesens wird redigiert, d.h. Fehler verbessert, Absätze und Schrifttypen angezeichnet. Dazu benötigt der Bearbeiter Platz. Den hat er aber nicht, wenn das Manuskript engzeilig getippt ist und auch rechts und links keinen Korrekturrand hat. Dann muß sie/er dazwischenkrakeln, und das ist wiederum eine Plage für denjenigen, der den nächsten Arbeitsgang macht, nämlich die Setzer. Engzeilige Manuskripte sind für diejenigen, die stundenlang am Composer hocken sowieso Augenpfeffer; wenn dann noch die Kritzel der Redaktion dazwischenhängen, wird's ganz schlimm.

Ebenso nervend sind jene Nachrichtenlieferanten, die uns einen Aktenkoffer voller Infos, Dokumentationen, Zeitungsausschnitte , Flugblätter zuschicken und dazu schreiben: Macht mal was draus! Macht doch bitte selber was draus, denn das Durcharbeiten, Kürzen und Zusammenfassen nimmt für uns 1. eine Menge Zeit in Anspruch, paßt euch dann vielleicht 2. nicht , und 3. schreiben im ID vorwiegend die Betroffenen und nicht die Redaktionsdeppen, die euch die Arbeit abnehmen. Wenns mal sehr eilt, oder ihr absolut nichts zustande bringt, gibts sicher auch Ausnahmen.

Und dann: Die Abkürzungen: Da hat ein AGB mit einem EDV an einem KRZ teilgen. Weiß ich, daß die LAK BaWü was mit dem AStA zu tun hat? Vielleicht ja, vielleicht nein. Viele Leser wissens sicher nicht. Überhaupt: WGs, Demos, Faschos. Also spätestens bei den Fschos sag ich: Schßdrck.! Das sind immer noch Faschisten.
Und zum Letzten: Gebt bitte Kontaktadressen an (siehe ID 200), und zwar möglichst mit Telefonnummern für uns, Rückfragen sind dann schneller möglich. Und außerdem versuche ich zu verstehen, warum ständig angeforderte und fest zugesagte Artikel dann überhaupt nicht eintreffen oder erst, wenn wir die Basiskorrespondenten fünf mal angerufen und drei Briefe losgeschickt haben. Das ermüdet uns auch ungemein.

HOCHSCHUL–ID–HAUSMITTEILUNG

FRANKFURT
27. Oktober

Wie ihr bemerkt habt, gibt es diese Woche keinen Hochschul-Informationsdienst. Das hat mehrere Gründe:

1. Sind diese Woche, außer den hier im ID veröfffentlichten, keine Meldungen von außen gekommen. Ich erhielt stapelweise Zeitungen, Semesterinfos, Erklärungen, keinen einzigen Bericht z.B., der die momentane Situation — und das ist sicher eine andere als vor den Semesterferien — an den Unis, Fachhochschulen wiedergibt. Wie geht ihr eigentlich mit Fakten wie: Der Terror kommt aus dem Unisumpf!
Der Suspendierung Brückners!
Der Verunsicherung, die durch staatliche Eingriffe (Gesetze) der Überwachung, der Zensur von Publikationen, der Angst resultiert — dem Druck, Aktionen gegen das Hochschulrahmengesetz machen zu "müssen" und dem Anspruch, aus dem Zerriebensein zwischen Regierungs- und Stadtguerilla-Krieg einen neuen eigenen politischen Standpunkt zu finden.

Daß es vielen von uns im Moment die Sprache verschlug, ist verständlich und klar, gerade darum sind Versuche eines Neuanfangs, Diskussionen zur Perspektive der Hochschulpolitik, die gegenseitige Vermittlung besonders wichtig! Das können kaum fertige Positionen sein, denke ich. Weil das Probelm: einerseits dringend studentische Interessenkämpfe vorbereiten zu müssen, die Progromstimmung gegen die gesamte Linke, die Notwendigkeit, genauer herauszufinden, wo unsere Möglichkeiten von der Uni her die allgemeine Studentenhetze, das Sich-in-die-Ecke-gedrängt-fühlen zu durchbrechen, liegen, andererseits, so viele Fragen aufwirft, daß einem die Kehle schon zugeschnürt sein kann.

Ich schreibe einfach mal hier auf, welche Fragen mir an die Aktivisten an der Uni einfallen, vielleicht findet ihr sie ja auch wichtig und schickt bald eure Versuche von Antworten:

- Welche Strategien wendet eure Unibürokratie an, in die AStA-Tätigkeit einzugreifen? (Werden Veranstaltungen verboten, gibt es Profs, die sich positiv zur Studentenschaft stellen: Wie läuft ein Dialog mit Profs?)
- Welche Formen von Selbstzensur haben sich bei euch eingeschlichen?
- Wie oder überhaupt führt ihr Diskussionen zu Schleyer, Flugzeugentführung, Stammheim im Zusammenhang mit dem "Zerriebenwerden" von undogmatischen Oppositionellen zwischen Staat und RAF?
- Werden von euch Loyalitätserklärungen verlangt?
- Wie geht die politische Gesamtsituation in Hochschulrahmengesetzdiskussionen ein?
- Was machen die Fachbereichsgruppen, die vielen neu entstandenen Frauengruppen? Die Ökologiegruppen? ? ?
- Wie wollt ihr euch zum "Stuttgarter Urabstimmungsverbot" verhalten? Drohen bei euch ähnliche Eingriffe?
- Diskutiert ihr Publikationen, die nicht mehr mit AStA unterschrieben werden? (Umgehung des politischen Mandats)
- Wie setzt ihr euch mit dem Verbotsantrag der K-Gruppen auseinander?
- Wie laufen die "Mescalero"-Prozesse?

Es gibt sicher noch viele andere Probleme, an denen ihr dran seit, schickt schnell Berichte, ich denke es ist im Moment "überlebenswichtig", sich gegenseitig auf dem Laufenden zu halten.

2. Der zweite Grund des Nichterscheinens ist der Plan und die konkrete Perspektive zukünfitg den HID als Gruppe zu produzieren. Das heißt hofffentlich, daß wir mehr Zeit haben für Nachfragen bei Verfassern von Berichten, daß wir regelmäßig produzieren können und eine breitere Diskussion über die H-ID-Konzeption einsetzt. Denn allein bin ich wirklich überfordert.

Bis hoffentlich bald — Uschi

BILDERDIENST

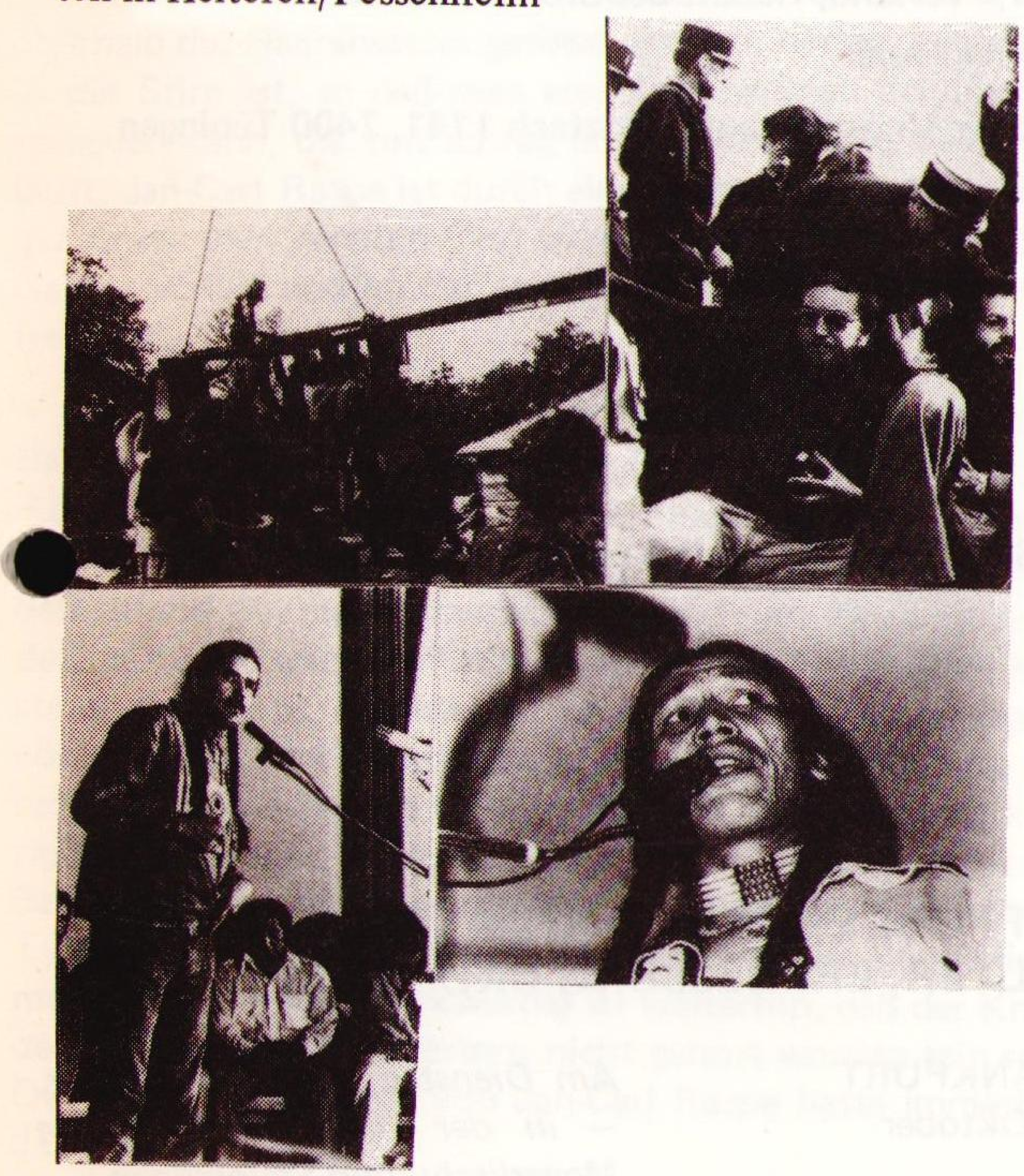
Die Ereignisse der letzten Wochen hatten acuh unsere Arbeit gelähmt, und wir kündigen erst diese Wodhe Fotos an, die wir zum Teil schon 2 Wochen haben.
Wir möchten uns bei all denen bedanken, die uns Fotos geschickt haben. Im Überblick über die letzten Monate können wir sagen, daß fast alle Fotos, die hereinkamen, mal irgendwann für irgendwas verwendet werden konnten.

Ein bißchen teurer müssen wir werden, nämlich DM 1,50 pro Bild 18/24 und 5.- „Grundgebühr" für jeden Versand. Dieses Geld deckt hoffentlich die Kosten für die Abzüge, die Repro-Filme und die Kosten für all die Vergrößerungen, die im Archiv liegen.

*

Was gibts neues?

– Es gibt Fotos vom Anti-Atom-Dorf in Gorleben
– Fotos von der Räumung des besetzten Hochspannungsmasten in Heiteren/Fessenheim



– Bilder von der Hamburger Veranstaltung mit Indianern.
– Das Foto von einer Straßenmalerei anläßlich der Abschaffung der geschlossenen Stationen der psychiatrischen Anstalt in Triest/Italien: „Idiots welcome". Wenn Platz ist, wird es irgendwo in diesem Heft abgebildet.
– Und es gibt noch die folgenden Anti-Atom-Postkarten:



Ein Satz kostet 1.-, ab 10 Sätze -.80, ab 50 Sätze -.70. Der Erlös kommt dem Ermittlungsausschuß Hannover zugute.
Bestellungen bitte an: Rudi Breitenstein, Haltenhoffstr. 9, 3 Hannover 1

*

Postscheckkonto Bilderdienst: PSchKto Gerd Kever, Frankfurt Nr. 360811-608
Preise: 5,– DM Porto und Versand plus 1,– DM pro Bild.
Sonderwünsche siehe ID 175.

***

NEUE GEGENKNASTNUMMER

FRANKFURT
25. Oktober

Soeben ist der GEGENKNAST Nr. 7 erschienen. Drin stehen Kurznachrichten aus verschiedenen Knästen, eine programmative Gegenerklärung der Gruppe Gegenknast, Artikel zu Stammheim, Gegenwehr und Hungerstreik, über nachrichtendienstliche Mittel, zu den Methoden unserer Verfassungschützer, außerdem über Frauenarbeit im Knast.
Zu beziehen über:

B. Soffel, Postfach 8109, 4800 Bielefeld, DM 1,50 plus Versandkosten

ERMITTLUNGEN EINGESTELLT

KASSEL
24. Oktober

Kassler Rechtsanwälte teilen mit:

"Am 12.10.77 ist von der Staatsanwaltschaft in Kassel das Ermittlungsverfahren gegen Ingrid Barabaß und Christian Möller wegen Verdachts der räuberischen Erpressung nach § 170 Abs. 2 StPO, also wegen fehlendem hinreichenden Tatverdacht eingestellt worden. Die beiden waren am 22.4. verhaftet worden (vgl. ID Nr. 175) und erst nach über einem Monat aus der U-Haft entlassen worden. Man hatte ihnen vorgeworfen, an 2 Banküberfällen in Kassel beteiligt gewesen zu sein – ein Vorwurf, der sich nunmehr als unhaltbar herausgestellt hat."

BOYKOTTIERT DAS STUBERGER STAMMHEIM BUCH

GÖTTINGEN
20. Oktober

Aufruf des Buchladens Rote Straße in Göttingen:

„Boykottiert das im Syndikat-Verlag Frankfurt erscheinende Buch von Stuberger über den Stammheim-Prozeß!

Nach den Berichten in der ‚Frankfurter Rundschau', insbesondere der Portraits von Andreas, Jan Carl und Gudrun in der ‚Frankfurter Rundschau' vom 19.10.77, sind wir nicht bereit, solch unseriösen, tendenziösen und infamen Quatsch zu verbreiten und zu verkaufen. Der Hofbericht-Bestatter Stuberger schickt sich an, über Stammheim ein Dossier herauszugeben, bei dem zumindest feststeht, daß er Quellen benutzt, die er n i c h t von den Vertrauensanwälten hat. Es scheint sich abzuzeichnen, was das Buch soll und will. Und eine Wiederholung der Auseinandersetzung wie um das Ulrike-Buch bei Wagenbach wollen wir nicht noch mal. Wir fordern alle linken Projekte, insbesondere die des VLB (Verband Linker Blinder), auf, das Buch nicht zu bestellen und zu verbreiten. Denn, zum Glück, ‚es gibt mehr Menschen als Schweine' (E. Cleaver)."

STOLTENBERG KAM UNGESCHOREN DAVON

WILSTER MARSCH
September 1977

Unter dieser Überschrift erschien der folgende Artikel in der Oktober-Nummer der „Lebensschutzinformationen" (Monatsschrift zur Pflege und Erhaltung gesunder Lebensgrundlagen für Landschaft, Pflanze, Tier und Mensch, herausgegeben vom Weltbund zum Schutze des Lebens):

Am 13. September besuchte Herr Stoltenberg die Wilster-Marsch. Anlaß war die Grundsteinlegung eines neuen riesigen Chemiewerkes der Scheldechemie (Chemische Werke Brunsbüttel) in Büttel bei Brokdorf. Die größte Unverfrorenheit bestand darin, daß die Einspruchsfrist gegen dieses Projekt noch bis Ende September geht, und der Hof, auf dem der Grundstein gelegt wurde, noch nicht einmal enteignet worden war. Zwar sammelten sich eine Reihe von Umweltschützern mit Transparenten und stinkenden Chemikalien, aber beeinträchtigt wurde weder die Mahlzeit im Colosseum in Wilster noch die Grundsteinlegung selber. So zeigt sich auch hier wieder, daß das Atomkraftwerk Brokdorf zur Industrialisierung eines Erholungsgebietes von Anfang an geplant war.

AUFRUF AN ED–BEHANDELTE KALKAR–DEMONSTRANTEN

HAMBURG
24. Oktober

Aus Hamburg erreichte uns folgender Aufruf: "Wir wollen die erkennungsdienstliche Behandlung anläßlich unserer Verhaftung vor den Toren von Kalkar auf dem Rechtsweg löschen lassen. Wer ähnliches erlebt hat und bei der Aktion mitmachen will, sollte sich mit kurzem Bericht über Festnahme und Grund wenden an:

Helen Efford, Weidenallee 30b, 2000 Hamburg 6

Bitte möglichst bald, da sonst die Fristen ablaufen."

NOCH EIN AUFRUF AN KALKAR–DEMONSTRANTEN

KALKAR
September 1977

Ein Kalkar-Geschädigter schreibt uns:

„Am Morgen des 24. September 1977 wurde mir auf der Fahrt zur Demonstration in Kalkar ein Werkzeugkasten beschlagnahmt. Ich hätte ihn frühestens am Nachmittag des folgenden Tages in Kleve abholen können. Da ich weder Zeit noch Lust hatte, so lange zu warten, habe ich von Frankfurt aus an die Polizei von Kleve einen Brief geschickt und gefordert, mir das Werkzeug kostenlos zuzusenden. Kurz darauf bekam ich einen ablehnenden Bescheid: Kosten für Verpackung und Versand des Werkzeuges hätte ich selbst zu tragen.

Ich werde jetzt versuchen, meine Forderung per Gerichtsbeschluß durchzusetzen. Ich möchte mich mit Leuten in Verbindung setzen, die ebenfalls die kostenlose Zusendung von in Kalkar beschlagnahmten Gegenständen erreichen wollen. Es geht um die Möglichkeiten einer Sammelklage, eines Präzedenzfalles."

Kontakt: Informationsdienst, Postfach 90 03 43, 6 Ffm 90

UNTERRICHTSMATERIAL ZUR ATOMENERGIE NEU AUFGELEGT

TÜBINGEN
18. Oktober

Der Arbeitskreis Schule des Tübinger Bundes für Umweltschutz gibt in zweiter, völlig überarbeiteter Auflage "Unterrichtsmaterialien zur Atomenergie" heraus. Aus dem Inhalt der 116 Seiten-DIN A4 -Broschüre: Physikalisch-technische Grundlagen, Funktionsweise und Sicherheitsprobleme bei Atomkraftwerken, Strahlung, Brennstoff"kreislauf", Abwärme, Energiealternativen, politische Hintergründe (jeweils mit Vorschlägen zur Unterrichtsgestaltung). Preis DM 5,- plus DM 1,- Versand, Rabatt bei Großabnahme.

Bezugsadresse:

Bund für Umweltschutz, Postfach 1141, 7400 Tübingen

ZU STAMMHEIM UND MOGADISCHU

AUFFORDERUNG ZU STAATLICHER FOLTER, ERPRESSUNG UND MORD

FRANKFURT
18. Oktober

Am Dienstag, dem 18. Oktober, – in der Nacht vorher hatte Mogadischu und Stammheim stattgefunden – veröffentlichte die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) einen Leitartikel ihres Mitherausgebers Johann Georg Reißmüller. Die entscheidende Passage aus diesem Artikel darf in der Diskussion über die Lage in diesem Lande nicht unterbleiben:

„Der Staat muß sein rechtliches und moralisches Verhältnis zu den Terroristen, wie er es bisher gesehen und praktiziert hat, in Frage stellen, überprüfen. Er muß sich Einwänden, neuen Gedanken dazu öffnen. Das Tabu ist fortzuräumen, welches – verantwortlich geführte – Debatten darüber bisher verhindert, das Tabu, von dem sich viele Politiker aus allen Parteien zu einer doppelten geistigen Buchführung zwingen lassen: das eine sagen, dazu aber anderes denken, was man um keinen Preis sagt, höchstens seinem besten Freund andeutet.

So etwa könnten die Fragen lauten: Muß der Staat gegenüber einem hochorganisierten, hochspezialisierten und von ausländischen Mächten unterstützten Mord-Terrorismus in der fatalen Grundsituation hoffnungsloser Unterlegenheit, gespenstischer Ungleichheit der Kampfmittel verharren? Muß es dabei bleiben, daß die Terroristen foltern, erpressen, morden und mit alledem jederzeit drohen können, der Staat jedoch auf die Erhaltung von Leben und Gesundheit der Bandenmitglieder verpflichtet ist und ihnen nichts androhen kann, was ihnen wirklich Angst macht – auch dann nicht, wenn sie selber sich anschicken, Geiseln grausam zu ermorden? Läßt sich nichts ändern an der deprimierenden Ungleichheit der Überlebenschancen zwischen den Bandenmitgliedern einerseits, den von ihnen Verfolgten und ihren Geiseln andererseits?"

ERSTE FRAGEN UND ZWEIFEL ZU STAMMHEIM

BONN
19. Oktober

Einen Tag, nachdem Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe tot und Irmgard Möller schwer verletzt in ihren Zellen aufgefunden worden sind, haben die beiden Anwälte Hans-Heinz Heldmann und Otto Schily auf einer Pressekonferenz in Bonn erste Fragen und Zweifel an der Selbstmordversion des Staates und der Medien formuliert:

Andreas Baader ist durch einen Genickschuß 3 cm oberhalb des Haaransatzes getötet worden, dessen Ausschuß in der Stirn ist, so daß man von einer geraden Schußbahn sprechen kann, die von schräg unten nach schräg oben verläuft. Jan-Carl Raspe ist durch einen Schuß getötet worden, der unter dem rechten Ohr eingedrungen ist, quer durchs Gehirn verlief und an der anderen Kopfseite wieder ausgetreten ist.

Zunächst ist vor allem der Schußkanal bei Andreas Baader sehr mysteriös. Die Waffe (eine Pistole vom Kaliber 7,65) soll eine Länge von 18 cm haben, so daß man erst einmal nachweisen müßte, ob damit auf diese Weise ein Selbstmord überhaupt menschenmöglich ist. Dazu kommt, daß auch bei solchen Pistolen ein starker Rückschlag entsteht, und es ist fraglich, ob bei einer dafür notwendigen, völlig verqueren Körperhaltung die Schußbahn noch so gerade gewesen wäre, ob dabei also dieser Rückschlag zu korrigieren gewesen wäre. Bei der Waffe, die in Andreas Baaders' Zelle gefunden wurde, soll übrigens inzwischen die Typenbezeichnung fehlen. In Stuttgart hieß es, sie sei nicht mehr festzustellen. Merkwürdig ist weiterhin, daß der Knall der Schüsse von den Wärtern nicht gehört worden sein soll. Die Waffe in der Zelle von Jan-Carl Raspe hatte immerhin das Kaliber 9 mm.

Gudrun Ensslin ist mit dem elektrischen Kabel ihres Plattenspielers erhängt am Fensterkreuz ihrer Zelle aufgefunden worden. Die Strangulationsverletzungen an ihrem Hals weisen Merkmale auf, deren Herkunft bisher nicht geklärt sind.

Die entscheidende Frage ist natürlich weiterhin: wie sind die Waffen überhaupt in die Zellen gekommen?
Inzwischen hat das BKA Informationen veröffentlicht, die auf Selbstmordgedanken der Gefangenen in den letzten Wochen hinweisen sollen. Was also die Selbstmordthese stützen soll. Diese Selbstmordthese – das ist ein weiterer wichtiger Punkt – ist von den staatlichen und Justizbehörden von vornherein ohne nähere Untersuchung, geschweige denn Obduktion, in einer Eilfertigkeit an die Öffentlichkeit gebracht worden, die mißtrauisch machen muß.

Wenn man sich die Situation der Gefangenen nach dem Kontaktsperregesetz betrachtet, dann gerät die Staatsversion noch mehr ins Wanken. Denn unter diesem Gesetz war eine Isolation auf eine Stufe getrieben, die einfach nicht mehr überboten werden kann: keinerlei Besuche, also auch keine Anwälte mehr, außerdem jeden Tag Zellenrazzia und die Gefangenen sind in voneinander entfernt liegenden Zellen verlegt worden.

Wenn man sich dann ihre psychische Lage betrachtet, das totale Ausgeliefertsein an die Wärter und die Knastverwaltung, z. B. auch ausgeliefert an gezielte Parolen und Falschmeldungen der Wärter, die die einzigen Informanten für die Gefangenen waren, dann kann man die Existenz der Waffen nicht nach der offiziellen Version erklären. Außerdem ist eher davon auszugehen, daß die Gefangenen die Waffen nicht gegen sich selbst, sondern für ihre Befreiung gegen ihre Wärter eingesetzt hätten.

Ob eine Handlung aktiv betrieben wird oder ob man passiv etwas zuläßt, ohne es zu verhindern – wie es die Behörden gegenüber den nervlich ungeheuer angespannten Gefangenen praktiziert haben – das läuft auf dasselbe raus. Man kann auch jemanden in den Tod treiben. Insofern sollte man sich die fünf Jahre Untersuchungshaft und jetzt die sechs Wochen Isolationshaft vergegenwärtigen, die für die Gefangenen schärfer waren als alles, was sie vorher mitgemacht hatten. Unter diesen Bedingungen ist eine Fixierung auf den Nachweis der Richtigkeit der Mordthese im Moment nicht angebracht. Es geht vielmehr darum – auch nach den Erfahrungen mit der Kampagne nach dem Tod von Ulrike Meinhof – Fragen zu stellen, Material zu sammeln und das totale Informationsmonopol der Behörden zu durchbrechen. Die Beantwortung aller Fragen ist jetzt einfach noch zu früh, sie wird dann unglaubwürdig.

NICHT NUR SPRENGSTOFF, SONDERN AUCH SAND IN STAMMHEIM

FRANKFURT
24. Oktober

Bis zum Montag, dem 24. Oktober, hat ein Journalist aus Gesprächen mit Behörden und Anwälten folgendes recherchiert:

1. Irmgard Möller

Keine einzige deutsche Zeitung hat nach meiner Kenntnis bis Montag darüber berichtet, was Irmgard Möller zu der Sache sagt. Es wurde in der Frankfurter Rundschau am Freitag berichtet, daß die Staatsanwaltschaft versucht hat, sie zu vernehmen. Das stimmt. Was nirgendwo gesagt wurde, ist, was mit ihren Rechtsanwältinnen geschah.
Alexandra Goy (Berlin) und Jutta Bahr-Jendges (Bremen) versuchten seit Dienstag, ihre Mandantin zu besuchen. Dies wurde bis Donnerstag mit dem Hinweis „Kontaktsperre" verboten und ab Donnerstag weiterhin mit dem Hinweis „Ansteckungsgefahr". Sie wäre ansteckend oder sie wäre in einer Isolationsstation, wo die anderen Kranken durch die Rechtsanwälte angesteckt werden könnten. Das ist die Tübinger Universitätschirurgie-Klinik-Intensivstation.

Frau Bahr-Jendges und Frau Goy wurde freitags noch wegen Ansteckungsgefahr der Zugang untersagt. Gerade zu dem Zeitpunkt, als sie vor der Tür saßen, versuchte das Landeskriminalamt und die Staatsanwaltschaft, Frau Möller auszufragen. Frau Möller sagte: „Ich habe nichts zu sagen in Abwesenheit meiner Rechtsanwälte."

21.00 Uhr Samstag: Frau Bahr-Jendges durfte endlich zu Frau Möller. In Anwesenheit eines Arztes, einer Krankenschwester und einer Sprechanlage – nach Ansicht der Rechtsanwältin ganz offensichtlich ein Mikrophon.

(Es ist bemerkenswert und kommt unter den schönen Kasten Unterbliebene Nachrichten, daß kein einziger in Deutschland darüber berichtet hat, daß diese vier Tage

vergangen sind. Man holte Experten aus Venezuela und vom Südpol — aber niemand denkt daran, die Überlebende irgendwas zu fragen. Ich glaube, daß diese Frage nicht gestellt wird, ist weniger eine Frage von Selbstzensur als vielmehr: das ist ja nur eine Terroristin (unglaubwürdig), ist kein Mensch und ist kein Zeuge. Ein Stuttgarter Richter hat mir gesagt auf die Frage, was er gemacht hätte: Vor der Operation hätte er Frau Möller vernommen, wenn sie überhaupt sprechfähig wäre; wenn sie am Dienstagnachmittag operiert wurde, hätte man sie zumindest am Dienstag gefragt, was war.)

Frau Bahr-Jendges glaubte, das Gespräch sei zeitlich begrenzt, man hat ihr gesagt, wenn Irmgard Möller nicht an der Kanüle hängt, kann sie so viel und lange reden, wie sie will. Zu diesem Zeitpunkt hat sie deswegen ihre Fragen auch mit Hinblick auf die Sprechanlage sehr vorsichtig gestellt und langsam. Nach 28 Minuten wurde ihr plötzlich gesagt, das Gespräch muß in zwei Minuten beendet sein.
Frau Möller geht es relativ gut. Sie sei in der Nacht vom Montag auf Dienstag wach gewesen und habe gelesen. Plötzlich gegen 4.30 Uhr hörte sie hintereinander ein Knallen, Knarren und ein Quietschen draußen. Sie hat deswegen laut nach Raspe, der in der Zelle gegenüber war, geschrieen; sie glaubt, daß Raspe ihr geantwortet hat und daß er nicht schlief. Scheinbar war nichts besonderes los. Sie hat sich dann wieder niedergelegt. Einige Zeit später hat sie plötzlich gemerkt, wie sie weggesackt ist, das Bewußtsein verlor. Woher dies kam, weiß sie nicht. Dann ist sie erst auf dem Flur aufgewacht, auf einer Bahre, voll mit Blut. Sie hat dann Stimmen gehört: „Baader und Ensslin sind kalt." Dann ist sie wieder weggesackt. Das ist alles, was sie von der Nacht sagen konnte. Sie wußte am Samstagabend nicht, daß Raspe tot war. Sie bekam kein Radio, keine Zeitung, niemand sprach mit ihr über die Vorfälle — und sie bekam trotz wiederholtem Verlangen kein Schreibmaterial. Und dies nicht aus medizinischen Gründen, sagte der Arzt. Sie erzählte, daß sie am Freitag von Ermittlungsbeamten und LKA ausgefragt werden sollte; sie wußte nicht, daß zu diesem Zeitpunkt ihre Rechtsanwälte vor der Türe standen, abgewiesen wegen Infektionsgefahr.

Quelle: Frau Bahr-Jendges, telefonisches Interview vom Sonntagnachmittag.

2. Die Stiefel von Andreas Baader

Der tote Andreas Baader hatte hochgeschnürte Wanderstiefel an den Füßen. Normalerweise trug er Turnschuhe.

Frage: Warum braucht er in der Zelle und zum Selbstmord Wanderschuhe? War er schon bereit, nach . . . auszuwandern? An der Sohle dieser Schuhe klebten Sandkörner, darüber besteht kein Zweifel. Das sagt Heldmann u a. und der Sachverständige Professor Holczabek aus Wien. Auf die Frage, woher sie kommen könnten, gaben die Behörden keine Antwort. Soweit ich weiß, hat niemand bis jetzt in der Zelle eine Sandkiste gefunden. Es besteht zudem kein Zweifel, daß der Hofgang auf dem Dach stattfindet, das asphaltiert ist und das, soweit wir wissen, auch keine Sandgrube drauf hat. Baader hatte sonst keine Gelegenheit, soweit ich weiß, Sand zu kriegen. Da er sehr perfid sei, wie Herr Maihofer sagt, oder gewesen sei, wird er dort Sand geholt haben, wo ihm die Pistole zugesteckt worden ist, und ihn sich auf die Schuhe geklebt haben.

Diese Geschichte lief über die französische Nachrichtenagentur und war am Mittwoch danach (19. Oktober) um 1.00 Uhr nachmittags auf jedem französichen Sender zu hören. Niemand jedoch in Deutschland — der Spiegel inbegriffen — hat bis jetzt diese Informationen gebracht.

3. Die Tat-Werkzeuge

Schon von Anfang an wurden über die Tatwaffen (Pistolen und Messer) nahezu täglich widersprüchliche Versionen von den Behörden veröffentlicht:
1.Meldung: 7,65 Kaliber wie die Dienstwaffen der baden-württembergischen Polizei.
2. Meldung: Ex-Justizminister Bender: eine 7,65er bei Baader, 9 mm bei Raspe, 7,65 sei sicher eine Heckler & Koch, die 9 mm auch.
3. Meldung: 9 mm sei aus unbekannter Herkunft.

Das lief über Tage, obwohl die Frage nach der Herkunft der Pistolen in Sekunden zu klären ist.
Sonntagabend-Meldung (23.10.): 20 Kugeln im ganzen zwischen Baader und Raspe, die Pistole von Baader war eine hausgemachte. Frage: war die also im Knast für Baader hergestellt? Ist auch der Lauf drinnen gedreht worden?
Antwort: der Lauf wurde hineingeschmuggelt!
(Copyright Max Watts)

Die bis heute (27.10.) letzte Variante stammt aus dem Untersuchungsbericht der Staatsanwaltschaft Stuttgart, veröffentlicht am Mittwoch, 26.10. Darin heißt es (laut FR vom 27.10.): Fingerabdrücke wurden weder an den Pistolen noch an dem Messer gefunden. Die Staatsanwaltschaft erklärt das damit, daß die Waffen so voll Blut waren, daß Spuren nicht mehr festgestellt werden konnten." Die Tatwaffe bei Baader sei in Ungarn hergestellt worden. Der Lauf der Pistole bei Raspe (eine Heckler & Koch) sei in Basel gekauft und eingeschmuggelt worden.

Auf die Frage, wie die Waffen in das bestbewachte Gefängnis dieses Landes hineingekommen sind, schweigen sich die Behörden weiterhin aus. Fest steht, was der ‚Stern' vom 27.10. berichtet:

„Die Advokaten mußten oft ihre Hosen runterlassen und ihre Schuhe ausziehen, die Schuhe wurden abgeklopft und gebogen, Zigaretten wurden einzeln gedrückt; Füllfedern und Kugelschreiber wurden auseinandergeschraubt, Streichholzschachteln untersucht, Geldbörsen und Notizbücher durchstöbert, die Prozeßordner ausgebeutelt und dann in anstaltseigene, schwarzbraune Aktentaschen umgeladen.
Dem Baader-Verteidiger Hans-Heinz Heldmann wurde gar eine kleine Büroklammer, der Möller-Verteidigerin Jutta Bahr-Jendges eine Haarnadel abgenommen — so streng waren in Stammheim die Bräuche.

Und nach all diesen Filz-Prozeduren begleitete zumindest ein Beamter den Anwalt zu den Besucherzellen im siebten Stock, wo er mit dem Mandanten eingeschlossen und nur nach Auslösen eines Lichtsignals wieder herausgelassen wurde. Häftling und Anwalt wurden nach dem Gespräch nochmals abgetastet.

Auf diesem Weg also konnten vielleicht Kassiber hineingelangen, niemals aber Waffen, Batterien, Sperrholz, Gips- und Sprengstoffpäckchen, wie sie jetzt in den Stammheimer RAF-Zellen entdeckt wurden.

Ohne Kontrollen gelangten (von Ärzten und Pfarrern abgesehen) nur zwei Gruppen in das Gefängnis mit den 950 Häftlingen: die 130 Vollzugsbeamten und zu Vernehmungen Kriminalbeamte von Bund und Ländern."

Nichtsdestotrotz vertreiben die Medien weiterhin staatliche Statements, die nur eine Tendenz haben: die Verteidiger als Waffen- und Sprengstoff-Schmuggler dingfest zu machen. Es geht also hierzulande im Moment nicht mehr um Aufklärung,sondern um das Vorweisen von kriminal-technischen Details, die gegen die Anwälte verwertbar sind. Die Selbstmordthese und deren offizielle Erklärung sind längst akzeptiert.

ATHEN

ATHEN 27.Oktober Die Ereignisse in Stuttgart-Stammheim lösten in Griechenland eine starke Protestwelle aus. Die Bewegung, die sich für die Befreiung von Rolf Pohle im Sommer 1976 formiert hatte, sah im Fall von Stuttgart-Stammheim einen direkten und brutalen Angriff des deutschen Staates gegen inhaftierte Genossen, wie auch den Abbau der elementaren Grundrechte. Diese Bewegung umfaßt einen sehr breiten Teil der politischen Kräfte Griechenlands von rechten Liberalen bis hin zur außerparlamentarischen Linken.

Die meisten griechischen Zeitungen veröffentlichten lange Artikel über die politische Situation in Deutschland und erwähnten den „Selbst"mord nur in Anführungszeichen. ‚Elefterotypia' und ‚ta Nea', die zwei größten griechischen Zeitungen, äußerten Bestürzung über die Ereignisse in Stuttgart-Stammheim und bezeichneten die Entwicklung in Deutschland als reaktionär und neofaschistisch.
Die griechische Öffentlichkeit erinnerte sich an die alten Erfahrungen mit dem Deutschen Faschismus und an die ‚Selbstmorde' der Kämpfer der Restistance in den Kerkern der SS in Athen und anderswo.

Die politische Entwicklung in Deutschland wird auch wegen des bevorstehenden Eintritts Griechenlands in die EG mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt, da Ministerpräsident Karamanlis oft die BRD als gutes Modell preist.

Am 18.Oktober demonstrierten 500 - 1000 Menschen spontan im Zentrum von Athen. Es kam zu einer Straßenschlacht mit der Polizei; 4 Demonstranten wurden verhaftet. Am 24.Oktober wurden sie wegen Landfriedensbruch,Körperverletzung und Zerstörung von fremdem Eigentum angeklagt und zu 18 Monaten bis 3 Jahre Haft verurteilt.

In der Nacht vom 18.Oktober kam es in der Nähe des AEG-Werks in Athen zu einem Schußwechsel zwischen einer bewaffneten linken Gruppe und der Polizei. Die Gruppe hatte die Absicht, das Gesamtlager der AEG anzuzünden. Diese Aktion war als Antwort auf die ‚Ermordnung' von Baader, Ensslin und Raspe gedacht. Bei diesem Schußwechsel wurden zwei Polizisten verletzt. Ein Mitglied der Gruppe wurde am Kopf verletzt und starb den Tag darauf in einem Athener Krankenhaus.

Der Präsident der Athener Anwaltskammer Giannopoulos: Warum ich behaupte, daß es kaltblütiger Mord war.

Der Präsident der Athener Anwaltskammer Giannopoulos hat mit einer Reihe anderer griechischer Persönlichkeiten einen Protestbrief gegen die „Ermordnung der Häftlinge Baader, Ensslin, Raspe und den Mordversuch gegen Irmgard Möller" unterschrieben.
Daraufhin protesierte die deutsche Botschaft in einem Brief an Giannopoulos dagegen, daß er die Ereignisse in Stammheim als kaltblütigen Mord bezeichnet habe. Giannopoulos antwortete darauf in einem langen Brief an die Zeitung ‚Elefterotypia' und erklärte darin, warum er an die Mordversion glaube. Wir bringen im folgenden Auszüge aus dem Brief (Elefterothypia vom 25.Oktober):

„Es ist verwunderlich, daß drei inhaftierte Personen, in deren Zellen sich nicht einmal eine Stecknadel, geschweige denn Pistolen und elektrische Kabel befunden haben können, zur gleichen Zeit Selbstmord begehen können. Selbstmorde von solchen Kämpfern sind Morde, egal in welchen Gefängnissen der Welt sie passieren. Zumal sich diese Gefangenen in Isolationshaft befanden und untereinander nicht kommunizieren konnten. Eine solche gemeinsame Tat setzt Verständigung unter den Gefangenen und andere psychische Bedingungen voraus, die durch die Isolationshaft ausgeschlossen sind. Und an der Isolationshaft kann es keinen Zweifel geben, die weißen mörderischen Zellen von Stuttgart-Stammheim sind gut bekannt dafür.

Wie kam Baader in den Besitz einer Waffe? Wie ist diese Waffe hineingeschmuggelt worden und warum haben die Wächter sie nicht gefunden?
Ich teile der Botschaft mit, daß ich selbst ein Jahr in griechischen Gefängnissen gefangengehalten worden bin, davon sechs Monate in Isolationshaft, sodaß ich ein wenig Erfahrung mit einem solchen System habe. In solch einem System kann ins Gefängnis nichts hineingeschmuggelt werden. Alles wurde von der Militärpolizei kontrolliert, die Zelle mehrfach durchsucht. Die Wächter waren ausgewählt und hatten besondere Geräte für das Aufspüren metallischer Gegenstände. Und all das war sicherlich nicht so schlimm wie Stuttgart-Stammheim, wo die terroristische polizeiliche Kontrolle ihre wissenschaftlichste Dimension angenommen hat (...)

Was die internationalen und namhaften Gerichtsmedizinger betrifft, so wollen wir lieber nicht davon sprechen. Es werden sich überall „Kapsakis" finden, die sogar international berühmt sind. (Kapsakis war ein griechischer Gerichtsmedizinger, der mehrere Morde und Mißhandlungen der Polizei während der Juntazeit gedeckt hat; Anm. der Redaktion).

Die Untersuchung der Frage, wie die Waffen ins Gefängnis gelangt sind, ist ebenfalls überflüssig, da solche Untersuchungen nicht glaubhaft sind.

Mit anderen Worten: ich bin von der Selbstmordversion nicht überzeugt, egal, was die Botschaft und die deutsche Regierung sagt."

MOGADISCHU UND STAMMHEIM

FRANKFURT 27.Oktober **Daß die Medien in der Bundesrepublik — ob privat oder öffentlich-rechtlich — in den letzten Wochen eine Art freiwillige Gleichschaltung vollzogen haben, ließ sich täglich sehen, hören und lesen. Daß die Journalisten, deren Köpfen wir das unmittelbar zu verdanken haben, diesen Prozeß bisher ohne erkennbaren Widerstand mitvollzogen haben, ist ebenso unübersehbar. Es ist also die Situation entstanden, wo wir uns — außer auf unsere eigenen Kräfte — auch auf die Medien des Auslands konzentrieren müssen. Die Tendenz der Berichterstattung dort unterscheidet sich von der hiesigen in dem Punkt, der für uns im Moment der entscheidende ist. Es werden Zweifel formuliert an der Selbstmord-Version, es werden Fragen gestellt, es wird im Grunde traditionelle journalistische Arbeit — ob bürgerlich oder nicht — gemacht.**

So wird in der italienischen Presse überwiegend vom „Selbstmord" (in Anführungsstrichen) geschrieben. Und so werden auch Artikel veröffentlicht wie der untenstehende aus der Athener Zeitung ‚Elephterotypia' (Pressefreiheit).

Wenn auch diese Version nicht gesichert ist, so hat sie zumindest soviel Plausibilität und Wahrscheinlichkeit für sich wie die von Amts wegen verbreitete.

ATHEN 21.Oktober A.Baader, G.Ensslin und J.K.Raspe haben keinen Selbstmord begangen, sondern sind in der Boeing der Lufthansa in Mogadischu ermordet worden, nachdem sie als Lockvögel für die Vernichtung der Luftpiraten verwendet wurden.

Diese eindrucksvolle Version behauptet die Illustrierte Al Hadaf (oder Al Araf) in Kuwait. Auch ein schwedischer Geiselpassagier in der Boeing bestätigte dies.

In Al Hadaf von Kuwait schreibt man in der letzten Ausgabe, daß die westdeutschen Kommandos (GSG 9), die nach dem Überfall in Mogadischu die Luftpiraten getötet und die Geiseln befreit haben, die Gefangenen Stadtguerillas (Baader, Ensslin, Raspe,Möller) bei sich hatten, um die Luftpiraten davon zu überzeugen, daß der Austausch bevorsteht. Auf diese Weise haben sie ihren Angriff auf das Flugzeug erleichtert. Die Illustrierte beruft sich auf gut informierte Quellen und fügt hinzu, daß die 3 deutschen Stadtguerillas,über die mitgeteilt wurde, daß sie im Gefängnis Selbstmord begingen, während des Überfalls gegen das Flugzeug getötet wurden, wobei auch Möller verletzt wurde, weil die Kommandos sie (Baader,Ensslin,Raspe und Möller) als Schutzschilder verwendet hätten. Und in dem entsprechenden Artikel wird noch hinzugefügt:

„Andreas Baader hat von dem Kontrollturm in Mogadischu gesprochen und hat ihnen (den Luftpiraten) versichert, daß der Austausch gegen sie bald stattfinden würde.
Als die Austauschaktion begonnen hatte, fingen deutsche Scharfschützen gegen die Luftpiraten an zu schießen.

Der schwedische Passagier des Lufthansa-Flugzeugs Oijasinen (idiomatisch) teilte in Stockholm mit: „Wir, alle Geiselpassagiere, hatten kurz vor dem Überfall den Eindruck, daß in Kürze unser Austausch stattfinden würde und wir bereiteten uns auf das Verlassen des Flugzeugs vor." Der Schwede sagte: „ Ich habe durch das Flugzeugfenster gesehen, wie das Flugzeug von starken somalischen Militäreinheiten umstellt wurde. Die Tür ging auf, ein oder zwei Leute kamen herein und plötzlich fand der Angriff statt..." Der gleiche schwedische Passagier sagte noch, „daß sowohl die Insassen als auch die Luftpiraten von dem Überfall der deutschen Kommandos überrascht wurden". Beobachter in Bonn erachteten diese Version, die unmittelbar mit der Vernichtung der Luftpiraten und den „Selbstmorden" der drei Gefangenen zusammenhängt, als die wahrscheinlichste. Sie unterstreichen noch, daß sie (diese Version) von folgenden Fakten bestärkt wird: an den Schuhen von Baader wurde während der Obduktion Sand gefunden, dieser Sand konnte natürlich nicht in der Isolationszelle (Kontaktsperre) von Stammheim vorkommen. Die Anwälte von Baader behaupteten, daß ihr Mandant durch eine Kugel im Genick getötet wurde. Nach der konservativen englischen Zeitung ‚Daily Telegraph' ist die Festellung der Ärzte von der internationalen Gruppe, die die Leichen der drei Häftlinge untersucht hat, die gleiche.

So konnte Baader der erste sein, der die Boeing bestiegen hat und von seinen Begleitern erschossen wurde, nachdem dem er seine ‚Rolle' gespielt hatte. Dieselben Beobachter warfen folgende Fragen auf: Warum haben nach Ankunft der Passagiere in Frankfurt die westdeutschen Behörden ihnen nicht erlaubt, sich mit Journalisten zu treffen?
Warum haben sie von ihnen (Passagieren) als auch von der Besatzung verlangt, nicht über Einzelheiten des Überfalls zu diskutieren?
Warum wurde nicht erlaubt, daß das Flugzeug der Lufthansa fotografiert wird? Wie war es den Kommandos möglich, die Türen des Flugzeuges mit Handgranaten zu öffnen und einzudringen, wo die Eingänge der Boeing mindestens in einer Höhe von 2 1/2 Metern über dem Erdboden liegen?
Hätten sie die Rolltreppe benützt, dann wären sie von den Luftpiraten bemerkt worden.

Maihofer teilte mit, daß die Somalier während des Überfalls auf das Flugzeug Ablenkungsmanöver vornahmen, um die Piraten abzulenken. Er sagte nicht genau, was geschah. Es schien aber, daß eher der Kontrollturm des Flughafens mit den Entführern in Kontakt war, denen gesagt wurde, daß ihre Forderungen bald erfüllt werden...



KLAMMHEIMLICHE FREUDE EINER RECHTSRADIKALEN GRUPPE

MÜNCHEN 27.Oktober *Flugblatt der Burschenschaft „Danubia":*

„BRAVO JUNGS VOM BUNDESGRENZSCHUTZ!
DAS HABT IHR GUT GEMACHT!
JETZT UND IN ZUKUNFT VERSTÄRKTER KAMPF DEM LINKEN TERROR!

Nachdem es nun längst überfällig war, daß diese linksliberale Regierung Härte gegenüber dem linken Mörderpack zeigt, wird plötzlich deutlich, daß gegen diese folgerichtigen Sumpfblüten des Marxismus doch ein Kräutlein gewachsen ist. Es erscheint uns nur konsequent, daß darob nun die Häuptlinge der roten Mörderbande sich feige aus der Verantwortung stahlen, weil sie vor dem absoluten Nichts standen.

Da auf das Haus der Burschenschaft Danubia am 16. Oktober ein Brandanschlag verübt wurde, wollen und können wir „eine klammheimliche Freude" über die plötzliche Abmeldung der Genossen Baader, Ensslin und Raspe nicht verhehlen. Unsere Trauer aber gilt Flugkapitän Jürgen Schumann und all den Anderen, die ihr Leben opferten.
Helden aber sterben nicht.

Verbrecher einsperren, Handlanger entlarven,falsche Propheten bloßstellen!
Ein Anfang ist gemacht!
Der linke Terror muß gebrochen werden!
Der linke Terror wird gebrochen!
Hier und überall auf der Welt!

Burschenschaft Danubia
v.i.S.d.P.: W.Geiß, Möhlstr.21, 8000 München 80."

RUSSELL-TRIBUNAL BENENNT JURY-MITGLIEDER

BONN, 28. Oktober 1977

Am Morgen des 28. Oktober hat das Russell-Tribunal während einer Pressekonferenz in Bonn die Mitglieder seiner Jury bekanntgegeben. Dieses Gremium kann noch erweitert werden, wenn das Tribunal der Ansicht ist, daß es sinnvoll sei, weitere Mitglieder aufzunehmen.

Bisher sind benannt:

der Schriftsteller Günther Anders (Österreich), der Historiker und Brecht-Übersetzer Prof. Erc Bentley (USA), der Journalist und Vorsitzende der PSU Claude Bordet (Frankreich), der Schriftsteller Howard Brenton (England), der ehemalige Minister Dr. Noel Brown (Irland), Major Otelo Saraivade Carvalho, (Portugal), der Theologe Prof. Georges Casalis (Frankreich), der Historiker Prof. Vladimir Dedijer (Jugoslawien), der Schriftsteller Jean Pierre Faye (Frankreich), Friedensforscher Prof. Johan Galtung (Norwegen), Rechtsanwalt Lord T. Gifford (England), die Stadtplanerin Prof. Ruth Glass, Schriftsteller Trevor Griffiths, der ehemalige CFDT-Vorsitzende Andre Jeanson (Frankreich), der Philosoph Dr. Robert Jungk (Österreich), Literaturwissenschaftler Prof. Sven Kristensen (Dänemark), das KPI-Mitglied Ricardo Lombardi (Italien), KPI-Mitglied Prof. Luigo Lombardo-Radice (Italien), der Philosoph Prof. Steven Luces (England), Philosoph und Mitglied der Partei der Arbeit Prof. Lolle Nauta (Niederlande), der Ökonom Prof. Otto Nathan (USA), der Labour-Abgeordnete Jo Richardson (England), der ehemalige gaullistische Abgeordnete David Rousset (Frankreich), Geschichtsprofessor Albert Soboul, der Jurist Elliot A. Taikeff und das italienische KPI-Mitglied Umberto Terracini.

Dem aus Ausländern zusammengesetzten unabhängigen Tribunal tritt ein deutscher Beirat zur Seite. Dieser Beirat berät das Tribunal in allen anstehenden Fragen und nimmt mit gleichen Rechten an dessen Sitzungen teil. Er besitzt aber kein Stimmrecht bei der abschließenden Würdigung der Materialien.

Diesem Beirat gehören an Dr. Ingeborg Drewitz (Schriftstellerin), Prof. Helmut Gollwitzer (Theologe), Prof. Wolf Dieter Narr (Politologe), Pastor D. Martin Niemöller und Prof. Uwe Wessel (Rechtswissenschaftler).

In seiner Gründungserklärung des 3. Internationalen Russell-Tribunals heißt es zu den Themen:

„Das Tribunal wird sich insbesonders, aber nicht ausschließlich, mit der Untersuchung folgender Fragen beschäftigen:

Wird Bürgern der Bundesrepublik aufgrund ihrer politischen Überzeugung das Recht verwehrt, ihren Beruf auszuüben?

Wird durch straf- und zivilrechtliche Bestimmungen und durch außerrechtliche Maßnahmen Zensur ausgeübt? und

Werden Grund- und Menschenrechte im Zusammenhang von Strafverfahren ausgehöhlt oder eleminiert? "

Das Russell-Tribunal hat außerdem den Versuch unternommen, durch einen Brief an den Staatsratsvorsitzenden der DDR, Erich Honnecker, Kontakt mit dem Ost-Berliner Wissenschaftler Dr. Bahro aufzunehmen und ihn als weiteres Jury-Mitglied zu benennen. Bisher hat das Tribunal von der DDR-Spitze noch keine Antwort erhalten.

RUSSELL–TRIBUNAL

FRANKFURT 22. Oktober

Auf den Angriff des SPD-Pateivorstandes gegen das geplante dritte Russell-Tribunal nahmen in Offenen Briefen die Philosophen Günther Anders (Wien) und Ulrich Sonnemann (München) Stellung, ebenso die Schriftstellerin Ingeborg Drewitz - aus den eigenen Reihen kam von den Jusos aus Hannover eine Absage an Willy Brandt.

EINSTIMMIGER BESCHLUSS DES SPD–PARTEIVORSTANDES VOM 13.10.1977

Der Parteivorsitzende hat sich über die Vorbereitung für ein sog. Russell-Tribunal über die und in der Bundesrepublik geäußert. Er sagte u.a.: "Ich lasse es mir nicht gefallen, daß die Bundesrepublik Deutschland in eine Propagandaaktion hineingezogen wird, und daß dabei der Name des ehrwürdigen Betrand Russell zu Lasten der Bundesrepublik mißbraucht wird. Ich werde den Initiatoren in London sagen, sie sind uns zu diesem Anlaß in der Bundesrepublik und Berlin nicht willkommen."

Brandt kündigte an, er wolle erforderlichenfalls zusammen mit namhaften Persönlichkeiten des In- und Auslandes dafür sorgen, daß die durchsichtigen propagandistischen und verleumderischen Absichten des geplanten Tribunals aufgezeigt und vereitelt werden. Er bezeichnete es als eine Zumutung für Sozialdemokraten, die führend am Auf- und Ausbau des Rechtsstaates mitgewirkt haben, wenn die Bundesrepublik mit Vietnam und Chile auf eine Stufe gestellt wird.

Der Vorstand hat einmütig diese Erklärung des Vorsitzenden gebilligt. Der SPD-Vorstand fordert alle Sozialdemokraten auf, sich nicht an den Aktivitäten des sog. Russell-Tribunals zu beteiligen und es nicht zu unterstützen, keine Unterschriften zu geben oder geleistete Unterschriften zurückzuziehen und das auch bekannt zu geben.

Die Mitglieder der SPD sind insbesondere aufgefordert, nicht als Zeugen vor dem Russell-Tribunal zu erscheinen.

Die Jungsozialisten in der SPD sind der Aufforderung des Bundesvorstandes ihrer Partei nicht nachgekommen, alles andere sind Fehlmeldungen. Außerdem hat noch niemand auf diesen Beschluß hin seine Unterschrift unter den Aufruf der Betrand-Russell-Peace-Foundation vom 1.2.77 zurückgezogen. (Stand v. 20.10.77)

OFFENER BRIEF VOM 17.10.77 VON ANDERS UND SONNEMANN:

„Sehr geehrter Herr Brandt,

Erstaunt erfahren wir aus der Zeitung, Sie hätten das bevorstehende 3. Russell Tribunal der Absicht geziehen, „den Namen des verehrungswürdigen Bertrand Russell" für eine Propagandaaktion gegen die Bundesrepublik Deutschland zu mißbrauchen. Die Absichten des Tribunals - vor dem Sie Ihre Parteifreunde warnen - seien „durchsichtige propagandistische und verleumderische".

Wir halten es für denkbar, daß Ihnen unsere Namen als die von Philosophen bekannt sind, die sich zu keiner Zeit irgendeinem Meinungszwang beugten. In dieser Haltung werden wir auch in Zukunft verharren. Wie natürlich auch Sie wissen, haben kritische Stimmen, die auf Menschenrechtsverletzungen in der Bundesrepublik aufmerksam machen, sich in den letzten Jahren so beständig im westlichen Ausland vermehrt, daß eine gefährliche Entfremdung zwischen diesen Öffentlichkeiten und der Bundesrepublik droht, die im Interesse niemandes liegen kann. Da das Russell-Tribunal diese Vorwürfe auf ihre Wahrheit hin prüfen soll, sind wir bisher für es eingetreten - dem ersten Tribunal hat einer von uns, Günther Anders, als Jurymitglied jahrelang angehört. Wir wären Ihnen daher dankbar, wenn Sie

uns die Unterlagen für Ihre so außerordentlich ernsten Anklagen zukommen lassen könnten, damit wir unsere Haltung an stichhaltigem Material überprüfen können. Die beiden ersten Tribunale sind ohne Vorurteile und ohne Vorverurteilungen an ihre Arbeit gegangen, und wir sehen bis zu diesem Moment keine Ursache, vom dritten Tribunal irgendetwas anderes zu vermuten.

Es schmerzt uns als ehemalige Emigranten, die wir während der Exilzeit und später für den demokratischen Verfassungsstaat eintraten, in die Nähe eines angeblichen Versuches gerückt zu werden, „die Bundesrepublik auf eine Stufe mit Chile und Vietnam zu stellen". Womit hätte ein Gremium, das sich nachprüfbar untersuchend und begründend verhält, diesen Vorwurf verdient? Ihre in der Presse zitierte Rede macht die Befürworter des Russell Tribunals zu Outcasts. Da eine solche Stigmatisierung ein Klima ebenso voraussetzt wie fördern kann, das selbst zu den Themen des Tribunals gehören soll, fällt es uns schwer zu glauben, daß dieses Wort in der Sache Ihr letztes gewesen sein sollte.

Daß - wie Sie als gesichert voraussetzen - das Tribunal Bertrand Russell's Namen mißbrauche, steht zu einer nüchternen Erklärung seiner Witwe, Lady Russell, auf die wir verweisen dürfen, in Widerspruch.

Wir beabsichtigen, unsere weiteren Entscheidungen in dieser Angelegenheit, die wir im Interesse einer westeuropäischen Öffentlichkeitsbildung bisher unterstützt haben, nach den erbetenen Unterlagen zu richten, und verbleiben mit vorzüglicher Hochachtung."

OFFENER BRIEF VON INGEBORG DREWITZ

Es fällt schwer, unter dem heutigen Datum ohne Emotion auf Ihre und die Warnung des SPD-Vorstandes vom 13.10.77 an die Mitglieder der SPD vor der Unterstützung des Dritten Russell-Tribunals zu reagieren. Die Disqualifizierung, die hier ein internationales Gremium trifft, in dem hochangesehene Persönlichkeiten Europas vertreten sind, muß mit aller Nüchternheit zurückgewiesen werden. Es geht den von demokratischen Organisationen gewählten Sprechern des Tribunals nicht um die Beschimpfung der Bundesrepublik, wie es Ihre Äußerungen mutmaßen lassen, sondern um die Überprüfung der Funktionsfähigkeit der Demokratie und ihrer Selbstreinigungsprozeduren. Die Handhabung des Ministerpräsidenten-Erlasses (Berufsverbote) und die 14. Strafrechtsreform mit ihrer Einführung von zur Zensur tauglichen Paragraphen haben international einen Grad von Beunruhigung erreicht, der die Vorbereitung des Tribunals erklärlich macht.

Das bedeutet keinesfalls den Verzicht auf weitere Russell-Tribunale, die sich mit Folterpraxis und Menschenrechtsverletzungen befassen werden, wo überall sich damit befaßt werden muß. Und es bedeutet keinesfalls die Gleichsetzung der Bundesrepublik Deutschland mit Vietnam oder Chile, die (nach Presseberichten) von Ihnen behauptet worden ist. Die Unabhängigkeit der Mitglieder des Tribunals gibt die Gewißheit, daß der Demokratie, wie sie im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland entworfen worden ist, zugearbeitet werden wird, daß Verschleifungen und Abnutzungserscheinungen dieser Demokratie diagnostiziert werden, um sie auszuheilen.

Ich ersuche Sie und den SPD-Vorstand, die öffentliche Disqualifizierung des Tribunals, die offensichtlich auf Fehlinformation beruht, zurückzunehmen.

Ingeborg Drewitz — Berlin-West
16.10.1977 (aus: Extra-Dienst)

20. Oktober *Schreiben von Jungsozialisten aus Hannover:*

„Betr.: Vorbereitungen zum Russell-Tribunal über die Menschenrechtsverletzungen in der BRD

Liebe Genossinnen und Genossen!

Der Beschluß des Parteivorstandes, der am 13. Oktober alle Parteimitglieder vor der Teilnahme an den Aktivitäten des Russell-Tribunals warnte, kam für uns nicht überraschend. Für die Behauptung des Parteivorstandes, das Russell-Tribunal verfolge „propagandistische und verleumderische Absichten" (Willy Brandt lt. FR vom 15.10.1977) haben wir kein Verständnis. Die Ankündigung von Parteiordnungsverfahren im Falle weiterer Unterstützung des Russell-Tribunals kann für uns kein Grund sein, dem Abbau demokratischer Rechte und den Menschenrechtsverletzungen in der Bundesrepublik in Zukunft tatenlos zuzusehen. Wir sehen in der Vorbereitung und Unterstützung des Russell-Tribunals die größten Chancen, den politischen Spielraum der westdeutschen Linken zu behaupten.

Wir arbeiten seit dem 21. März 1977 in der hiesigen Vorbereitungsgruppe zum Russell-Tribunal, dem Anti-Repressions-Arbeitskreis (ARAK) Hannover, mit und werden auch weiterhin mitarbeiten.

Wir gehen davon aus, daß auch Ihr bei der Stange bleibt!

Mit sozialistischen Grüßen
i.A. des Unterbezirks-Ausschusses/ -Vorstandes Hannover-Stadt"

Der Bundeshauptausschuß der Deutschen Jungdemokraten hat am 14.-16.Oktober 1977 in Kassel einen Beschluß zur Unterstützung des Tribunals gefaßt, den wir im folgenden leicht gekürzt wiedergeben:

BESCHLUSS DES HAUPTAUSSCHUSSES DER DJD VOM 14.–16.10.77

Die DJD begrüßen grundsätzlich die Durchführung des Russell-Tribunals auf Grundlage des Aufrufs der Betrand-Russell-Peace-Foundation vom 1.2.77. Die konsequente Verwirklichung der Grund- und Menschenrechte, die Durchsetzung der Prinzipien der allgemeinen Menschenrechte, stellt ein zentrales sential liberaler Politik dar. Die Entwicklung der BRD in den letzten Jahren wird diesen Ansprüchen und Forderungen immer weniger gerecht. Die Praxis der Berufsverbote - verbunden mit Gesinnungsschnüffelei, Denunziantentum, verfassungswidrigen Aktivitäten der Verfassungsschutzes - haben in der Bundesrepublik Deutschland ein unerträgliches Klima geschaffen, hat zu Duckmäusertum, Einschüchterung und politischer Abstinenz unter Schülern, Studenten, Lehrern, Auszubildenden und abhängig Beschäftigten geführt. Dieses politische Klima behindert die demokratische Meinungs- und Willensbildung in der BRD in einschneidender Weise. Gemeinsam mit der Aufnahme ständig neuer repressiver Bestimmungen im Strafgesetzbuch (§§ 88a, 130a), der Verschärfung der Strafprozeßordnung, insb. der Verteidigerüberwachung, des Ordnungsrechts im Hochschulrahmengesetz, der Erweiterung der Befugnisse des Verfassungsschutzes sowie dem Entwurf für ein bundeseinheitliches Polizeigesetz verunmöglichen diese Maßnahmen zusammen mit den Berufsverboten und ihren Konsequenzen die von den Jungdemokraten seit langem geforderte grundlegende Demokratisierung von Staat und Gesellschaft.

Die Auseinandersetzung und öffentliche Diskussion mit diesen Erscheinungsformen der Repression in der BRD kann über ein Russell-Tribunal einen wichtigen Beitrag zur Sensibilisierung

und Bewußtwerdung der Bevölkerung leisten, kann bei breiter Unterstützung durch die Bevölkerung die Bewegung zur Verwirklichung der Grund- und Menschenrechte in allen Bereichen und im Interesse aller entscheidend stärken.

Ein Russell-Tribunal über Verletzungen der Grund- und Menschenrechte in der Bundesrepublik und West-Berlin ist ein wichtiger Beitrag zur Verstärkung dieser Bewegung. Hierzu müssen breite Kreise und Gruppen der Bevölkerung in diese Arbeit einbezogen werden, muß die persönliche Betroffenheit jedes Einzelnen aufgezeigt und vermittelt werden. Diese Tätigkeit der Unterstützung für das Russell-Tribunal ist für die Jungdemokraten undurchführbar, da die bestehende politische Repression die Existenz des Verbandes in elementarer Weise gefährdet; deshalb ziehen die DJD ihre Unterschrift unter den Aufruf der Betrand-Russell-Peace-Foundation vom 1.2.77 und damit ihre Unterstützung der Durchführung des Russell-Tribunals zurück.

Denn der Sachverhalt ist eindeutig: politische Jugendarbeit ist in der Bundesrepublik aktuell schwersten Belastungen und Disziplinierungsmaßnahmen unterworfen. Kritischen Jugendorganisationen wie dem VDS, dem SHB oder der Naturfreundejugend wird durch den Entzug, der Vertagung, der Kürzung oder deren konkreter Androhung finanzieller Förderung ein lebenswichtiger Nerv ihrer Tätigkeit abgeklemmt. Dies geht bis zu der Ungeheuerlichkeit, genannte oder andere Verbände durch explizite Erwähnung im Verfassungsschutzbericht des Bundesministeriums zu bezeichnen. Die Jungdemokraten sind durch diese Maßnahmen der politischen Disziplinierung direkt betroffen, was sich u.a. darin dokumentiert, daß die "staatstragenden" Politiker sie ungerügt als "terroristische Antidemokraten" bezeichnen, sie damit nahtlos in die terroristische Sympathisantenszene einordnen dürfen.

Für Jungdemokraten ist offensichtlich, daß die Wirkungslosigkeit engagierter Liberaler auf Grund der jüngsten terroristischen Gewalttaten und des in diesem Umfeld bewirkten politischen Klimas enormen Zwängen ausgesetzt ist. Völlig unabhängig davon, daß die DJD terroristische Gewalttaten prinzipiell ablehnen und für verabscheuungswürdig halten, darf dies doch kein Anlaß sein, eine Einschränkung unserer Grund- und Freiheitsrechte vorzunehmen. Die Verteidigung und Durchsetzung der Grundrechte ist eine prinzipielle Frage und darf nicht zur Disposition aktueller Tagespolitik stehen.

Die Jungdemokraten werden in diesem Zusammenhang vor der Öffentlichkeit klarstellen, daß kritische Jugendarbeit aufgrund der aktuellen Entwicklung letztendlich extremen Belastungen und Repressionen ausgesetzt ist. Gerade vor dem Hintergrund bestätigt sich der Zweck und die Notwendigkeit des Russell-Tribunals.

Die Jungdemokraten werden einen Schwerpunkt ihrer Arbeit darin sehen, eine umfassende Aufklärungs- und Mobilisierungsaktion über Formen und Hintergründe der aktuellen politischen Repression in der Bundesrepublik durchzuführen, hierzu die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen und Gruppen zu suchen und auf diese Weise in offensiver Form die Initiative für eine konsequente Durchsetzung der Grund- und Freiheitsrechte zu stärken.

Die genaue Zeit.

Zahlreiche Zuschriften aus unserm lieben Leserkreise weisen auf mißliche Zeitverhältnisse hin. Wir haben uns daher entschlossen, von nun an täglich in unserem Blatte die genaue Zeit anzugeben.

Es ist jetzt genau 12 Uhr.

Die Direktion
der Münchner Neuesten Nachrichten.

BUCH ZUR VORBEREITUNG DES TRIBUNALS

BERLIN
Oktober 1977

„Am 1.11. erscheint das Buch zur Vorbereitung des Tribunals. Es enthält auf mehr als 100 Seiten:

- Informationen über die bisherige Arbeit der Bertrand Russell Peace Foundation und die vorangegangenen Tribunale, sowie über die Vorbereitungen zum dritten Tribunal.
- Einen Aufsatz über die Kriterien „Menschenrechtsverletzungen" und „Besonderheiten der Bundesrepublik"
- Die Namen und Kurzbiographien der bisher feststehenden Jury-Mitglieder.
- Die Presseerklärungen der Jury nach ihrem ersten nichtöffentlichen Zusammentreten.
- Die internationalen Gesetzestexte, die dem Tribunal als Richtschnur zugrundeliegen.

Das Buch wird DM 6,-- kosten. Es wird im linken und fortschrittlichen Buchhandel erhältlich sein. Unterstützungsgruppen können das Buch aber auch über den „Kirschkern Buchversand" GmbH, 1000 Berlin 12, Schlüterstr. 28, beziehen.

Kontakt: Vorläufiges Sekretariat zur Vorbereitung des Dritten Internationalen Russell Tribunals D-1000 Berlin 30, Ahornstr. 5, Tel.: 030 - 211 91 38."

BESCHWERDE GEGEN DURCHSUCHUNG BEI RECHTSANWALT STRÖBELE

WESTBERLIN
19. Oktober

Die Rechtsanwälte Scheid und Zieger erklärten am 19. Oktober zur Durchsuchung bei Rechtsanwalt Ströbele:

„Gegen die Durchsuchung der Wohn- und Praxisräume von Rechtsanwalt Ströbele haben wir als dessen Verteidiger sofort noch heute Beschwerde eingelegt.

Der Durchsuchungsbeschluß ist damit begründet, Rechtsanwalt Ströbele habe im August 1977 Erklärungen seines Mandanten Norbert Kröcher an eine schwedische Zeitung weitergeleitet, die diese Erklärungen veröffentlicht hat.

Dieser Vorwurf ist schon deshalb völlig abwegig, weil der zuständige Ermittlungsrichter beim Bundesgerichtshof in derselben Zeit ein Interview von Norbert Kröcher mit einem Fernsehteam gestattet hatte, das am 19. August 1977 im Beisein von Beamten des Landeskriminalamtes in der Haftanstalt Frankenthal auch durchgeführt wurde.

Der Ermittlungsrichter beim Kammergericht hatte den Einlaß des Durchsuchungsbeschlusses zunächst abgelehnt. Erst auf die Beschwerde der Staatsanwaltschaft hat ein anderer Richter die Durchsuchung am 13. Oktober angeordnet.

In der Praxis von Rechtsanwalt Ströbele wurden 18 Leitzordner beschlagnahmt, die alle nicht das geringste mit dem Durchsuchungsgrund zu tun haben. Sie enthalten u.a. Verteidigungsunterlagen für das Verfahren, das gegen Rechtsanwalt Ströbele seit 1973 anhängig ist.

Die Handakte, die das Mandat Norbert Kröcher betrifft und ebenfalls mitgenommen wurde, enthält Verteidigungsinformationen allein dieses Mandat betreffend.

Durch die rechtswidrige Durchsuchungsaktion wird Rechtsanwalt Ströbele erneut leichtfertig im Zusammenhang mit den Ereignissen der letzten Wochen gebracht, insbesondere im Zusammmenhang mit den Umständen des Todes seiner ehemaligen Mandanten in der Haftanstalt Stuttgart-Stammheim.

Außerdem haben die Ermittlungsbehörden sich damit in rechtswidriger Weise Einsicht in die Verteidigungsunterlagen anderer Verfahren verschafft u.a. auch in dem Verfahren gegen Rechtsanwalt Ströbele selbst."

DURCHSUCHUNGEN IN KÖLN

KÖLN
Oktober 77

„In Köln fanden am Dienstag, dem 18.10.77, in den frühen Morgenstunden (6 Uhr), ca. 20 Hausdurchsuchungen statt. Grundlage dieser Durchsuchungen war eine Anweisung der Generalbundesanwaltschaft. Die zu durchsuchenden Objekte waren schon vorher, nach Straßenzügen geordnet, der Kölner Sonderkommission Schleyer mitgeteilt worden.
Beschlagnahmt wurden handschriftliche Aufzeichnungen, Aktenbände, Diskussionsprotokolle, Filme, Zeitschriften (ID, Befreiung, Info) und Knastkorrespondenzen, natürlich auch Bommi Baumann. In der Regel bestanden die Durchsuchungstrupps aus acht und mehr Beamten von der Kölner und anderen Kriminalstellen. In einigen Fällen wurden Haus- und Wohnungstüren aufgebrochen. Bei mindestens drei Einsätzen sicherten Beamte des Bundesgrenzschutzes Straßen und Hausflure. Diese übernahmen auch das Aufbrechen der Türen. Ein Schlüsseldienst, wie sonst üblich, wurde nicht geholt mit dem Hinweis auf die erhöhte Gefahrenlage.

Bemerkenswert ist zum einen die zeitliche Übereinstimmung der Durchsuchungen (für Köln durchaus ungewöhnlich), die sich auf einen bestimmten Stadtteil schwerpunktmäßig konzentrierten, zum anderen, daß schon zentral von dem Generalbundesanwalt die einzelnen Objekte aufgelistet worden waren. Die Polizeibeamten waren höflich und verhielten sich korrekt."

TERROR AUF DEM LANDE

SALZGITTER
Oktober 77

Die Wohngemeinschaft Prometheus berichtet, wie es ihr in den letzten Wochen ergangen ist:

„ "Kommune Beckenstedt verbreitet Angst und Schrecken", "Gefährliches Terroristennest in den Mauern unserer Stadt? " Mit dieser Schlagzeile eines sogenannten Sonntaganzeigers (kostenlos an jeden Haushalt, 153.000 Auflage) wurde zur offenen Menschenjagd in Salzgitter geblasen. Die Behörden sollten hier 'endlich aufräumen', '... Croissant hält in der Kommune Schulungen ab ...', 'Terroristin Becker kommt zu Besuch ...' usw. Es gipfelt in der Vermutung, daß wir den Schleyer mitentführt haben.

Schlagartig entwickelte sich unsere Wohngemeinschaft zu einem Sonntags-Ausflugsziel. Wir wurden zeitweise wie die Affen im Zoo bestaunt. Anahnd von Informationsstellwänden versuchten wir, mit den Leuten in ein Gespräch zu kommen.

Die Wohngemeinschaft war bereits lange vorher ein Gesprächsthema der örtlichen Bevölkerung.Seit der Schleyer-Entführung wurde von der politischen Polizei zur wöchentlichen Hausdurchsuchung geblasen. Bei den letzten beiden Hausdurchsuchungen wurden jeweils Leute zur Erkennungsdienstlichen Behandlung mitgenommen. Die Nachbarn wurden aufgefordert, Fenster und Türen zu schließen, "da es gefährlich werden könnte".

Angst soll sich in Salzgitter breit machen!"

Kontaktadresse: WG Prometheus, Am Feuerlöschbrunnen 8a, 332 Salzgitter 1

Ähnliche Erfahrungen machten Leute auf einem Bauernhof im Nordschwarzwald:

UNTERWALDBACH
Oktober 77

Wir hatten letzten Samstag, also am 22.10.77, Besuch von der Polizei und möchten euch das mitteilen, wie es war.
Es ist ja sicher nichts besonderes im Moment, wo so viele Grüne unterwegs sind, es ist aber doch wohl so, daß die Denunziation und Einschüchterung schon ganz bestimmte Leute trifft und treffen soll. So z.B. uns, die wir seit April hier mitten auf dem Lande am Rande (etwas abseits) eines kleinen Dorfes auf einer alten Mühle leben und Landwirtschaft betreiben und ein alternatives Projekt begründen wollen (Arbeit mit Kindern). Wir hatten eigentlich zur Bevölkerung in der unmittelbaren Nachbarschaft, im Dorf, guten Kontakt, und wir waren akzeptiert. Man hat gesehen, daß wir arbeiten und dasselbe machen wie sie auch. Daß wir anders aussehen und wohl auch anders leben, war aber nur für einige besonders geschwätzige Leute in der näh[illegible] und weiteren Umgebung Anlaß, uns für Terroristen zu halten, wenigstens in diese Ecke zu definieren.

Am Samstag nachmittag nun, wir zwei und ein Besucher kamen mit dem Traktor und einem Wagen voller Holz aus dem Wald, kannten wir unseren Hof nicht wieder. An einen Holzstoß gelehnt standen fünf weitere Freundinnen und Freunde von uns, die gerade zu Besuch waren, die Hände erhoben und mit dem Rücken zu uns. Wir mußten vom Traktor runter und uns neben unsere Freunde stellen. Leichter Protest und verwundertes Fragen, was das denn soll, wurde beantwortet mit: "Wenn Sie nicht still sind, dann kracht's" und drei herumspringende Hunde, die das nicht kapieren konnten, bekamen zu hören: "Wenn uns einer beißt, ist er erledigt".

Die Grünen waren sehr nervös und zitterten. Sie waren zuerst zu dritt. Zwei hatten Maschinenpistolen im Anschlag auf uns gerichtet, ein dritter fummelte mit seiner Pistole rum. So standen wir da, und auf unsere Frage, was nun passiere, sagte uns der Boss von denen, es käme jetzt erst Verstärkung, dann gäbe es eine Personenkontrolle.
So standen wir eine Weile da und die ersten Schaulustigen a[illegible] dem Dorf trafen ein. Mit Blaulicht und Martinshorn kam ein zweiter Wagen durch die ansonsten stillen Ortschaften auf unseren Hof gerast. Jeder von uns wurde einzeln überprüft. Natürlich war die Kontrolle ergebnislos, brachte keine Aufschlüsse und nichts. Der Boss der Grünen teilte uns mit, daß die Kontrolle negativ sei und daß er sich bei uns entschuldige. Auf unsere Frage nach dem konkreten Anlaß dieser Aktion hieß es: "Hinweise aus der Bevölkerung".

Jetzt sind wir abgestempelt: "Bei denen war die Polizei"; das reicht schon. "Ich hab immer schon gesagt, da stimmt was nicht bei denen". Der Denunziation sind Tür und Tor geöffnet, die Bevölkerung ist aufgehetzt und darf nach Lust und Laune andere, möglichst,die, die dem Feindbild der Bildzeitung entsprechen, fertig machen und verleumden. Im Dorf hören wir um Ecken zwei Tage später Gerüchte: "Die haben sie ausgehoben" und "Die haben bei denen Munition gefunden". Wir brauchen wohl nicht zu sagen, wie schwer es ist, gegen Gerüchte anzugehen.
Das tut weh, so was, und kann viel kaputtmachen. Wie lange werden wir jetzt brauchen, um Vorurteile und Mißtrauen abzubauen? "

Kontakt zu dieser Gruppe kann über den ID aufgenommen werden.

NATURFREUNDE GEGEN REPRESSION

NEUMÜNSTER
Oktober 1977

Naturfreunde, die in Neumünster eine Theatergruppe machen, geben eine kurze Einschätzung ihrer Situation. Sie fühlen sich durch die Verbotsanträge gegen die K-Gruppen und die repressive Situation in der BRD in ihrer Existenz bedroht:

„Am 26. September, zwei Tage nach der Großdemonstration in Kalkar, beschloß der CDU-Bundesvorstand,einen Verbotsantrag gegen kommunistische Organisationen (KPD/ML, KPD und KBW) zu stellen. Der KB und weitere nicht genannte Gruppierungen können, so die CDU, bereits auf dem Verwaltungsweg verboten werden, da sie keine Parteien sind. Begründet wird dieser Antrag hauptsächlich durch die Aktivitäten der Gruppen in der Anti-AKW-Bewegung. Hinzu kommt, daß laut Albrecht diese Gruppen eine „Nahtstelle zum Terrorismus" bilden. Dieser Verbotsantrag hat eine stramme deutsche Tradition. Er ist nur ein Teil einer sich schon längst abzeichnenden Entwicklung. Zu nennen wären z.B. das KPD-Verbot 1956, der Radikalenerlaß 1971, die Unvereinbarkeitsbeschlüsse der Gewerkschaften, sowie das jüngst verabschiedete Internierungsgesetz (Kontaktsperre). Beabsichtigt ist nicht nur die Ausschaltung o.a. Gruppen, sondern betroffen von derartigen Verschärfungen sind alle fortschrittlich denkenden Menschen (Böll-Hetze, Kampagne gegen die Berliner Jungdemokraten usw.).

Hier reiht sich auch der Angriff der CDU-Bundestagsfraktion gegen die Naturfreundejugend Deutschlands ein. Dem Verein sollten die Förderungsmittel entzogen werden, da dieser, laut CDU, als verfassungsfeindlich anzusehen sei. Das käme einem Verbot gleich.

Auf örtlicher Ebene müssen in diesem Zusammenhang auch die Angriffe der Stadt Neumünster gegen fortschrittlich denkende Leute genannt werden. Dem Stadtjugendring Neumünster wurde 1976 der Geschäftsführer ganz entzogen (z.Z. wieder mit halber Kraft besetzt), Mittel wurden gekürzt, beide Stadtjugendpfleger sind versetzt bzw. entlassen worden. Zum jetzigen Zeitpunkt soll das Thema Stadtjugendring von seiten der Stadt endgültig ausgefochten werden.

Die Stadt Neumünster wird das Jugendheim Holstein, das bisher vom Stadtjugendring gemietet wurde, mieten - und damit auch bestimmen, was in diesem Haus geschieht. Damit sind nun auch der Stadtjugendring und die in ihm zusammengeschlossenen Jugendverbände 'endlich' unter Kontrolle. Durch diese Maßnahme der Stadt Neumünster wird eine unabhängige, selbständige Jugendarbeit unmöglich gemacht. Wir meinen, daß gerade in dieser Zeit der folgende Ausspruch von Martin Niemöller (der von 1938 bis 1945 im KZ war) wieder wichtig geworden ist:

„Als sie die Kommunisten holten,
habe ich geschwiegen;
ich war ja kein Kommunist.
Als sie die Sozialdemokraten einsperrten,
habe ich geschwiegen;
ich war ja kein Sozialdemokrat.
Als sie die Katholiken holten,
habe ich nicht protestiert;
ich war ja kein Katholik.
Als sie mich holten, gab es keinen mehr,
der protestieren konnte."

Kontakt: c/o Andreas Beck, Roonstr. 15, 2350 Neumünster.

PROZESS GEGEN DEN 'ANDEREN BUCHLADEN'

KÖLN
26. Oktober

Gegen den "anderen Buchladen" in Köln wird ab 2. November Prozeß geführt. Vorwurf der Staatsanwaltschaft: es hätten Zeitungen ausgelegen (in diesem Fall die Zeitung der "Revolutionären Zellen" RZ), die Gewalt befürworten und eine kriminelle Vereinigung unterstützten (§§ 88a und 129).

Vor einem Jahr im August begann eine weitangelegte Aktion gegen linke Buchhändler und Verlage. Jetzt laufen zwei Prozesse, einer in Bochum (Thomas Kram soll womöglich für zwei Jahre ins Gefängnis), während in Köln der ehemalige Geschäftsführer des 'anderen Buchladens', Friedhelm Becker, angeklagt ist.

Während der Zeit der Verhandlungstage finden in Köln zwei Veranstaltungen statt : Sebastian Cobler, Peter Brückner, Wolf Dieter Narr sowie die Anwälte HansHeinz Heldmann, Claus Detloft und Rüdiger Deckers sind Teilnehmer der Podiumsdis kussion am 4. November um 19 Uhr in der Pädagogischen Hoschule Hörsaal 4. Die 3 Tornados aus Berlin, das MEK Bochum, der Schriftsteller Arnfrid Astel sind am Sonntag, dem 6. November in der Wolkenburg im Mauritiussteinweg zu hören und zu sehen, daneben Theater- und Filmvorführungen.

PROZESSTAGE sind der zweite, vierte und elfte November, verhandelt wird am Landgericht Köln, Appellhofplatz, Raum 234, jeweils ab 9 Uhr.

PRESSEERKLÄRUNG DES AGIT-DRUCK-KOLLEKTIVS

BERLIN, 27. Oktober

Wie in den Tageszeitungen berichtet, wurden am Montag, den 17.10., in Berlin 38 sogenannte „Objekte", das sind eine Druckerei, ein Vertrieb, Buchhandlungen und Wohnungen von Polizisten und Beamten des Staatsschutzes durchsucht. 11 Personen wurden festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt. 10 wurden am selben Tag wieder freigelassen, gegen sie läuft ein Ermittlungsverfahren wegen „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung". Gegen einen wurde sofort Haftbefehl erlassen mit derselben Begründung. Ein zwölfter wurde nachts auf dem Rückweg aus Westdeutschland bei Dreilinden aus dem Auto heraus festgenommen; gegen ihn ist am Dienstag Haftbefehl erlassen worden; gegen einen dritten ebenfalls. Diese Aktion richtete sich gegen die „unbekannten Verfasser, Hersteller und Verbreiter der periodischen Zeitschrift ‚Info-BUG' wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung u.a." Zwei der drei Verhafteten sind Mitglieder des AGIT-DRUCK-KOLLEKTIVS und in ihrer juristischen Funktion Gewerbeträger der Firma AGIT-DRUCK seit Juli 77. Der dritte war bis Ende Juni Mitglied des Kollektivs und Gewerbeträger. Ein weiteres ehemaliges Mitglied ist vom Haftbefehl bedroht.

Das INFO-Berliner undogmatischer Gruppen wird, wie im Impressum zu lesen, bei AGIT gedruckt. Inzwischen müssen wir allerdings sagen: es wurde bei AGIT gedruckt. Denn in dem Beschluß des Kammergerichts in dem Ermittlungsverfahren gegen die Gewerbeträger wird die Beschlagnahme aller Produktionsmittel angedroht, sofern das INFO weiterhin von AGIT gedruckt wird. Aber auch ohne das behält sich das Gericht vor, die Druckerei jederzeit zu schließen, da angenommen wird, daß die Maschinen „weiterhin der Begehung entsprechender rechtswidriger Taten, insbesondere auch der Unterstützung terroristischer Vereinigungen dienen werden."

Welches sind denn nun die „terroristischen Vereinigungen", denen das AGIT-DRUCK-KOLLEKTIV durch die Ausführung von Druckaufträgen dient? Auch Polizei und Staatsschutz wollen das wohl wissen, darum beschlagnahmten sie einen Ordner mit den laufenden Rechnungen. Die Leser werden sich wundern:

Wir drucken für die GEW, die Postgewerkschaft, die Humanistische Union, für Mieterinitiativen, Stadtteilgruppen, Jugendfreizeitheime und -zentren, für die Rote Hilfe, verschiedene Gemeinden der evangelischen Kirche, für Kneipen, Hochschulgruppen, den KB, das Komitee gegen Berufsverbote, Ausländergruppen, das Frauenzentrum, Initiativen gegen Atomenergie, die BI Westtangente und sehr viele andere mehr.

Zeigt sich hier schon die ganze Absurdität der Konstruktion „Unterstützung terroristischer Vereinigung", so wird es völlig aberwitzig, wenn man erfährt, was die Grundlage für die Haftbefehle darstellt: darin wird behauptet, daß die Mitglieder sich mit dem, was gedruckt wird, identifizieren. Dann wird davon ausgegangen, daß die Aufträge, die bei AGIT gedruckt werden, von den Mitgliedern gelesen und im Zweifelsfall zensiert werden müssen. Vielleicht sollten wir nochmal darauf hinweisen, daß die Firma AGIT-DRUCK eine DRUCKEREI ist. D.h., wir beraten die Kunden, die zu uns kommen, bei der drucktechnischen Gestaltung ihrer Aufträge, wir machen von den gelieferten Vorlagen die Repros, stellen die Druckplatten her und vervielfältigen das Flugblatt, die Zeitung, das Buch etc. Weder sind wir die Verfasser der Druckschriften, noch die Lektoren, die die Inhalte lesen und beurteilen, noch juristische Sachverständige, die entscheiden, was legal oder illegal sein könnte.

Hätte das AGIT-DRUCK-KOLLEKTIV sich zum Zensor der gelieferten Aufträge gemacht, der Betrieb hätte nicht ein halbes Jahr existieren können. Die Druckerei besteht aber seit mehr als sieben Jahren.

Die Leute, die dort arbeiten, sind Drucker, gelernte oder angelernte. Sie arbeiten dort, weil sie gerne drucken, weil sie lernen wollen, kollektiv und selbstbestimmt zu arbeiten, weil sie es für sinnvoll und wichtig halten, durch niedrige Preise, kurzfristige Erledigung von Aufträgen, zeitweiligen Feierabend- oder Wochenendeinsatz auch Gruppen zu unterstützen, die sonst nur schwieriger oder unter größeren finanziellen Opfern ihre Sachen gedruckt bekommen.
Alles das soll jetzt aber verhindert und unterdrückt werden. Linke und alternative Projekte und Strukturen sollen beseitigt, ihre Vertreter und Träger kriminalisiert werden. Die Gelegenheit scheint günstig, da die Linke zersplittert und zerstritten von der Macht und Brutalität der Repression unvorbereitet getroffen, durch sinnlose Einzelaktionen geschwächt mit dem Rücken zur Wand steht und Schwierigkeiten hat, ihren eigenen Standort zu definieren und Gegenstrategien zu entwickeln.
Genau das steht aber an.

Am Donnerstag, den 27.10.77 ist der Haftprüfungstermin für Gerdi Foß. Anfang der kommenden Woche vorraussichtlich der für Henning Weyer und Martin Beikirch.
Bis dahin müssen wir versuchen, soviel Öffentlichkeit herzustellen, daß es nicht möglich sein wird, die Vorwürfe aufrechtzuerhalten, die tendenziell jede Druckerei und jedes Buchprojekt sowie die Leute, die darin arbeiten, in ihrer Existenz bedrohen, sofern sie sich nicht gleichschalten lassen. D.h., wir müssen über das weitere Vorgehen diskutieren. Ziel muß es sein, die Illegalisierung unserer Arbeit zu verhindern, die Isolierung und Verhaftung von weiteren unmöglich zu machen und die Freilassung von Gerdi Foß, Henning Weyer und Martin Beifirch zu erreichen.

Kontaktadresse: agit druck kollektiv, Ahornstr. 26, 1 Berlin 41 (Steglitz), Tel.: 030/791 8005

2Inzwischen hat der Haftprüfungstermin stattgefunden. Die Hinterlegung einer Kaution von je 10 000 Mark für die Inhaftierten wurde vom Haftrichter abgelehnt. Es bestehe Fluchtgefahr, da ein Strafmaß zu erwarten sei, das der Kaution nicht angemessen sei. Nach vorsichtigen Schätzungen heißt das : Strafen von mindestens einem Jahr Gefängnis.

ES REICHT NICHT, KEINE ANGST VOR VIERTEILUNG ZU HABEN, UND AUSSERDEM— WELCHER KAISER?

BERLIN, Oktober 77 *Dieser Bericht erreichte uns vom Berliner Prozessbüro. Es ist während der letzten ereignisreichen Tage nicht gelungen, dort jemanden telefonisch zu erreichen, der die Authenzität des Papiers bestätigen kann. Wir gehen davon aus, daß es vom Prozeßbüro insgesamt abgesegnet ist und bringen es vollständig. Das widerspricht unserer Praxis, keine allgemeinen Grundsatz— und Plattformpapiere einze einzelner Gruppen zu drucken. Wir halten das Papier jedoch für so wichtig in der gegenwärtigen Situation, daß wir dieses Prinzip durchbrechen (Keine Ausnahme ohne Regel):*

Zu Beginn seiner Arbeit sagte das Prozeßbüro, worum es ihm ging: "das 'Prozeßbüro Berlin' hat es sich zur Aufgabe gemacht, eine möglichst breite demokratische Öffentlichkeit zu (.....) Strafverfahren herzustellen......

Der Hintergrund der Arbeit des Prozeßbüros bilden die Erfahrungen, die in den letzten Jahren in politischen Strafverfahren gemacht wurden : dem eklatanten Abbau von Mandanten-und Verteidigerrechten, der rechtswidrigen Behinderung der Verteidigung durch Ausschlüsse und Abhörmaßnahmen und nicht zuletzt der Willkür gegen politische Gefangenene muß durch eine kontinuierliche und umfassende Information der Öffentlichkeit entgegengetreten werden......

Das ist umso wichtiger, als sich in diesen Verfahren Tendenzen im politischen Strafrecht ankündigen, die die Öffentlichkeit interessieren müssen, weil sie Auswirkungen für die Anwendung des Strafrechts und des Strafverfahrensrechts in der Zukunft auch in Prozeßen ohne politischen Hintergrund haben können."

Diese damalige Erklärung war ein guter und wichtiger Ansatz, denn Anfang 77 war spätestens klargeworden, daß der rapiden Entwicklung des Rechtsstaates zum starken Staat nur schwache Kräfte entgegenstehen. Die Entwicklung vom Tod von Holger Meins bis zum Tod von Ulrike Meinhof hatte gezeigt, daß die Ausserkraftsetzung von Rechtsgarantien gegenüber der Staatsgewalt durch diese selbst von der veröffentlichten Meinung in den Massenmedien entweder angestachelt, unterstützt und gebilligt oder zumindest letztendlich legitimiert oder bestenfalls in ihrer Tragweite unterschätzt wurden.

FORMIERUNG —AUFSPLITTERUNG

Diese für die meisten überraschend rapide Formierung war begleitet von der immer geringer werdenden Bereitschaft dessen, was einmal die Linke gewesen war, sich mit dem Bereich der Repression auseinanderzusetzen, der anlässlich von angeblichen und wirklichen Aktionen der Stadtguerilla—Gruppen ausgeübt wird.

Es gab inzwischen eine Art Spezialistentum für diese Repression, was unter dem Druck der veröffentlichten Meinung die darauf "Spezialisierten" Gruppen zunehmend in den Geruch des "Sympathisantentums" bringen sollte — zum Teil nicht grundlos. Vereinzelte öffentlich anerkannte Persönlichkeiten mit demokratischem Rückgrat sahen sich verstärkt den Angriffen der staatlichen Institutionen und der Medien ausgesetzt ungeschützt und ungestützt durch eine Bewegung, wenn sie es wagten, staatlichen Übergriffen gegen politische Gefangene oder auch nur einer bestimmten Form staatlich verordneter Trauer entgegenzutreten.

Inzwischen hat die Absicht des Prozeßbüros,"öffentliche Kontrolle " herzustellen, eine noch größere Bedeutung erlangt, wo die meisten öffentlichen Informationen über Staatschutzprozeße in bürgerlichen Zeitungen im Ausland zu finden sind, den von den hiesigen Medien dann bedauernd nationalistische Vorurteile und Fehlinformation vorgeworfen werden.

WENIG VERÄNDERT

Doch viel hat sich seit der Erklärung des Prozeßbüros nicht verändert. Jedenfalls kann man nicht sagen, daß die Ausgangsbedingungen vom letzten Hunger- und Durststreik zum gerade laufenden sich verbessert haben. Von seiten des Staatsapparates schon: Nach dem Ponto—Attentat pokert d[illegible]undesanwaltschaft zynischer denn je mit dem Leben der Gefangenen — und kann sich dabei auf die Volksmeinung berufen. Aber nichts ist besser geworden auf seiten der Gruppen und Individuen, die die Ansprüche des Prozeßbüros im Kern teilen.

Die einzelnen Gruppen und Grüppchen arbeiten vor sich hin, die Koordination klappt schlecht. Sobald die Situation im Knast sich zuspitzt, und meist erst dann, finden auf verschiedenen zersplitterten Treffs chaotische Auseinandersetzungen statt, die man zum Teil nicht mehr ernsthaft als Diskussion bezeichnen kann. Unter Zugzwang ("das halten die höchstens drei Tage durch") werden meist nur verschiedene Aktionsvorschläge gegeneinander gestellt, ohne daß Vorstellungen diskutiert oder klar werden, welches Ziel man konkret mit dieser oder jener Aktion im Auge hat, wie man die Voraussetzungen einschätzt usw. Dabei wäre gerade das natürlich besonders wichtig in einer Situation, wo die Bedingungen so schwierig sind.

Es sind immer die gleichen Leute, die sich da treffen, was auch wegen der geringen Zahl zur weit verbreiteter Resignation geführt hat: eigentlich kann man nichts machen. Nirge[illegible] ist es gelungen, die kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit zu leisten, weder im Stadtteil, noch an Unis oder im Betrieb.

Das Spezialistentum hat sich eher noch verstärkt: In den Basisgruppen wird kaum über die politischen Prozesse oder die Haftbedingungen diskutiert, es sei denn es betrifft P.P. Zahl — ansonsten stehen das Thema und die Gruppen am Rande.

WAS WIR VERHINDERN KÖNNEN

Es gibt eine Menge Gründe für diese Situation, die oft diskutiert worden ist, mit der wir rechnen müssen, die wir aber zunächst nicht beeinflussen können. So sind wir uns sehr wohl bewußt über den großen Anteil, den die massive Staatsschutzpropaganda in den punktuell so gut wie gleichgeschalteten Medien dabei hat.

Was wir aber selbst verändern können,ist die Unklarheit über das , was wir wollen. Denn bei den zahlreichen Diskussionen, in den Flugblättern, in den Aktionen gingen zumindest zwei Ziele ständig durcheinander: Die Unterstützung von Strategie und Praxis der Stadtguerilla oder einzelner Gruppen oder des bewaffneten Kampfes schlechthin und der Widerstand gegen den Abbau von dem gesetzlichen und öffentlichen Schutz von Staatsübergriffen in ihren verschiedenen Formen bzw. der Widerstand gegen diese Übergriffe selber.

DIE OFFENE UND VERSTECKTE VEREINNAHMUNG

— In Flugblättern und Zeitungsartikeln stehen immer wieder Parolen zur Unterstützung der Stadtguerilla: "Schafft viele bewaffnete Zellen ", "Unterstützt den Kampf der politischen Gefangenen auf allen Ebenen", usw.
  Wenn die RAF die Anwendung der Genfer Konvention fordert, wird sie in manchen Flugblättern einfach auch gefordert, obwohl Tatsache ist, daß die Forderungen eine Konstruktion im Nachhinein ist , die außerdem eine Spaltung gegenüber den "normalen" Gefangenen darstellt und somit zumindest problematisch ist.

— Wenn nach den Attentaten auf Buback und Ponto Zwieback —Feiern und Sprüche wie "schafft viele Bubacks" gemacht werden, steht in Flugblättern von Knastgruppen etwas vom "Abschuß Bubacks" oder Pontos, oder daß sie „ins Jenseits befördert" wurden. Die offenen Befürwortung der Praxis der Stadtguerilla (Oder dessen, was man dafür hält) wird verbunden mit ironischen , koketten Wortspielen, z.B. in der Flugblatt—Überschrift "Rebmanns Todesurteil", v.i.s.d.p. fiete Kampf. Auf Veranstaltungen zu den Haftbedingungen oder zu konkreten Prozeßen hängt plötzlich oben drüber das Transparent der Bewegung 2. Juni mit Knarre, oder auf der Studentenbewegungsdemo läuft man unverersehens und ungewollt hinterher.

— In vielen Flugblättern hat es den Anschein, als seien die Flugblattmacher, die Gefangenen und die, an die man sich wendet, eine einzige große Familie. Da sind "Andreas und Gudrun" im Hungerstreik, "Siegfried" ist ermordet worden. Daß viele von denen, die die Flublätter eigentlich lesen sollten, beim "Mord an Siegfried" eher an die Nibelungen denken als an Siegfried Hausner, scheint kein Problem zu sein.

— Das, was eigentlich erklärt werden müßte, wie es z.B. auf dem Flugblatt "die Todesstrafe ist abgeschafft" mal ganz gut gelungen ist, wird normalerweise nicht erklärt, sondern vorausgesetzt. Polizei und Staatsapparat werden beschimpft als "Bullenschweine" oder einfach "Schweine". Behauptungen der Staatsanwaltschaft sind einfach "absurd". Das gesellschaftliche Klima nach Pontos Tod ist schlicht ein"vom Staatsschutz geschürtes Klima."

— Verbale Kraftmeierei und einfaches Gegenbehaupten ersetzt die Auseinandersetzung mit dem Klima; sei es nun geschürt oder nicht. Anstatt durch Aufklärung und Information dem entgegenzutreten, was in der Öffentlichkeit der Bevölkerung eingetrichtert wird, vom "fidelen Knast" bis zu der öffentlichen Konstruktion eines konspirativen Zusammenhangs von Gefangenen, Stadtguerillagruppen und deren Anschlägen, Knastgruppen, Anwälten und neuerdings auch linken Buchläden, wird faktisch oft davon ausgegangen, daß alles klar sei.

Wenn überall in der Presse den Knastgruppen der Schuh von wegen Terrorunterstützung bereits angezogen ist, meinen die einen noch immer, es wäre ihre Entscheidung, ob sie ihn anziehen oder nicht. Die anderen drückt dieser Schuh überhaupt nicht, denn sie ziehen ihn selber an, offen oder ironisch verbrämt.

DIE FUNKTION DER SYMPATHIE

Wenn er richtig ist, daß der Sinn praktischer Politik sich auch an den Ergebnissen messen läßt, wenn man auch mal davon ausgeht, daß die Attentate auf Buback und Ponto

weiter auf S. 17

Alternativzeitu

Die mit x bezeichneten Zeitungen waren auf dem fünften Alternativzeitungstreffen in Berlin vertreten. In der Liste sind aufgeführt: **Name, Auflage, Adresse, Telefon, Erscheinungsweise** und **Redaktionsschluß** (Rs). Zeitungen, die am **Solidaritätsfonds (PSchKto: Ffm 332 190 - 604)** teilnehmen wollen, sind mit „ja" vermerkt, die, die tatsächlich schon etwas eingezahlt haben mit „bez".

Die aufgeführten Zeitungen verzichten auf Copyright untereinander und gegenseitiger Artikelklau hat keine rechtlichen Folgen.

AZ – Die Andere Zeitung 5.000
Alexanderstr. 49
6000 Frankfurt Tel.: 0611 / 789 16 69
monatlich zum ersten, Red.schl. am 15. des Monats Sol.ja? ?

Bielefelder Stadtblatt x ?
c/o Buchladen Eulenspiegel
Niederwall 46 Tel.: 0521 / 17 50 49
4800 Bielefeld 1 ?

Blatt – Stadtzeitung für München x 13.500
Adelgundenstr. 18
8000 München 22 Tel.: 089 / 223 221
vierzehntägig, mittwochs, Rs Donnerstag vor Ersch. Sol.bez

Bochumer VolksBlatt 2.500
An der Landwehr 47
4630 Bochum 1 Tel.: 0234 / 51 03 88
monatlich Sol.ja? ?

Carlo Sponti + Schöner Wohnen ?
Plöck 32a
6900 Heidelberg Tel.: 06221 / 28 958
monatlich ?

Chaos – Jugendzeitung für Nenndorf und Umgebung 350
schillerstr. 26
3052 Bad Nenndorf Tel. 05723 / 32 96
erscheint unregelmäßig Sol.ja? ?

Der Gute Uelzer x 800
c/o Provisorisches Jugendzentrum, Bohldamm Baracke 14 B
3110 Uelzen 1 kein Telefon
einmal im Monat, Rs kurz davor Sol.nein

Die Mühle x 700
Unteraichgarten
8203 Rottenburg
14-tägig ?

Die Zeitung – Jugendzeitung Lübeck 500
Michael W. Schorsch, Lachswehrallee 7
2400 Lübeck Tel.: 0451 / 85 308
erscheint unregelmäßig Sol.ja? ?

Fragezeichen – Stadtzeitung für Hannover 1.800
Internationalismus Buchladen, Postfach 3003
3000 Hannover Tel.: 0511 / 17 17 3
monatlich zum ersten, Rs bis zum 15. od. 20. Sol.bez

Giessener Anzünder 800
c/o Jürgen Walter, Wilhelmstr. 13
6300 Gießen Tel.: 0641 / 761 51
erscheint unregelmäßig, gilt auch für Rs Sol.ja? ?

Graswurzelrevolution x 3.000
c/o Conni Nath, Speckstr. 8
3400 Göttingen
monatlich, Rs Monatsmitte ?

Große Freiheit – Stadtzeitung für Hamburg und Umg. 8.000
Glashüttenstr. 1 43 86 36
2000 Hamburg Tel. 040 / 410 42 62
monatlich zum 15., Rs Monatsanfang Sol.bez

Guten Morgen – Braunschweiger Initiativzeitung x 600
Helmstedter Straße 167
3300 Braunschweig
monatlich Sol.bez

Hagener Volksblatt e.V. x 3.000
Buscheystr. 56
5800 Hagen 1 Tel.: 02331 / 167 99
monatlich zum Monatsanfang, Rs 20. d. M. Sol.ja? ?

Heile Welt
c/0 Detlef Heubaum
Wellingstr. 7
4520 Melle

Die Hauptwache hat ihr Erscheinen eingestellt.

Hildesheimer Initiativ Zeitung 1.000
Margit Hilbig, Ahornweg 23 32 153
3200 Hildesheim Tel.: 05121 / 43 570
monatlich zum Monatsanfang, Rs Monatsmitte Sol.bez

Info – BUG (Berliner Undogmatischer Gruppen) x 3.300
Mehringdamm 99
1000 Berlin 61 Tel.: 030 / 693 21 99
wöchentlich am Montag, Rs Sonntag Sol.bez

Info – Bremer Undogmatischer Gruppen x 800
Buchladen im Ostertor, Sielwall 7
2800 Bremen 1
z.Zt meistens 14-tägig freitags Sol.ja

Informations-Dienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten x
Postfach 90 03 43 5.500
6000 Frankfurt 90 Tel.: 0611 / 70 43 52
wöchentlich montags, Rs Donnerstag 16 Uhr Sol.bez

Jedermann
Gasthof „Alte Post"
8991 Hergensweiler
monatlich zum ersten, überregional, Rs 15. d. M. ?

Katz – Kaiserslautern's Alternative Zeitung 800
Villenstr. 11
6750 Kaiserslautern Tel.: 0631 / 35 74
ca. monatlich, Rs unregelmäßig Sol.bez

Kieler Fresse x 800
c/0 Hundert Blumen, Schloßstr.25
2300 Kiel Tel.: 0431 / 61182
unregelmäßig ?

Klartext – Stadtzeitung für Essen x
Spanisches Zentrum, Kibbelstr. 12
4300 Essen 1 Tel.: 0201 / 23 66 02
Erscheinungsweise unklar

Klenkes – Zeitung Aachener Bürgerinitiativen 4.000
Oppenhoffallee 107
5100 Aachen Tel.: 0241 / 50 77 66
monatlich, Rs am 20. d. M. Treffen 4 x monatl. Sol.bez

Klüngelkerl – Dortmunder Volksblatt 3.500
Oestermärsch 3
4600 Dortmund 1 Tel.: 0231 / 83 14 06
monatlich, Rs am 20. des Monats Sol.bez

Knipperdolling – Münsteraner Generalanzweifler x 1.000
D. Schnack, Schillerstr. 74a
4400 Münster Tel.: 0251 / 66 12 17
monatlich zum ersten Sol.bez

Kölner VolksBlatt 7.000 – 10.000
Hohenzollernring 97
5000 Köln Tel.: 0221 / 52 97 94
monatlich zum 1., Rs zum 15. des Monats nein

Kompost – Grüne Kraft 5.000
W. Pieper
6941 Löhrbach im Odenwald kein Telefon
4 x im Jahr zu den Zeitenwenden, Rs 4 Wochen vorher Sol.bez

Kriewelsches – Zeitung für Krefeld 1.000
c/o Th. Mostertz, Oranienring 62
4150 Krefeld Tel.: 02121 / 27 44 8
erscheint unregelmäßig ?

Löwenzahn – Zeitung für altern. Lebens & Produktionsformen x
c/o Klaus Strobel, Baurat-Gerber-Str. 7 800
3400 Göttingen
zweimonatlich ? ?

Marburger Zeitung – Sprachrohr für alle, die sonst kaum zu Wort kommen
c/o W. Schreiner, Am Plan 3 1/2 2.000
3550 Marburg Tel.: 06421 / 22464
jeweils zum ersten des Monats Sol.ja

ungsadressen

BILDERDIENST IM ID
Postfach 90 03 43, Hamburger Allee 45
6000 Frankfurt/Main 90
Tel.: 0611/ 70 43 52
PSchKto: Ffm 360 811 - 608
Preise: 5 DM pro Sendung plus 1,50 DM pro Bild

Maulwurf – Stadtzeitung für Baden Baden 1.000
Hochstr. 32
7570 Baden Baden kein Telefon
erster Samstag des Moanats, Rs eine Woche vorher Sol.ja? ?

Motzkopp – Zeitung für Mainz und Umgebung x 1.000
c/o S. Storch, Speßweg 10
6500 Mainz–Laubenheim Tel.: 06131 / 87 603
monatlich, Rs am 15. Sol.ja

Mülltonne – Provinzblatt Kitzingen x 300
Postfach 1
8711 Mainstockheim
soll monatlich erscheinen Sol.ja

Neue Seeblätter x 800
c/o ESG, Höhenweg 43
7750 Konstanz Tel.: 07531 / 63215
im Semester monatlich Sol.bez

Notwendige Zeitung für Flensburg und Umgebung x 1.000
c/o Norbert Ernst, Große Straße 24
2390 Flensburg
erscheint noch unregelmäßig Sol.bez

Oh wie schön – Organ der Tübinger Linksradikalen 1.500
Rümelinstr. Clubhaus II
7400 Tübingen Tel.: 07071 / 21 29 29
monatlich, Rs am 20. d. M. Sol.bez

Pflasterstrand – Zeitung für Krankfurt x 4.200
c/o Kulturzentrum, Kurfürstenstr. 16 H
6000 Frankfurt 90 Tel.: 0611 / 70 30 87
14-tägig am Mitwoch, Rs Freitag vor Erscheinen Sol.ja? ? ?

Podium x ?
Mittlerer Graben 29a
8900 Augsburg
monatlich ?

Provinz – Stadtzeitung für Wiesbaden & Mainz x 1600
Adlerstr. 30
6200 Wiesbaden
monatlich zum 1. ,Rs bis zum 20. d. M. Sol.bez

Pupille – Würzburger Illustrierte x 4.000
Sophienstr. 15
8700 Würzburg Tel.: 0931 / 72415
monatlich, Rs am 20. des Monats ?

Querfeldein – Leserblatt aus Oberhessen x 600
Schröck, Dorngasse 1
3550 Marburg 13
2-monatlich bis unregelmäßig ? ?

Radi – A Zeitung fürs Ardinger Land 600
Peter Veicht, Landshuter Str. 7
8058 Erding
alle zwei Monate ? ?

Radikal – Verlag Gruppe A x 3.000
Gustav-Müller-Str. 45 821 06 41
1000 Berlin 62 Tel.: 030 / 784 78 87
wöchentlich, Rs jeden Sonntag Sol.bez

s'Blättle – Stadtzeitung für Stuttgart und Umgebung 1.700
Baumreute 34
7000 Stuttgart 1 Tel.: 0711 / 60 64 57
monatlich am 1. sonntag, Rs 10 Tage vorher Sol.bez

Schnürschuh – stadtzeitung für Bremen x 800
Fedelhören 43
2800 Bremen 1 Tel.: 0421 / 37 06 10
monatlich, Rs jeweils etwa 20 d. M. Sol.ja? ?

Schorndorfer Blättle x 1.000
c/o JZ Hammerschlag, Hammerschlag 6
7060 Schorndorf Tel.; 07181 / 602 378
meist alle vier Wochen ?

Spökenkieker x 1.700
c/o Jens Myrau, Walkerdamm 14-16
2300 Kiel
monatlich zum 1. ?

Sponti-Info – Nürnberg/Erlangen x 600
c/0 Bücherkiste, Jakobstr. 26
8500 Nürnberg
monatlich unregelmäßig Sol.bez

Stadtrevue Köln 8.500
Chlodwigplatz 1
5000 Köln Tel.: 0221 / 31 74 54
monatlich Sol.ja? ?

Stadtzeitung für Freiburg x 2.500
Eschholzstr. 65
7800 Freiburg Tel.: 0761 / 336 50
monatlich zum ersten, Rs 18.bis 20. d. M. Sol.bez

Stadtzeitung in und um Kassel 3.000
Bebelplatz 149
3500 Kassel Tel.: 0561 / 40 31 44
vierzehntägig, Rs Donnerstag vor Erscheinen Sol.bez

Stadtzeitung Saarbrücken x 1;500
Jens Jacobi, St.Johanner-Markt 21
6600 Saarbrücken Tel.: 0681 / 372 46
alle zwei Monate, Rs am 20. Sol.bez

Thing-Jugendzeitung x ?
Buchladen „Roter Maulwurf", Carmerstr. 11
1000 Westberlin 12
alle zwei Monate

Transgauischer Heimatbote 600
Reinhard Heun
8090 Wasserburg Tel.: 08621 / 21 39
Weberzipfl Nr. 8

Was lefft – Erlanger Stadtzeitung 1.500
Altstädter Kirchplatz 7
8520 Erlangen Tel.: 09131 / 277 89
monatlich zum ersten, Rs vor dem 25. Sol.bez

Wat löppt 2.000
Luisenstr. 100
5600 Wuppertal 1 Tel.: 0202 / 43 50 50
bisher monatlich, erscheint z. Z. nicht Sol.nein

Wendblatt 400
c/o Lutz Conrad, Bellmannsfeld 5
3138 Dannenberg
monatlich, Rs kurz davor Sol.ja? ?

Würzburger Alternative 500
Ali Schuster, Leutfresserweg 11
8700 Würzburg Tel.: o931 / 77 22 3
monatlich im Semester Sol.bez

AUSLAND

Telefonziitig – soz. Tagesmedium über Telefon 100.000 Anrufe/Jahr
Kanzleistr. 63
CH–8004 Zürich Anruf: 00411 / 242 11 12
Schweiz Redaktion: 241 33 01

Zeitung – Versuch einer Salzburger Gegenöffentlichkeit 1.500
Haunspergstr. 70
A–5020 Salzburg Tel.: 00436222 / 729883
Österreich monatlich

Muurkrant / Stadskrant Utrecht 1000
Kopijbus, Oudegracht 36
NL–Utrecht Tel.: 003130 /31 32 23
Niederlande wöchentlich

Muurkrant Leiden 750
Postbus 243
NL–Leiden
Niederlande zwei-wöchentlich

von Stadtguerillagruppen verübt wurden bei einem bestimmten Verständnis von Politik – dann muß man sich auch fragen, warum jemand damit sympathisiert. Denn umfassender kann sich die Sinnlosigkeit einer "Politik" ja kaum erweisen.

Es wäre falsch, die bewaffneten Gruppen als Ursachen für das politische Klima zu nehmen. Sie sind noch nicht mal die Ursache für neue repressive Gesetze – die meisten lagen schon in den 50– er Jahren in den Schubladen oder wurden gar öffentlich propagiert. Aber eine Regierung im parlamentarischen Rechtsstaat braucht die öffentliche Legitimation, um Freiheitsrechte abzubauen, sie braucht Anlässe, um generelle politische Veränderungen als notwendige und zugleich als lediglich auf "volksfeindliche", "menschenfeindliche" Outsider gemün zt auszugeben.

Daß die bewaffneten Gruppen diese Anlässe liefern, äusserst günstig sogar, wie man sieht, die sich auch keineswegs beliebig finden lassen , steht ausser Zweifel. Ebenso unzweifelhaft ist der Kampf der Guerilla–Gruppen allen existierenden emanzipatorischen Bewegungngen äusserlich, man ist einfach nur von ihnen betroffen, wie immer die Betroffenheit auch aussehen mag. Die Gruppen handeln inzwischen in der EIGENDYNAMIK IHRES KRIEGES mit dem Staatsapparat, auf der Ebene Vergeltung für Schläge des Staatsapparates – weitere Schläge – Vergeltung. (Das war nicht immer so; die Anschläge auf die US–Zentralen in Frankfurt und Heidelberg fanden zu einer Zeit statt, wo die amerikanischen Kriegsverbrechen in jedermanns– und –fraus Bewußtsein und die Anti–Vietnamkriegsbewegung auf ihrem Höhepunkt waren. Dementsprechend wurden die Anschläge unter anderem auf verschiedenen öffentlichen Veranstaltungen begrüßt!)

Wir wollen hier nicht im einzelnen unsere Ablehnung von Theorie und Praxis der Stadtguerilla erklären. Wir stellen nur die Frage nach der Funktion, die die fast mystisch anmutenden Sympathien gerade auch von solchen Leuten für die Stadtguerilla haben, die für sich selber keineswegs die Perspektive des bewaffneten Kampfes sehen.

Wir gehen davon aus, daß jedes weitere Attentat im Moment eine Sache wäre, die man einem weitentwickelten Geheimdienst jetzt ohne weiteres zutrauen könnte, und wenn man sieht, welche Funktion der Anschlag auf Buback hatte in der Verdrängung der Abhöraffäre, Stammheimer Prozeß und Brokdorf aus der Öffentlichkeit, kann man getrost sagen, daß der Anschlag sozusagen auf Bestellung kam. Oder auch jetzt der versuchte Anschlag mit der Stalinorgel zu einem Zeitpunkt, wo das Vorgehen des Staates gegen die Gefangenen fast ununterbrochen als legitime Vergeltung für die Taten der Guerilla erscheint – fataler kann die Logik einer bestimmten Strategie des bewaffneten Kampfes kam zusammenfallen mit der Logik des Staatsschutzes.

(Kitson, englischer Geheimdienstexperte, erläutert in seinem Buch "limited warefare" die Methoden der Counterinsurgency : zur Diskreditierung bestimmter Gruppen keine eindeutig provokatorischen, sondern zweideutige Aktionen machen!);

POLITISCHE LINIE UNTERGEJUBELT

Doch wie dem auch sei: Tatsache ist, daß nur eine sehr, sehr kleine Minderheit diese Stadtguerilla akzeptiert. Der Rest derer, die sich gleichwohl gegen die zunehmende Rechtslosigkeit zur Wehr setzen wollen, steht dem ablehnend gegenüber, aus welchen Gründen auch immer. Tatsache ist auch, daß alle politisch eingeschüchtert, zumindest sehr vorsichtig geworden sind, was nicht einfach Zeichen fehlenden persönlichen Mutes oder mangelnder Zivilcourage ist. Die Repression ist real.

Auf jeden Fall kann von niemandem erwartet werden, sich auf eine politische Linie zu bringen oder in Aktionen hineinziehen zu lassen, die sie oder er ablehnt.

Genau das ist immer wieder der Fall gewesen. Da sind Gruppen, die sagen, daß sie etwas gegen Vorverurteilung der Gefangenen machen wollen, gegen die Behinderung der Anwälte, die keine Akteneinsicht haben, die abgehört werden, die mit Berufsverbot und durch Anschläge auf ihre Büros bdroht werden. Sie wollen verhindern, daß willkürlich eine Frau wie Eleonore Poensgen bundesweit als terroristisch abgstempelt wird und behandelt werden darf, wo sich dann heraustellt, daß zahllose Zeugen das Gegenteil beweisen. Überlänge der U–Haft, mangelnde medizinische Versorgung, Isolation, – alles Zustände, gegen die viele sich wehren wollen, wo sie zu stehen können. Aber kaum folgt man dem Aufruf einer solchen Gruppe, dann merkt man plötzlich, daß man die "Bewegung 2. Juni " unterstützt, oder den "Abschuss" von Buback, oder...........

VERLUST AN GLAUBWÜRDIGKEIT

Da dies immer wieder der Fall war, ist die Unsicherheit gegenüber allen Initiativen für Knastgruppen, die überhaupt etwas mit den politischen Gefangenen zu tun haben, sehr groß, sie sind nicht mehr glaubwürdig, weder für einzelne demokratische Redakteure bürgerlicher Zeitungen, noch für die sogenannten (Scheiß?)–Liberalen, noch für tausende von Studenten, die gegen Berufsverbote auf die Strassen gehen.

Der Grund für uns, die politischen Gefangenen zu unterstützen, ist nicht der, daß sie der RAF oder dem 2. Juni angehören. Der Grund ist, daß der Staat ihnen gegenüber zu Methoden greift, die so unmensch lich sind, daß sie sogar gegen bestehende Gesetze verstossen. Daß an ihnen Methoden vorexerziert werden, die die wenigen Schutzmöglichkeiten außer Kraft setzen, die ohne eine starke politische Bewegung den einzigen Schutz vor grenzenloser staatlicher Verfolgung darstellen, letzlich den Unterschied eines parlamentarisch–demokratischen Rechtsstaates zum Faschismus oder einer anderen Form der offenen Diktatur ausmachen.

Wir stelllen uns der Tatsache , daß gerade an den RAF– usw. Gefangenen die Willkür praktiziert wird, die die Normalität von staatlicher Machtausübung, von Knast und Justiz noch überbietet, und bekämpfen, das aber sicher nicht dadurch, daß wir Theorie und/oder Praxis der RAF akzeptieren. Wir tun dies genausowenig, wie wir beim Kampf gegen die Berufsverbote die DKP unterstützen, wenn wir uns für die betroffenen DKPler einsetzen.

MOTIV POLITISCHEN HANDELNS

An dieser Stelle wird immer wieder der Vorwurf des Human ismus und Demokratismus angebracht. Ganz abgesehen davon, was jeweils konkret damit gemeint ist (denn meist wird das nicht weiter erklärt) fragen wir, wo der Vorwurf liegt. Für uns ist die Verbesserung der Existenzbedingungen noch immer das Motiv für jede Art von politischem Handeln. Daß wir im Augenblick eher die Verschlechterung bekämpfen müssen, ändert daran nichts. Gerade der Knast, die Psychiatrie usw. sind wahrscheinlich die Institutionen, in denen sich gesellschaftliche Unfreiheit am deutlichsten ausdrückt, zugleich auf die Spitze getrieben wird. Und in diesen Institutionen der Unterdrückung, die noch nicht einmal ihre angeblichen Funktionen von Abschreckung und Resozialisierung erfüllen, sind wiederum die politischen Gefangenen vielfach die am schlimmsten Betroffenen, bis zu dem Punkt, wo sie mit dem Tode bedroht sind.

Dies sind Tatsachen, die sowohl für die BRD gelten, wie etwa für die Sowjetunion oder wahrscheinlich auch China. Sie sind das Entscheidende, obwohl die Bedingungen , unter denen der Kampf gegen die Systeme der Unmenschlichkeit geführt wird, unterschiedlich sind. Diese Bedingungen sind politische, der Kampf ist ein politischer, also kein rein "humaner" oder rein „humanitär". Das unterscheidet ihn etwa von den kirchlichen Spendenaufrufen für Biafra, da

die Kirche sich unter anderem oft die Bedingungen für den den Hunger nicht bewußt macht.

Hinter dem Vorwurf, unpolitisch ranzugehen, verbirgt sich bei genauerem Hinsehen also der Vorwurf, eine bestimmte Politik nicht zu unterstützen, die wir allerdings nicht unterstützen wollen.

KLARHEIT SCHAFFEN

Wenn wir die Übergriffe verhindern wollen, wenn wir den Schleier um die Funktion von Knast und Justiz überhaupt lüften wollen (was unbedingt notwendig wäre, da die besondere Repression gegen die politischen Gefangenen nur die allgemeine Logik, auf die Spitze getrieben, ist), wenn wir glaubwürdig sein wollen, um andere in den Kampf integrieren zu können, müssen wir Schluß machen mit allen Zweideutigkeiten.

Solange die Gruppen in diesem Punkt keine Klarheit haben, werden Erklärungen wie die anfangs zitierte vom Prozeßbüro folgenlos bleiben — denn sie stehen im Widerspruch zu anderen Erklärungen.

Dann kann man sicher immer noch Attentate befürworten — man hat aber vermutlich keine Chance mehr, selbst den Tod von Gefangenen zu verhindern.



VERTEIDIGERGESPRÄCH RECHTSWIDRIG ÜBERWACHT

WERL 21. Oktober *Referendar Peter Budde (Dortmund) in einer Presseerklärung über Vorfälle in der Justizvollzugsanstalt Werl:*

„1. Bei meinem heutigen Besuch (21. Oktober, d.Red.) als Verteidiger des Strafgefangenen Lothar G e n d in der Justizvollzugsanstalt Werl wurde ich durch den Stellvertretenden Leiter der JVA, Herrn Hötter, unter Androhung des sofortigen Hinauswurfs genötigt, die Überwachung des Verteidigergesprächs zu dulden.

Die Überwachung eines Verteidigergesprächs durch die Justizverwaltung ist in jedem Falle gesetzwidrig. Sie stellt einen schwerwiegenden Eingriff in elementare Grundsätze eines fairen Verfahrens, wie die unbehinderte Verteidigung und das ungestörte vertrauliche Verteidigergespräch dar. Dieser offene Rechtsbruch geht über die bereits gesetzlich geschaffenen Beschränkungen der Rechte des Angeklagten und seines Verteidigers hinaus. Er weist auf die dringende Gefahr hin, daß jeder, der des Terrorismus irgendwie verdächtigt wird, selbst bei Fehlen jeglichen Beweises für rechtlos und vogelfrei erklärt, aus der menschlichen Gesellschaft ausgebürgert wird.

Damit werden nicht undefinierbare Sympathisanten des Terrorismus, sondern unser aller wesentliche Freiheitsrechte in ihrem Kernbereich angegriffen.

2. Der Bundesminister der Justiz hat gegen meinen Mandanten eine Kontaktsperre angeordnet.
Gegen diese Anordnung hat Herr Gend bereits am 6. 1 0. gebeten, den vom Gesetz vorgesehenen Überprüfungsantrag stellen zu dürfen.
Dieser Antrag ist nach dem Kontaktsperregesetz die einzige Möglichkeit des Gefangenen, sich gegen diese Einordnung zu wehren. Im Falle von Herrn Gend gibt es keinerlei Tatsachen, die den gegen ihn erhobenen schwerwiegenden Verdacht begründen könnten.

Der Antrag i s t vom zuständigen Amtsgericht entgegenzunehmen, er i s t folglich auch von der JVA dem Amtsgericht weiterzuleiten.
Demgegenüber haben es die Verantwortlichen der JVA Werl über zwei Wochen hinweg, bis zum 2 0 . 1 0 ., Herrn Gend nicht ermöglicht, diesen Antrag zu stellen. Mit einer solchen Praxis ist der von der Kontaktsperre zu Unrecht betroffene Gefangene auf Gedeih und Verderben den Entscheidungen der Anstalt ausgeliefert. Was das bedeutet, läßt sich von außen nur erahnen."

FREISPRÜCHE IM AKTENVERBRENNUNGSPROZESS

Frankfurt, Oktober 1977 *Ein Prozeßteilnehmer berichtet:*

„Am 18., 20. und 21. Oktober fand vor dem Landgericht Frankfurt die zweite Runde im Aktenverbrennungsprozeß (siehe ID 185) statt, nachdem ein erster Anlauf im Juli geplatzt war. Am Ende standen drei Freisprüche, weil zwei der Angeklagten an der Aktion (Go-In ins Kanzleramt der Universität aus Protest gegen die Anhörungsverfahren für Tutoren, bei dem auch Akten auf der Suche nach Anhörungsunterlagen mitgenommen und später auf dem Campus verbrannt wurden) nicht teilgenommen hatten und dies auch mit Zeugen recht deutlich beweisen konnten. Der dritte Angeklagte war zwar im Kanzleramt gewesen, aber aus Zufall und ohne sich „an dem schweren Anschlag auf den Rechtsstaat' zu beteiligen.

Im Prozeß warfen die Aussagen der Belastungszeugen ein charakteristisches Licht auf die Ermittlungstätigkeit der Polizei. So wurde während des Go-Ins zunächst niemand festgenommen oder identifiziert. Da aber bei solchen ‚zutiefst antidemokratischen Gewaltakten' irgendwelche Leute, nicht zuletzt wegen der Abschreckung, bestraft werden müssen, setzen Ermittlungen ein, deren Praktiken allen Vorschriften Hohn sprechen.

So rückten Kripoleute mit ihren Lichtbildmappen im Kanzleramt an und setzten sich mit einigen Angestellten gemütlich an einen Tisch. Beim Blättern in den Lichtbildmappen wurden dann auch ‚spontan' ein Mann und eine Frau wiedererkannt. Nach der derart ‚zweifelsfreien' Täteridentifizierung blätterte man vorsichtshalber nicht in den Mappen mit dem eh schon ausufernden Täterkreis von mindestens 200 Personen weiter, um keine Verunsicherung aufkommen zu lassen. Anschließend wurde von den beiden Kanzleramtsdamen mit dem hervorragenden Personengedächtnis das Erinnerungsprotokoll an das Ereignis vom Vortag angefertigt, in dem schon festgehalten wurde, daß die Täter bereits unmittelbar festgestellt worden seien. Es hat den Anschein, daß die Herren von der Kripo hilfreich dabei mitwirkten. Dabei hielt man sich auch nicht mit überflüssigen Personenbeschreibungen auf, sondern vermerkte bei dem wiedererkannten Mann, daß seine Identifizierung anhand der spezifischen Persönlichkeitsmerkmale (rundes Gesicht und Bart) stattgefunden habe; aus irgendwelchen Gründen hielt man später ‚die langen blonden Haare' für persönlichkeitsspezifischer und berichtigte das Protokoll mit einer anderen Schreibmaschine.

Bei der wiedererkannten Frau verzichtete man vorsorglich gleich auf eine nähere Persönlichkeitsbeschreibung und legte sich diesbezüglich erst im Prozeß näher fest, wo die Anwesenheit der Angeklagten eventuelle Erinnerungslücken ausgleichen konnte. Daß die Betroffene jetzt 10 Kilo weniger Körpergewicht aufwies als vor zwei Jahren, das konnte ja nun wirklich niemand ahnen.

Dies führte bei den Belastungszeuginnen während der Befragung durch die Verteidiger zu vielen Unsicherheiten, zumal im Hintergrund ihrer Aussagebereitschaft nicht einmal Böswilligkeit oder abgefeimte Absprachen gestanden haben müssen, sondern nur die ‚normale' Autoritätsfixierung, die, wie es die Verteidigung aufdeckte, zumindest bei der einen Zeugin ganz deutlich das Gefühl einer Prüfungssituation erzeugte , in der sie sich anstrengte, die gewünschten Antworten zu bringen.

Eine weitere mitinitiierende Kraft des Prozesses war die Universitäts-Bürokratie, konkret die Rechtsabteilung, die, wie auch schon in anderen Fällen, die Ermittlungsergebnisse und Beschuldigungen zu Strafanzeigen ‚verarbeitete'.

Das bisher Dargestellte bezog sich vor allem auf zwei Angeklagte. Bei dem dritten Beschuldigten wurde deutlich, wie unverfroren Gerichte heute eine politisch-juristische Verteidigung abblocken. So versuchte die Verteidigung darzustellen, daß der Anhörungserlaß arbeitsrechtlich unzulässig sei, da trotz der niedrigen Einstufung der Tutorentätigkeit (Bürohilfsarbeit, keine Sozialversicherung etc.) dasselbe Treueverhältnis zur FDGO wie bei Beamten gefordert werde. Da der Erlaß außerdem noch ohne Anhörung der Personalvertretung (Verstoß gegen das Hessische Personalvertretungsgesetz) erlassen worden war, sei er auch aus diesem Grunde rechtsiwdrig gewesen. Als Konsequenz daraus war der studentische Widerstand (Vollversammlung, Aktionstage, Demonstration zum Kanzleramt etc.) durch das Grundrecht der Koalitions- und Versammlungsfreiheit gedeckt, selbst juristisch legitim.

Dem Gericht freilich war alles, über das ‚wer war, tat wann, wo, wie, was? ' eben nicht ‚zur Sache gehörend'. Es unterbrach Ausführungen und lehnte alle Beweisanträge ab. Dennoch war dem Angeklagten nichts anzuhängen, da er vollkommen passiv im Kanzleramt gestanden hatte, zu einer Zeit, als es noch dem Publikumsverkehr offenstand und außerdem keine Aufforderung zum Verlassen des Hauses ergangen war.

Zum Schluß ist noch zu bemerken, daß der glückliche Ausgang des Prozesses gar nicht so gradlinig und selbstverständlich war, wie das vielleicht scheint. Den Richtern war die Lust am Verurteilen zeitweise deutlich anzumerken.

Das wäre allerdings schwer geworden, da sich der Staatsanwalt korrekt verhielt und wegen der Fragwürdigkeit des Belastungsmaterials selbst auf Freispruch plädierte.

Von daher quittierten die Zuschauer das belehrende Schlußwort des Vorsitzenden Bauer ‚über das Weiterbestehen der Rechtsstaatlichkeit an den deutschen Gerichten' mit einem aufrichtig herzlichen Gelächter."

STAATSANWALTSCHAFT ERMITTELT GEGEN ‚LIVING THEATRE'

MÜNCHEN 27.Oktober *Beim Internationalen Theaterfestival in München ist auch das amerikanische ‚Living Theatre' aufgetreten. Auf die „fünfte Meditation" aus dem Stück „Sieben Meditationen über den politischen Sado-Masochismus" kam eine Anzeige und — fünf Tage nach der Aufführung : am Dienstag, 25.Oktober, die Polizei zu Julian Beck, den Gründer der Truppe. Er wurde festgenommen und nach 9 Stunden auf Kaution (2 000 Mark) freigelassen. Die Staatsanwaltschaft München I ermittelt wegen „Verunglimpfung des Staates".*

Nachfolgend der Text der „fünften Meditation", eine Stellungnahme des Theaterfestivals zur Festnahme und eine kurze politische Standortbestimmung des ‚Living Theatre'.

TEXT DER FÜNFTEN MEDITATION

1. Der Name Papageienschaukel kommt von dem Stab, an den das Opfer gehängt wird. Dem Opfer werden an den empfindlichsten Stellen des Körpers Elektroschocks verabreicht: An den Augen, Ohren, Mund, an den Brüsten, im After, am Penis und den Hoden, oder der Vagina.

2. Dieses Jahr werden diese oder andere Formen der Polizeifolter in vielen Ländern angewendet: in Brasilien, Uruguay, auf den Filipinen, in Irland, Algerien, der Bundesrepublik Deutschland, Chile, Israel, Spanien, Türkei, Irak, Iran, und in zweiundfünfzig anderen Ländern.

3. Die Maschine, die in Brasilien und anderen Ländern für Elektroschocks verwendet wird, ist ein US-Armee Feldtelefon-Generator, der in den USA hergestellt wird von der Firma ITT (as in English).

4. In Nordirland werden Gefangene einer speziellen Form des Entzugs sinnlicher Erfahrungen, das heißt sensorische Deprivation, unterzogen. Die Regierung läßt politische Gefangene in Überkleidern mit Kapuzen während sechzehn Stunden mit ihren Händen gegen die Wand antreten, gleichzeitig werden sie einem Lärm von siebenundachtzig Decibel ausgesetzt, der viele von ihnen psychisch für immer zerstört.

5. Einige brasilianische Gefangene haben von bizarren Foltern berichtet, unter anderem wurden sie gezwungen, tagelang vor einem Tisch zu stehen, auf dem ihr Penis angenagelt war.

6. In Italien werden noch immer politische Gefangene mißhandelt. Neulich verlor dabei ein Gefangener das rechte Auge und sein Trommelfell wurde durchlöchert. Ein anderer wurde mit Knüppeln so geschlagen, daß er sich fast alle Knochen und Rippen brach, danach wurde er in eine Zelle gesteckt, in die ständig Eimer voll Wasser geschüttet wurden. Dies für vierundzwanzig Tage.

7. In Argentinien sind heute mehr als fünfzigtausend politische Gefangene inhaftiert, von denen etwa fünfzehntausend unter Folter verhört werden. Man nimmt an, daß es in Chile mehr als zehntausend politische Gefangene gibt, von denen ein grosser Teil Arbeiter und Bauern sind.

8. In der Sowjet Union werden politische Dissidenten in psychiatrische Kliniken eingeliefert, wo man sie schlägt und sie mit Insulin und Sulpher behandelt. Dies ruft ein extremes psychisches Ungleichgewicht und Schmerz hervor.

9. In den letzten zehn Jahren haben die Vereinigten Staaten mehr als achtzigtausend Polizeioffiziere der verschiedensten Staaten der Welt ausgebildet.

10. Während des Vietnamkrieges waren mehr als zweihunderttausend politische Gefangene in den Gefängnissen von Saigon, und Tausende von ihnen wurden in Tiger-Käfigen gehalten.
Diese Käfige wurden ursprünglich von den Franzosen nach Indochina gebracht und fabriziert. Während des Vietnam-Krieges wurden sie von der Firma Raymond,Morris und Jone in Texas fabriziert und von dort nach Vietnam exportiert. Auch die Papageienschaukel wurde anfangs von den Franzosen in Indochina erfunden. Später wurde sie in Algerien benutzt, wo Offiziere des amerikanischen Geheimdienstes sie entdeckten und ihren Gebrauch seither Polizeioffizieren der ganzen Welt beibringen, um die Menschen daran zu hindern, gegen repressive, militaristische und sadistische Regierungen zu rebellieren, die sich der Folter bedienen, um die Leute in der Sklaverei zu halten.

11. In der Bundesrepublik Deutschland wird heute noch die weiße Folter der Isolation und die Deprivation des menschlichen Kontakts in Stammheim und anderen Gefängnissen fortgeführt, nicht nur um Informationen zu fördern, sondern um den Widerstandswillen der politischen Gefangenen zu zerbrechen. In Brasilien sind ähnliche Techniken angewendet worden, die zum Tod von Gefangenen geführt haben und nachher als Selbstmord hingestellt wurden.

STELLUNGNAHME DES THEATERFESTIVALS

„Wir sind empört über diesen Vorgang. Dieser Eingriff erscheint uns um so bedenklicher, als das ‚Living Theatre' angesichts unserer komplizierten innenpolitischen Situation extra für das Münchner Gastspiel eine Schrift verfasst hat, in der es sich von jeder Art von Terror und Gewalt ausdrücklich distanziert. Wir haben dieses Theater eingeladen, weil es ein berühmter und glaubwürdiger Vertreter der Gewaltlosigkeit ist. Und wir sind empört darüber, daß ausgerechnet eine so streng pazifistische Theatergruppe bei uns durch die polizeiliche Festnahme ihres Leiters diskriminiert wird. Dies zur Verhaftung von Julian Beck.

Zum Anlaß der Festnahme stellen wir sieben Fragen zum Umgang mit unserem Festival:

Wir fragen: Warum sitzen bei uns seit dem ersten Tag des Festivals Zivilbeamte von Verfassungsschutz, Polizei, Sitten- und Rauschgiftdezernat auf dem Platz und in den Vorstellungen?

Wir fragen: Ist das auch so, wenn die Staatsoper Salome oder La Bohème spielt?

Wir fragen: Warum beschweren sich das Erzbischöfliche Ordinariat und die Rathaus-CSU über angebliche Vorkommnisse, obwohl sie nachweislich unsere Vorstellungen nicht besucht haben und sich in ihrer hemmungslosen Polemik nur auf die Aussagen von angeblichen Dritten stützen können?

Wir fragen: Warum kommen Herr Gauweiler und Herr Dr. Zehetmeier, die im Kulturausschuß für das Festival gestimmt haben, nicht wenigstens einmal selbst auf das Festival, statt wild gegen uns loszupolemisieren?

Wir fragen: Was ist eigentlich Pissoir-Theater, wie der Müncher Merkur und die sich auf ihn stützende CSU unser Programm nennen?

Wir fragen: Endet die Freiheit der Kunst schon vor dem Eingang des Festivals des Freien Theaters?

Wir fragen: Warum setzt der Bayerische Rundfunk einen Fernsehmagazin-Beitrag über das Festival nach dem Protest des Erzbischöflichen Ordinariats einfach ab, ohne zu recherchieren, wie das am vergangenen Samstag geschah?"

Internationales Festival des Freien Theaters,
8 München 40, Kaiserplatz 4

DAS LIVING THEATRE KOLLEKTIV:
WARUM WIR ANARCHISTEN SIND

„Wir sind Anarchisten, denn wir glauben daran, daß Menschen fähig sind, ihr Leben zu organisieren, ohne sich einer Autorität zu unterwerfen.

Wir sind außerordentlich froh darüber, unser Stück in der augenblicklichen Situation in Deutschland zu spielen. Presse und Massenmedien verwechseln hier dieses Konzept allzu gerne mit terroristischen Aktivitäten.

Es ist nicht schwer zu verstehen, wie eine Kultur, die schon immer die Harmonie der Gesellschaft gleichgesetzt hat mit autoritärer Regierung, eigentlich denn Sinn eines anarchistischen Konzepts mißverstehen muß, und folgerichtig auch jeden radikalen Ansatz zur Veränderung der gesellschaftlichen Ordnung als ‚anarchistisch' identifiziert.

Anarchisten sind jene Revolutionäre, die daran glauben, daß die Mittel, mit denen man die Gesellschaft verändern will, sich in Übereinstimmung befinden müssen mit jener Art von Gesellschaft, nach der wir streben.

Wir glauben, es ist möglich, aus dem Kreislauf der Gewalt auszubrechen und unsere Beziehungen untereinander zu erneuern.

Wir glauben, der Verzicht auf Gewalt ist die einzige Möglichkeit für die Menschheit, zu überleben.

Wir bitten Euch, mit uns eine Grundlage zu schaffen für ein neues Niveau gesellschaftlicher Eintracht."

Das Living Theatre Kollektiv

"WILDES HUHN" DURCHSUCHT

SALZGITTER 20. Oktober — *Der Verein zur Förderung von Kultur und Kommunikation, der die Zeitung "Wildes Huhn" herausgibt (s.ID Nr. 197) schreibt in einer Presseerklärung:*

"In der Nacht zum Donnerstag, den 20.10.77, wurde zwischen 0.30 - 2.00 Uhr das Lokal des 'Vereins zur Förderung von Kultur und Kommunikation' ohne Hausdurchsuchungsbefehl und ohne Anwesenheit von Vereinsmitgliedern von ca. 10 Polizeibeamten, zumeist in Zivil, durchsucht. Vor der Tür stehenden Mitgliedern wurde der Zutritt verwehrt, mit der Begründung, sie seien nicht im Vorstand und somit auch nicht verantwortlich. Ein Grund für die Durchsuchung wurde nicht genannt.

Ein zweites Mal wurde das Vereinslokal "Wildes Huhn" am vormittag des 20.10.77 von vier Polizeibeamten, zwei Vertretern der Stadtverwaltung, einem Feuerwehrmann und einigen Männer der Städtischen Reinigungsabfuhr durchsucht. Ein Vorstandsmitglied des Vereins war anwesend. Abgesehen von der eingetretenen Einganstür hält sich der Sachschaden in Grenzen. Hingegen waren sämtliche Plakate, Broschüren, schriftliche Unterlagen und Aufzeichnungen zerstört oder beschlagnahmt. Zu den beschlagnahmten Gegenständen gehören Plakate zu Chile, Atomkraftwerken, Streiks u.a. An Broschüren wurde folgendes beschlagnahmt: ca. 50 Infos des 'Wilden Huhns', acht Exemplare der Braunschweiger Sponti-Zeitung 'Guten Morgen', Iran-Reporte, 'Atomexpresse' und sonstiges.

Bei der zweiten Durchsuchung wurde das Lokal von innen und auß en fotografiert und drei Fensterläden aus Holz, auf denen Parolen zu politischen Gefangenen u.ä. geschrieben waren, mitgenommen.

Zwei Vorstandsmitglieder wurden vorläufig festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt. Ein Mitglied befand sich ca. vier Stunden auf dem Revier. Der Vorwurf lautete auf Unterstützung einer 'terroristischen Vereinigung'. Die Stimmung auf der Wache war teilweise von wüsten Beschimpfungen und Drohungen bestimmt. Für einige Stunden war das 'Wilde Huhn' versiegelt.

Wir rechnen damit, daß das 'Wilde Huhn' in nächster Zeit geschlossen wird (sei es aus vorgeschobenen Gründen der Hygiene oder Feuersicherheit oder sei es aus Gründen, die in der politischen Arbeit des 'Wilden Huhns' liegen) und daß gegen Mitglieder des 'Wilden Huhns' Anklage erhoben wird wegen Unterstützung einer 'terroristischen Vereinigung'.

Was ist das 'Wilde Huhn' eigentlich?

Das Huhn ist das einzig öffentliche und selbstverwaltete Zentrum in Salzgitter, in dem linke Politik unzensiert angeboten, diskutiert und verbreitet wird. Es begreift sich als Alternative zu den gängigen Diskotheken und Jugendzentren, in denen das Alkohol-Drogen- und Musikprogramm fast ausschließlich dem privaten Kommerzinteresse der Eigentümer dienlich ist. Die Durchsuchung des 'Wilden Huhn' ist ein vorläufiger Höhepunkt in den seit der Schleyer-Entführung vom 5.9. auf vollen Touren laufenden polizeilichen Maßnahmen gegen alle, die des 'Sympathisantentums' (was immer das sein mag) verdächtigt werden. Hier in Salzgitter gab es bisher nach unseren Informationen ein Dutzend Hausdurchsuchungen. Alle fanden ohne Hausdurchsuchungsbefehl statt und immer wurden die Dienstnummern und Personalien der durchsuchenden Beamten verweigert. Häufig waren die Durchsuchungen von rüden Verhaltensweisen der Durchsuchenden begleitet.

Konkret fanden diese Durchsuchungen bei all denen statt, die dem 'Wilden Huhn' nahe stehen und bei denen nicht gesellschaftskonformes Verhalten vermutet wird, die Kritik an bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen üben und auch bemüht waren, ein differenziertes Bild über die Politik der Stadtguerilla zu vermitteln. Daß die Aktion des Staates zur Schließung des 'Wilden Huhns' und zur Kriminalisierung seiner Mitglieder erst ein Anfang (und bestimmt nicht die Spitze) in der Liquidierung jedweder relevanten Opposition gegen ein System ist, das menschliches Leben zum Objekt von Egoismus, Eigentum, Karriere, Konsum und Manipulation verkommen läßt, sei besonders denjenigen gesagt, die da meinen, es ginge sie alles nichts an.

Mitglieder des Vorstandes des Vereins und die Teilnehmer der Vollversammlung am 20.10.77."

Kontaktadresse:

Verein zur Förderung von Kultur und Kommunikation e.V.
An der Schölke 5
3320 Salzgitter 1

SELBSTVERWALTETER JUGENDRAUM SCHMALZGRUBE GESCHLOSSEN

SCHWÄBISCH GMÜND 20. Oktober — *Schwäbisch Gmünd liegt in Baden—Württemberg, der Bericht kommt von betroffenen Jugendlichen:*

„Am Donnerstag, den 13.10.77, beschloß der Gemeinderat von Schwäbisch Gmünd mit 23 CDU zu 9 SPD/FDP-Stimmen die sofortige fristlose Kündigung des Mietvertrages mit dem Stadtjugendring (ist Trägerverein).

Das ist das Ergebnis einer seit der Gründung der Aktion Jugendzentrum währenden Attacke der CDU (und jetzt auch der SPD/FDP) gegen die Selbstverwaltung und ihre radikaldemokratische Praxis. Der jüngste Anlaß: vor etwa 14 Tagen riß ein (uns altbekannter) Spitzel der Jungen Union den von einem Unbekannten in der Schmalzgrube aufgehängten Buback-Nachruf vom schwarzen Brett und schrieb einen Leserbrief in der Regionalpresse. Daraufhin setzten kriminalpolizeiliche Ermittlungen ein und die 5 Leute des Jugendrates wurden zum Rechtsdezernenten der Stadt bestellt. Man verlangte dort von uns das allseits bekannte "Distanzierungsspiel", also sich vom Anbringen des Nachrufs (OB Schoch: "eine Schmähschrift!") zu distanzieren und es zu verurteilen; ebenfalls in Zukunft Zensur bezüglich "derartiger Schriften" auszuüben. Unsere Stellungnahme lautete aber ganz klar:

Wir bestehen auf unserem Grundrecht auf Informations- und Meinungsfreiheit; jegliche Art von Zensur wird von uns abgelehnt; und über das Geschehen im Jugendraum entscheidet nur das Forum, die Versammlung aller Besucher und Benützer, mit Mehrheitsbeschlüssen. Auch vom Stadtjugendring als Trägerverein forderte man eine Stellungnahme, dieser distanzierte sich zwar vom Inhalt, nicht aber vom Anbringen des Nachrufs, und verurteilte gleichzeitig das mutwillige Abreißen von Plakaten jeder Art.

Doch das ist nur eine der Begründungen der CDU-Fraktion. In der Schmalzgrube wäre auch die "gewaltsame Besetzung" eines leerstehenden Schulgebäudes im April dieses Jahres geplant worden, und der jetzige Jugendrat würde zum größten Teil aus Besetzern bestehen, obwohl man damals "die Jugend" aufgerufen habe, sich von diesen "Drahtziehern und Funktionären im Untergrund" zu distanzieren. Weiter wurde eine länger zurückliegende Veranstaltung des RJVD (Revolutionärer Jugendverband Deutschland, die Jugendorganisation des Kommunistischen Arbeiterbundes - KABD) gegen Militarismus und Kriegsgefahr genannt. Aus all diesem wurde dann das Zitat des OB: "Wenn jemand erklärt, sich nicht an die Norm der Rechtsordnung halten zu wollen, dann dürfen diesem keine städtischen Gelder und Räume zur Verfügung gestellt werden."

Doch die ganzen Angriffe, Spaltungsversuche und jetzt die Schließung des Jugendraumes haben uns bisher nur stärker zusammenwachsen lassen, und u.a. bei den Jüngeren und Neuhinzugekommenen einen Bewußtwerdungsprozeß über den politischen Charakter der Selbstverwaltung veranlaßt: Wo immer jemand beginnt, selbständig und kritisch zu denken, und sich nicht mehr länger bevormunden und unterdrücken lassen will, setzt die immer brutaler werdende Repression in der BRD ein. Im Zug der politischen Entrechtung wird er kriminalisiert, und wer in der Öffentlichkeit erst einmal im "Sympathisantensumpf" gelandet ist, kommt so schnell nicht wieder heraus. Bei uns haben sich die Befürchtungen der SPD, die Jugend würde "radikalisiert", bestätigt. Die Stadt wird sich an uns die Zähne ausbeißen.

Freunde, bleibt heiter, der Kampf geht weiter! (Wenn auch anders wie bisher!)"

Kontaktadresse:

Gudrun Ziegler
Wasenstr. 45, 7081 Untergröningen, Tel. 07975/248

SELBSTVERWALTETE JUGENDHÄUSER: KRISENSTAB IM KREIS OFFENBACH

DIETZENBACH 22. Oktober — *Über die Situation der selbstverwalteten Jugendhäuser im Kreis Offenbach ein Bericht von Betroffenen:*

„Im Kreis Offenbach wird seitens der Volksvertreter gegenwärtig massiv daran gearbeitet, sämtliche Jugendzentren in Selbstverwaltung zu schließen und durch restriktive Maßnahmen unter Kontrolle zu kriegen. Das Jugendzentrum Neu-Isenburg hat den Überlassungsvertrag gekündigt bekommen, es wurde ihm am 18. Oktober eine Zwei-Wochen Frist zur Räumung gesetzt. Die Jugendhäuser Dudenhofen und Nieder-

roden sollen eine Satzung bekommen, dessen Kernstück der Paragraph eins ist: "Das Jugendhaus wird in Selbstverwaltung geführt. Organ der Selbstverwaltung ist der Verwaltungsrat." Paragraph drei: "Der Verwaltungsrat setzt sich aus fünf Gemeindevertretern und zwei Jugendlichen zusammen." Das spricht wohl für sich selbst.

Das Jugendzentrum Oberroden soll kurzer Hand geschlossen werden. Unser Jugendhaus in Dietzenbach hat den Vertrag zum 31.12.77 gekündigt gekriegt; am Freitag, den 21.Oktober, sollte eine neue Satzung im Stadtparlament beschlossen werden. Mit dieser Satzung soll beabsichtigt werden, aus dem Jugendhaus ein Vereinshaus zu machen. Wir sollen einen Verwaltungsrat bekommen, der sich aus fünf Stadtverordneten und fünf Vertretern der Dietzenbacher Vereine zusammensetzt. Wir selbst werden dann nichts mehr zu sagen haben, denn dieser Verwaltungsrat wird dann alles bestimmen.
Um gemeinsame Maßnahmen abzusprechen und Aktionen vorzubereiten traf sich letzte Woche erstmals ein gemeinsamer Krisenstab aller betroffener Jugendzentren. Als erste gemeinsame Aktion kann die "Aktion Lollie" im Dietzenbacher Stadtparlament angesehen werden.

LOLLIES FÜR DIE STADTRÄTE

Gestern abend (21.Oktober) sollte also beschlossen werden, daß in Dietzenbach die Selbstverwaltung abgeschafft und aus unserem Haus ein Vereinshaus werden soll. Da wir unsere Interessen im Rathaus selbst vertreten wollten, sind wir unterstützt von Leuten aus anderen Jugendhäusern im Anschluß an unsere Veranstaltung mit dem "Karl Napp Chaos Theater" (war toll, 400 Leute waren da!) mit gut 200 Leuten ins Rathaus eingelaufen. Um die anderen Bürger zu informieren, um was es heute im Parlament geht, haben wir unsere Transparente und Flugblätter mitgebracht.

Sogleich wurden wir von dem ehrenwerten "Parlamentsfürsten" darauf hingewiesen, daß jegliche Beifalls- und Mißfallsbekundung zu unterbleiben habe. Dies würden die demokratischen Spielregeln, auf die nun mal unser Rechtsstaat aufgebaut sei, gebieten. Für dieses sein Sprüchlein wurde er von uns mit tösendem Beifall belohnt. Nach dem dritten Hinweis dieser Art verteilten wir 500 Lollies, um darauf hinzuweisen, daß man schon kleinen Kindern einen Lollie gibt, wenn sie ruhig sein sollen (zum Schluß hat er dann schon gar nichts mehr gesagt).
Die CDU-Fraktion machte einen kümmerlichen Stich gegen die Selbstverwaltung, indem ihr Nachwuchsdemagoge Stich (so heißt der "Bub") zu einer oft unterbrochenen Rede gegen die Selbstverwaltung ansetzte. Für seine schwachsinnige Rede bekam er von uns ein Schild mit der Aufschrift PFUI überreicht.
Doch das konnte die CDU natürlich nicht daran hindern, die Satzung mit den Stimmen der FDP gegen die der SPD und DKP durchzubringen.

In Anbetracht dieser Donald-Duck-Demokratie (DDD - oder Dietzenbacher Dödel Demokratie) gingen wir dazu über, eine Schweigeminute im Gedenken an die soeben abgeschaffte Selbstverwaltung einzulegen (200 Leute um Mitternacht im Plenarsaal - irre!). Als diese beendet war, begannen wir rhythmisch zu klatschen und in Sprechchören die Selbstverwaltung zu fordern. Die CDU-Fraktion wurde darauf sichtlich unsicher und wütend.
Als nach 10 Minuten die Sitzung "vertagt" werden mußte, besetzten wir die Parlamentsstühle und hielten eine "Stadtverordnetenversammlung der BETROFFENEN" ab. Dabei wurde einstimmig beschlossen, die Selbstverwaltung wieder einzuführen. "Aktion Lollie" wurde nach einem Fest im Jugendhaus um sechs Uhr in der Frühe beendet.

Der kleine Krisenstab zur Rettung der Selbstverwaltung in Dietzenbach trifft sich jeden Montag um 19 Uhr im Jugendhaus Dietzenbach

Kontakt: Jugendzentrum Dietzenbach in Selbstverwaltung, 6057 Dietzenbach, Rodgaustr. 9, Tel. 06074/23049

Und noch was: Beim Verlesen dieses Artikels auf einer Hausversammlung meinten die Leute, daß es schon wichtig sei zu schreiben, daß eine CDU-Frau gesagt habe, wenn ihr Sohn so sei wie die da im Jugendhaus, würde sie ihn an den nächsten Baum hängen. Im übrigen werden wir von der CDU als "Brut" bezeichnet.









HERAUSGEBER:

Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90

Verantwortlicher Redakteur:
Frieder Kern - Walter Spruck

BABBELGAMM NR. 8 VERBOTEN

WITTMUND Oktober 1977 *Im bundesdeutschen Norden, in Wittmund, gibt es das Mariengymnasium. Schüler machen für dies und andere Schulen die Zeitung „Babbelgamm". In der Babbelgamm-Ausgabe Nr. 8 (August/September 77) stand ein Beitrag „Bundeswehr oder KDV?" Drin steht u.a.:*

„ ... In jüngster Zeit rufen auch verstärkt fortschrittliche Gruppen und Organisationen ihre Mitglieder und Sympathisanten dazu auf, in die Bundeswehr zu gehen und sich dort durch Überzeugungsarbeit und „Unterwanderung" für Frieden und Demokratie einzusetzen. Die Begründung ist durchaus stichhaltig:
Man geht zu recht davon aus, daß die Armee in unserem Staat eine Gefahr für Frieden und Demokratie darstellt. Beweise und Indizien für diese Behauptung gibt es massenhaft. Gerade die zweifelhafte Tradition, auf die die Bundeswehr sich offiziell beruft, ist ein gutes Beispiel. Da werden Kasernen nach Nazi-Größen benannt, da feierten Bundeswehr-Generale mit Franco den 35. Jahrestag des Faschismus in Spanien, da pflegt man offen brüderliche Verbundenheit mit der SS-Nachfolgeorganisation à la Rudel und chilenischen Putschoffizieren à la Kraushaar, die jetzt KZ-Kommandanten sind, außerdem bildete und bildet die Bundeswehr die Offiziere von so ziemlich allen Rechtsdikdaturen der Welt aus. In dieses Bild paßt auch die faschistische und rechtsradikale Vergangenheit (und Gegenwart) vieler höherer Bundeswehroffiziere.

Die Bundswehr ist dazu noch immer die Schule der Nation, wo man die richtige Haltung gegenüber Staat, Vorgesetzten und Untergebenen eingebleut bekommt. Viele sehen besonders darin die Aufgabe der Bundeswehr gerade gegenüber Rekruten. In einem System von praktisch völliger Rechtslosigkeit versucht die Bundeswehr, durch subtile (feinsinnig, raffiniert) Beeinflussung oder offene Schikane kritisches Bewußtsein auszumerzen und durch Pflicht, Befehl und Gehorsam zu ersetzen...

Gegen diese Gefahr, so argumentieren viele, hilft keine Kriegsdienstverweigerung. Man muß in die Bundeswehr und dort Soldaten und Offiziere aufklären, demokratisches Bewußtsein schaffen oder gar die Armee unterwandern und entscheidende Positionen besetzen, wobei man vor allem das Beispiel der demokratischen Armee Portugals vor Augen hat.

Abgesehen von grundsätzlichen Unterschieden zu Portugal zieht das Argument von der Unterwanderung der Bundeswehr nicht.
Eine Unterwanderung bis zum Obersten oder General würde nur klappen, wenn man seine Persönlichkeit und Überzeugung aufgibt, wenn man sich also moralisch zerbrechen läßt. Oder kann sich jemand einen Bundeswehrgeneral vorstellen, der Sozialist oder gar Kommunist ist? ...

Propaganda in der Bundeswehr ist also in hohem Maße Illusion, Unterwanderung ist total naiv. Außerdem treibt die Bundeswehr ja selber Propaganda (siehe Schule der Nation); es besteht also die große Gefahr, daß man als Linker in die Bundeswehr geht und als angepaßter Kuscher, der bestenfalls noch Schmidt-Anhänger ist, wieder 'rauskommt. Vor allem aber sollte man sich davor hüten, irgendwelche Phrasen zu dreschen und tolle politisch-taktische Gründe vorschützen, wenn man zur Bundeswehr geht, weil es der Weg des geringsten Widerstandes oder der Weg zu einer gesicherten Existenz ist. Solche Pseudo-Linke soll es leider immer noch geben."

Dieser Beitrag paßte dem Direktor des Mariengymnasiums nicht. Er stellte bei der Schulbehörde einen Antrag auf Verbot der „Babbelgamm" Nr. 8. Dem Verbot wurde vor allem deshalb stattgegeben, weil die Institution Bundeswehr verunglimpft werde. An allen Schulen wurde der Vertrieb massiv behindert.

Die Redakteure schreiben:

„Die Junge Presse Niedersachsen prüft gegenwärtig die Möglichkeiten einer Klage gegen die Schulbehörde, etliche Schülerzeitungen haben den umstrittenen Artikel unverändert nachgedruckt, der „Juso-Schülerexpress" und das Magazin der Gewerkschaftsjugend „ran" informieren bundesweit über den Fall."

„Babbelgamm" bittet außerdem um Solidaritätsadressen. Weitere Informationen gibt es unter der Adresse:

Schülerzeitung für den Kreis Friesland, Redaktion Babbelgamm, Postfach 313, 2942 Jever.

BÜRGERAKTION SAGT DEMO GEGEN KERNKRAFTWERKE WEGEN SCHLEYER-FAHNDUNG AB. SPONTANDEMO TROTZDEM DURCHGEFÜHRT!

SCHWEINFURT 22. Oktober Nach umfangreichen arbeitsmäßigen und finanziellen Vorbereitungen hatte sich die Bürgeraktion Umwelt- und Lebensschutz Schweinfurt am Donnerstag, den 22.10. "unter dem Eindruck der terroristischen Vorgänge der letzten Tage" dazu entschlossen, die für Samstag (22.10.) geplante Großdemonstration gegen das Kernkraftwerk Grafenrheinfeld abzublasen, um die Fahndung nach den Mördern Schleyers nicht durch die Demonstration zu beeinträchtigen. Dies bedeutet im Klartext, wie es auch der Einsatzleiter der Polizei, Otto Zerrath, betonte, daß die Bürgeraktion zwar einerseits Rücksicht auf die Stimmung in der Bevölkerung nimmt (viele "echte Bürger" wären am 22.10. angesichts der aufgewühlten Emotionen nicht gekommen!), andererseits aber die Anwesenheit starker Polizeikräfte bei der geplanten Demonstration nicht nur stillschweigend akzeptiert, sondern sogar wünscht.

Der Entschluß der Vorstandsmehrheit (die BA ist eingetragener Verein und "gemeinnützig") fiel ohne ausführliche Diskussion und ohne vorherige Benachrichtigung der Mitglieder. Dies führte zu erheblicher Verbitterung der restlichen Vorstandsmitglieder (die zumeist der Gruppe "KKW-nein" angehören), und die nun eine öffentliche Diskussion über den einsam gefaßten und dann diktatorisch durchgeführten Beschluß der Vorstandsmehrheit beginnen wollen.

Diese Empörung wiederum wurde in der lokalen Presse, vor allem in der erzkonservativen "Schweinfurter Volkszeitung" so hingestellt, als wollten "Linksextreme" in der BA die Macht übernehmen, bzw. wenn trotzdem eine Demonstration stattfinde, so sei die von kommunistischen Gruppen von außerhalb "gesteuert".
(Zitate: "Wer heute demonstriert, ist gegen das Gesetz" und "Es kann dem Bürger nicht zugemutet werden, hinter roten Fahnen herzulaufen", beides in der SVZ vom 22.10.77).

Nun, demonstriert wurde trotzdem.

Aufgrund der zahlreichen Anwesenheit auswärtiger KKW-Gegner (Autos aus der ganzen BRD), wurde ein Autokorso durch die Stadt und durch Bergrheinfeld nach Grafenrheinfeld beschlossen und auch durchgeführt. Die Entscheidung wurde spontan, d.h. nach vorheriger Beratung aller Anwesenden, was jetzt zu tun sei, und nicht etwa nach einem vorgefaßten Plan, gefällt. Die Autos wurden mit Plakaten verziert und dann fuhren wir in gemächlichem Tempo nach Grafenrheinfeld: Ohne Polizei"schutz" hinten und vorne! Auch das verursachte Verkehrschaos hielt sich in Grenzen! Unterwegs wurden Flugblätter verteilt, und die Passanten, die das Autokorso sahen, haben die Demonstration nicht nur akzeptiert, sondern auch einigermaßen freundlich begrüßt. (Durch Lächeln und Winken.) Teil-

genommen haben etwa 60 Autos. In Grafenrheinfeld angekommen, wußten wir zunächst nicht, was wir jetzt tun sollten, wegen fehlender Programmgestaltung wurde dann beschlossen, die Fahrt noch durch die anderen Dörfer in der Umgebung des KKW's fortzusetzen, und dann nach Schweinfurt zurückzufahren. Die Zufahrtsstraßen zur Baustelle waren mit ein paar VW-Kombis der Polizei notdürftig abgesichert, aber eine Baustellenbesichtigung war für diesen Tag von vornherein nicht vorgesehen und hätte viel Vertrauen verspielt.

So endete die Demonstration schließlich ebenso spontan wie sie begonnen hatte. Über den weiteren Weg des Kampfes wird in Schweinfurt allerdings noch manche harte Diskussion ausgefochten werden müssen!

FLUGBLATT VERPRELLTER AKW–GEGNER

Wir sind entttäuscht – und mit uns sicher Viele – weil wir heute nicht gegen das AKW in Grafenrheinfeld demonstrieren können,
weil alle Mühe, nicht auch zuletzt in finanzieller Hinsicht, umsonst war,
weil weiteres Hinauszögern die bisherige Entmutigung nur noch vertieft,
weil alle bayerischen Bürgerinitiativen, die an der Vorbereitung teilnahmen und in ihren Städten mobilisierten, durch die Absage vor den Kopf gestoßen wurden.

Wir können uns nicht erklären – und mit uns sicher Viele – warum der Vorstand der Bürgeraktion Schweinfurt 2 (i.W. zwei) Tage vor der Demonstration o h n e Zustimmung der Mitglieder der BA, der Demonstrationsleitung, der bayerischen Bürgerinitiativen die Demonstration platzen ließ.

Denn: Es gibt kein Argument n i c h t gegen AKW's zu demonstrieren; die Bevölkerung kann ihren berechtigten Protest gegen die Atomkraftwerke nicht von polizeilicher Taktik abhängig machen.
Den friedlichen Ablauf der Demonstration

garantieren w i r

und nicht die Polizei !

Wir stellen fest: Der Vorstand der Ba hält sich nicht an verbindliche Beschlüsse ("Wir betrachten die Sicherheitsmaßnahmen der Polizei auf dem Kraftwerkgelände als eine Angelegenheit, welche unsere Demonstration nicht berührt", Information der BA für die Teilnehmer vom 17.10.77)

Dieses Verhalten schafft Verwirrung!!

Dieses Verhalten lähmt den Widerstand gegen die lebensbedrohlichen Atomanlagen!!

Wir fordern alle AKW-Gegener auf:
- an der nächsten Mitgliederversammlung der Bürgeraktion teilzunehmen
- dort vom Vorstand über seinen unverständlichen Entschluß Rechenschaft zu verlangen
- und daraus Konsequenzen zu ziehen!

Teile der Vorstandsschaft der BA Schweinfurt, Mitglieder der BA Schweinfurt, Arbeitsgruppe AKW-Nein, alle an der Demonstrationsvorbereitung beteiligten Bürgerinitiativen Bayerns.

Verantwortlich: Pfr. Ludwig Wild, Schweinfurt, Mitglied der verantwortlichen Leitung zur Durchführung der Demonstration am 22.10.77

Weitere Informationen an:
KKW-Nein-Zentrum Schweinfurt, Am Zeughaus 34, Mittwoch und Freitag 17 bis 19 Uhr.

WÄHLERGEMEINSCHAFT „ATOMKRAFT – NEIN DANKE" IM KREISTAG VERTRETEN

HAMELN
26. Oktober

Zur Kreistagswahl am 23. Oktober im Landkreis Hameln-Pyrmont, wo die Wählergemeinschaft „Atomkraft – Nein danke" kandidierte (vgl. ID 199, wo auch deren „Plattform" abgedruckt ist), folgender Bericht:

„Die Wählergemeinschaft erhielt 6.900 Stimmen, d. h. 2,3 %. 4.200 Stimmen werden pro Abgeordnete(n) gebraucht; damit kam nur Heide von Bernstorff vom Wahlbereich Hameln-West in den Kreistag.

Dafür, daß die Wählergemeinschaft sich erst vier Wochen vor dem Wahltermin endgültig bildete, ist die Initiative mit dem Ergebnis zufrieden. Die BIs stellten sich zunächst halbherzig und zögerned zur Wählergemeinschaft, was daran lag, daß die Wählergemeinschaft sich als Sprecher aller AKW-Gegner in der Region versteht, ohne sich – wie zum Teil die BIs – von K-Gruppen, den Leuten im Anti-Atom-Dorf und ähnlichem zu distanzieren. Das änderte sich im Verlauf des Wahlkampfs, und zwei Wochen vor der Wahl machten doch sehr viele mit. Die verschiedenen Veranstaltungen wurden immer zahlreicher besucht, gerade auch von Älteren.

Im Kreistag will die Abgeordnete der Wählergemeinschaft zunächst u. a. Klarheit erlangen und Öffentlichkeit darüber schaffen, inwiefern der Kreistag – der dies abstreitet – an Plänen und Projekten bezüglich Atomenergie beteiligt ist.

Am 21. Oktober fand eine Großveranstaltung zum Abschluß des Wahlkampfs in der Weserberglandhalle statt. Eingeladen hatte die CDU zu einer „öffentlichen Diskussion" zwischen Wählergemeinschaft und ihren Vertretern unter Beteiligung von Prof. Pestel, Minister für Wissenschaft und Kunst in Hannover, CDU-Kandidat für den Landtag, früher engagierter AKW-*Gegner*. Es stellte sich heraus, daß die CDU eine Diskussionsbeteiligung aus dem Publikum, also anderer als ihrer drei Politiker und der Wählergemeinschaft Anti-AKW-Kandidaten, nicht zulassen wollte. Ein von diesen eingeladener Physiker aus Bremen, Prof. Bleck, dessen Teilnahme zuvor von der CDU zugesagt worden war, durfte nicht sprechen. Zur Veranstaltung kamen zwei Drittel AKW-Gegner, der Rest CDU-Wähler. Als die Wählergemeinschaft nach der Einführungsrede durch die Einlader sich ebenfalls äußern, nämlich zunächst lediglich danken wollte, wurde ihrem Sprecher das Wort abgeschnitten, weil nach dem Willen der Veranstalter erst Prof. Pestel reden sollte. Dieses Vorgehen fanden die Leute der Wählergemeinschaft unfair und wollten dies dem Publikum zur Diskussion stellen, was ebenfalls verhindert wurde. Daraufhin verließen sie den Raum und zwei Drittel der Teilnehmer folgten!

So machte man in einem angrenzenden Saal eine eigene Veranstaltung, zu der später auch einige CDUler kamen, da die CDU sich so ‚unklar' zur Frage der Atomenergie äußere ..."

AKTIONSWOCHE ZUM SB/JUSO-UMWELTKONGRESS

FRANKFURT
26. Oktober

„Zwischen den beiden Kongreß-Wochenenden findet in Frankfurt eine Aktionswoche statt. Straßentheater, handgreifliche Aktionen zur Umweltzerstörung und Informationsstände werden an verschiedenen Stellen in der Stadt zu finden sein. Genaueres erfahrt ihr aus Flugblättern, Plakaten usw. Eine größere Aktion, zu der noch viele Leute, vor allem AKW-Gegner, gebraucht werden, soll am Donnerstag, dem 3. November, um 15.00 Uhr, in der Innenstadt laufen. Vorher ist dazu noch ein Sammel-/Treffpunkt im Steinweg (Hauptwache) um 14.00 Uhr.

Um die Wirkung eines GAU/Super-GAU z. B. des AKW Biblis einmal handfest darzustellen, wollen wir zusammen mit möglichst vielen anderen auf ein bestimmtes Signal hin schreiend und stöhnend auf das Pflaster fallen und gemeinsam den 5.000 rem-Tod sterben. Totenstille. Für ein paar Minuten. Alles weitere auf dem Treffpunkt. Falls ihr die Aktion halbwegs sinnvoll findet, dann macht bitte mit. Und sagt es weiter. Je mehr Strahlenleichen, desto schöner die Wiederauferstehung."

DAIMLER BENZ – „GEBÜCKT UND MIT DEM HUT IN DER HAND ... ?"

STUTTGART
26. Oktober

Aus „Plakat", einer Betriebszeitung von Kollegen der Werksteile Untertürkheim, Mettingen, Hedelfingen, Brühl (13. Oktober) ein paar Neuigkeiten von Mercedes-Benz:

Die neue Arbeitsordnung liegt schon auf dem Tisch

„Bei Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen dieser Arbeitsordnung und Verstößen gegen die Sicherheit und Ordnung des Betriebes kann ein Betriebsangehöriger unter vorheriger Benachrichtigung des Betriebsrats verwarnt werden. Fristlose Entlassungen erfolgen aus wichtigen Gründen. Als solche sind wiederholte und grobe Verstöße gegen die Arbeitsordnung anzusehen." So steht es in der alten Arbeitsordnung. Es ist nicht zu übersehen: Das kleine blaue Heftchen ist mehr als nur ein Stück wertloses Papier.

Seit zwei Jahren verhandeln Betriebsrat und Werkleitung über eine neue Arbeitsordnung. Für viele Teilnehmer der letzten Betriebsversammlung war es bestimmt trotzdem eine Neuigkeit, als Karl Aspacher (Betriebsratsvorsitzender, Werk Untertürkheim) erstmals darüber berichtete. Nun droht das Thema Arbeitsordnung in der allgemeinen Debatte über Jahreswagen (die Firma versucht immer mal wieder, den Werksangehörigen Rabatt nicht mehr, wie üblich, einmal im Jahr zu gewähren - ID), MTM (Methods Time Measurement, eine Methode der Arbeitsintensivierung - ID) und Weihnachtsgeld unterzugehen. Das wäre gewiß nicht zum Vorteil der Belegschaft.

STEMPELN IN ARBEITSKLEIDUNG ?

Die Werkleitung hat ihre Forderungen an eine neue Arbeitsordnung bereits angemeldet. Ins Auge fällt vor allem eine Bestimmung, wonach das „Stempeln bei Schichtende in Arbeitskleidung zu erfolgen hat". Den Angestellten wird das kaum Kopfzerbrechen bereiten. Sie können sich nach wie vor mit dem Glockenschlag auf den Heimweg machen. Anders die Arbeiter, sie werden dann in langen Schlangen vor den Stempeluhren Aufstellung nehmen müssen und sich nach Feierabend in überfüllten Duschräumen waschen. Für viele von ihnen kann das bedeuten, daß sie erst eine halbe Stunde später als die Angestellten die Fabrik verlassen. Kann man Ungerechtigkeit noch sinnfälliger darstellen?

Aber auch für manchen Angestellten wird hier eine bittere Suppe angerührt. Welcher Meister zum Beispiel möchte tagtäglich seinen Arbeitern als Polizeibüttel gegenübertreten? Welcher Meister möchte hinter jedem Mann aus seiner Abteilung herrennen, der sich ein paar Minuten genommen hat, damit er sich in Ruhe den Dreck vom Leib waschen kann? Vor allem in den Akkordabteilungen wird es böses Blut geben. Mit Recht können die Akkordarbeiter sagen, daß sie sowieso erst von ihrem Arbeitsplatz weg können, wenn sie ihre Arbeit ordnungsgemäß erledigt haben.

Man könnte einwenden, daß keine Suppe so heiß gegessen wird, wie sie gekocht wurde. Wer so argumentiert, der sollte sich besinnen, wie es bisher schon war. Schließlich hat man doch bei jeder Akkorderhöhung immer diesen Spruch hören können: „Solange ihr früher Feierabend machen könnt, könnt ihr auch mehr arbeiten!" Das zeigt, daß auch dann, wenn eine solche Bestimmung locker gehandhabt wird, sie offenbar ihren Zweck erfüllt.

Die Zeit, die wir Arbeiter brauchen, um uns den Schmutz von der Arbeit abzuwaschen und saubere Kleidung anzuziehen gehört zur Arbeitszeit, genauso wie die Zeit, die gebraucht wird, um die Maschinen zu reinigen. Man kann sich nur wundern über die Weltfremdheit mancher Herren in der Werkleitung. Das einzige was sie erreichen, ist ein hundsmiserables Betriebsklima.

BESCHWERDERECHT

Jeder Bürger in diesem Land, der in friedfertiger Absicht kommt, kann eine Beschwerdeschrift aufsetzen, er kann Gleichgesinnte ansprechen, daß sie sein Anliegen mit ihrer Unterschrift bekräftigen, er kann das Ganze bei einer zuständigen Behörde abgeben, er kann schließlich noch die Unterstützung der Presse suchen. Mit einem Wort: Er kann ungehindert eine öffentliche Diskussion über sein Anliegen erzwingen.

Das hört auf, sobald er den Grund und Boden der Daimler Benz-AG betritt. Laut Arbeitsordnung muß er dann vorher die hochwohlgeborene Erlaubnis der Werkleitung erbitten. Er darf bei alledem keineswegs den Arbeitsablauf stören (was immer unter einem solchen Gummibegriff zu verstehen ist), er soll sich zuerst in aufsteigender Reihenfolge an seine Vorgesetzten wenden und was dergleichen Prügel mehr, die ihm die Arbeitsordnung zwischen die Beine wirft. Wer über gesunden Menschenverstand verfügt, kann es nur als einen schlechten Witz betrachten, wenn man erst die Werkleitung um Erlaubnis bitten muß, damit man sich dann über eine Maßnahme der Werkleitung beschweren kann.

Leider hat sich Karl Aspacher zu dieser Sache auf der letzten Betriebsversammlung nicht geäußert. Leider ist im Vorschlag des Gesamtbetriebsrats für eine neue Arbeitsordnung auch noch der Zusatz enthalten, daß vor einer Unterschriftensammlung in Zukunft auch noch eine zweite Genehmigung beim Betriebsrat eingeholt werden soll. Eine so betonte Übereinstimmung in dieser Sache wird sicher die besondere Aufmerksamkeit der Betriebsratsmitglieder um Willi Hoss und Hermann Mühleisen (Oppositionelle Liste) erwecken.

Computer , dein großer Bruder in Sindelfingen

In den Abteilungen Rohbau und Sattlerei im Werk Sindelfingen arbeiten rund 300 Kollegen. Ende September wurden dort die alten Stempeluhren abgebaut und neue Geräte installiert, die mit einer EDV-Anlage verbunden sind. Jedesmal, wenn ein Arbeiter an diesen neuen Geräten stupft, werden seine Kontrollnummer und die Uhrzeit in die EDV-Anlage gespeichert.

Diese neue Anlage nennt sich „elektronische Komm- und Gehzeiterfassung". Die über die neue Anlage erfaßten Daten können über viel längere Zeiträume gespeichert werden als beim alten System. Auch die Auswertung der Daten läßt sich unter verschiedensten Gesichtspunkten perfekter als bisher betreiben. Es liegt auf der Hand, daß damit auch eine perfektere Leistungsüberwachung der einzelnen Arbeiter betrieben wird. Dies dürften wohl die Vorteile sein, die sich die Werkleitung von der Anwendung der neuen Geräte verspricht.

Der Betriebsrat in Sindelfingen war der Meinung, daß die Durchführung dieser als ‚Versuch' deklarierten Maßnahmen nicht mitbestimmungspflichtig sei und hat sich das vom Vorstand der IG Metall bestätigen lassen. Am Ende wirds wohl so ausgehen wie schon öfter: Wenn die neuen Geräte in allen Abteilungen aufgestellt wird, werden diese Betriebsräte sich mit dem Hinweis auf die geschaffenen Tatsachen, die man jetzt nicht mehr rückgängig machen kann, aus der Affäre ziehen. Die elektronische Komm- und Gehzeiterfassung ist allerdings eine Maßnahme, die dazu geeignet ist, das Verhalten und die Leistung der Arbeitnehmer zu überwachen, und somit ist sie nach dem Gesetz mitbestimmungspflichtig. Die Mitbestimmung sollte dem Betriebsrat dazu dienen, möglichen Schaden von den betroffenen Arbeitern abzuwenden.

[illegible]lassungsgrund: persönliches Unvermögen

„Nachdem alle Arbeitsversuche jedoch an Ihrem persönlichen Unvermögen scheitern, sehen wir uns gezwungen, das mit Ihnen bestehende Arbeitsverhältnis fristgemäß zum 7.10.77 zu kündigen."

Dieses Zitat stammt aus einem Entlassungsschreiben der Sindelfinger Personalabteilung der Daimler Benz AG. Gekündigt wurde ein Portugiese. ‚Plakat' ist der Sache nachgegangen und hat mit dem Kollegen gesprochen. Er hat uns seine Geschichte erzählt:

„Ich arbeite seit Oktober 1972 beim Daimler in Sindelfingen. Bis Mai dieses Jahres habe ich dort im Rohbau die Karosserie zusammengeschweißt. Mein Meister war mit mir immer zufrieden gewesen, aber ich bin vor zwei Jahren krank geworden. Zuerst fing es mit starken Kopfschmerzen an, später haben mir die Beine weh getan. Das war so schlimm, daß ich oft nicht arbeiten konnte. Besonders schlimm war es, wenn ein Wetterumschwung kam. Mich haben sie zur Behandlung nach Tübingen in die Universitätsklinik geschickt. Dort hat man mir gesagt, ich hätte eine Nervenkrankheit. Wegen d[illegible]r Krankheit hat mich die Firma letzten Freitag entlassen."

Plakat: „Kannst Du mit einer so schweren Krankheit denn überhaupt noch arbeiten?"

Antwort: „Ja, die Ärzte von Tübingen haben mir auch ein Attest geschrieben, wo sie sagen, daß ich arbeiten kann, auch in der Schicht. Nur die Arbeit mit der Punktschweißmaschine, die ich bisher gemacht hatte, war zu schwer für mich. Mit einer leichten Arbeit ging das schon."

Plakat: Hast du denn versucht, eine leichter Arbeit zu bekommen?"

Antwort: „Das habe ich versucht. Seit Juni dieses Jahres habe ich mehrere Wochen an anderen Arbeitsplätzen gearbeitet.
Zuerst habe ich das Klo in der Personalabteilung putzen müssen. Das konnte ich gut machen. Aber schon nach einer Woche wurde ich wieder versetzt. Ich mußte nun im Textilbereich putzen, Treppen, Aufenthaltsräume und so. Diese Arbeit war schwer für mich, denn ich mußte viele Treppen steigen, und das ging schwer, wegen der Beine. Ich bin dort auch nur einen Tag eingelernt worden. Am nächsten Tag mußte ich gleich schon allein arbeiten. Da mein Kollege Urlaub hatte, mußte ich die Arbeit für ihn mitmachen. Ich habe dann meinen Jahresurlaub gemacht. Hinterher bin ich gleich wieder in den Textilbereich gekommen. Zwei Wochen später haben sie mich wieder versetzt. Ich habe dann an einer Maschine im Rohbau arbeiten müssen. Die Maschine ist dauernd kaputtgegangen und stehengeblieben. Wenn ich dann mit meiner Stückzahl nicht fertig wurde, kam der Kapo und hat mich die Pausen arbeiten lassen. Ich hab zwar meinen Betriebsrat gerufen, aber der hat dem Kapo beigehalten. Also hab ich auch in der Pause gearbeitet. Ich bin dann wieder versetzt worden, an meinen alten Arbeitsplatz mit der Punktschweißmaschine. Mein Meister hat sich gewundert, als ich wieder gekommen bin. Weil ich doch extra von dort wegkam, um eine leichtere Arbeit zu kriegen."

Plakat: „Hast du Dich denn nicht bei Deinem Betriebsrat beschwert?"

Antwort: „Doch, natürlich, aber die haben doch nichts gemacht. Einmal kamen sie zu mir, ein deutscher und ein portugiesischer Betriebsrat und haben gesagt, daß man so einen wie mich beim Daimler nicht brauchen könnte. Ein anderes Mal haben sie gesagt, meine Krankheit käme von meiner Mutter, da könne man nichts machen. Und daß ich das Klima hier in Deutschland nicht vertragen würde."

Plakat: „Stimmt denn das mit Deiner Mutter?"

Antwort: „Keiner von den Betriebsräten kennt doch meine Mutter. Die ist auch gar nicht krank. Außerdem habe ich auch eine Bescheinigung von der portugiesischen Auswanderungsbehörde vorlegen müssen, daß ich gesund bin, bevor ich nach Deutschland kommen konnte. Die haben mich vorher gründlich in Portugal untersucht und festgestellt, daß ich gesund bin. Auch als ich zum Daimler gekommen bin, hat mich der Werksarzt noch einmal lange untersucht und auch gesagt, daß ich gesund bin. Im ersten Jahr, wo ich bei Daimler geschafft habe, war ich kein einziges Mal krank. In den beiden nächsten Jahren habe ich höchsten einmal für eine Grippe gefehlt, vielleicht so zwei oder drei Wochen. Mit meiner Krankheit geht das doch erst seit zwei Jahren. Das Band hat mich kaputt gemacht."

Plakat: „Hat denn der Betriebsrat mit Dir gesprochen, bevor Du entlassen worden bist?"

Antwort: „Nein. Gegen Ende September bin ich mit meinem alten Meister, bei dem ich geschweißt habe, zur Personalabteilung hoch. Dort haben sie mir das Entlassungsschreiben gezeigt. Gekriegt habe ich das Schreiben erst ein paar Tage später. Ich habe damals nicht alles verstanden, denn es war kein Betriebsrat und auch kein Dolmetscher da. Den Betriebsrat, der meiner Entlassung zugestimmt hat, konnte ich auch nicht sprechen. Der war gerade auf einem Lehrgang in Stuttgart."

Plakat: „Und was passiert jetzt?"

Antwort: „Seit letzten Freitag, da habe ich zum letzten Mal gearbeitet, bin ich arbeitslos. Die Gewerkschaft hat jetzt eine Klage wegen meiner Entlassung gemacht. Aber ich habe keine große Hoffnung."

Kündigungen — Verwarnungen — Warum widerspricht der Betriebsrat nicht?

Leserbrief an ‚Plakat':

In der letzten Ausgabe von ‚Plakat' standen unter der unscheinbaren Überschrift ‚Kündigungen und Verwarnungen' Zahlen, die der Arbeit des Betriebsrats ein schlechtes Zeugnis ausstellen. Da ist von 217 Kündigungen und 204 Verwarnungen innerhalb eines Jahres die Rede. Die eigentliche Überraschung der Meldung ist aber der Hinweis, daß der Personalausschuß des

Betriebsrates bei den Verwarnungen nur in 6 und bei den Kündigungen sogar nur in 2 Fällen widersprochen hat (zum Vergleich: bei Opel Bochum (siehe ID 194), wo Betriebsräte der oppositionellen 'Liste für die Belegschaftsforderungen' im Kündigungsausschuß sitzen, hat der Betriebsrat immerhin gegen jede dritte Kündigung mit Erfolg Widerspruch eingelegt). Fast an jedem Arbeitstag wird also im Werk Untertürkheim ein Mitarbeiter verwarnt und ein zweiter entlassen, aber nur einmal im Monat hält es der Personalausschuß für nötig, zu widersprechen!

Ich vermute, daß es für manches Mitglied im Personalausschuß ein böses Erwachen gäbe, wenn die einzelnen Fälle genauestens untersucht würden. Man hört ja, daß es Fälle geben soll, wo der Personalausschuß dem Willen der Firma entsprochen hat, ohne vorher den Betroffenen anzuhören. Blindes Vertrauen – das ist scheinbar die Krone der Sozialpartnerschaft!

Allerdings müssen sich auch Willi Hoss und seine Leute, die doch von sich behaupten, daß sie als kritische Opposition die Arbeit der etablierten Betriebsräte unter die Lupe nehmen, fragen lassen, was sie dazu getan haben, solche Zustände zu verändern. Allein damit, daß man das im ‚Plakat' schreibt, ist es nicht getan.

Antwort von ‚Plakat':
Der Personalausschuß des Betriebsrates (in dem kein Mitglied der Gruppe Hoss-Mühleisen sitzt) entscheidet selbständig im Rahmen seiner Mitbestimmungsrechte über Personalmaßnahmen der Firma. Nach dem Gesetz haben zwar alle Mitglieder des Betriebsrats das Recht, in die Unterlagen des Personalausschusses Einblick zu nehmen; den Betriebsräten der Liste Hoss-Mühleisen wurde dieses Recht aber über Jahre hinweg verweigert. Erst nach endlosen Streitereien konnten sie schließlich doch Einblick nehmen. Es wurde ihnen aber nur eine Statistik der Fälle gezeigt; Unterlagen, aus denen im einzelnen Fall die Gründe zu ersehen wären, würden – so jedenfalls behaupten die Mitglieder des Personalausschusses – nicht aufbewahrt. Das beißt sich nun aber mit der Tatsache, daß der Betriebsrat im Werk Sindelfingen und der im Werk Zuffenhausen solche Unterlagen führen. Solange es in Untertürkheim bei der alten Praxis bleibt, wird manches im Dunkeln bleiben."

Ausbildungsplätze

Bei der letzten Betriebsversammlung im Werk Untertürkheim ließ es sich Direktor Hirschbrunn nicht nehmen, ein weiteres Mal den Beitrag der Firma Daimler Benz zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit hervorzuheben. Deshalb seien an dieser Stelle nochmals die Zahlen aus den offiziellen Geschäftsberichten aufgeführt:
Nachdem im Jahre 1973 insgesamt 6100 Auszubildende im Inland beschäftigt wurden, fiel die Zahl 1974 auf 5800. In den Jahren 75 und 76 waren es sogar nur jeweils 5700 Lehrlinge. Die Erhöhung der Zahl der Ausbildungsplätze, die die Firma für 1977 vorgenommen hat, wirkt sich so aus, daß jetzt knapp 6000 Auszubildende bei Daimler arbeiten.

Die absolute Senkung der Ausbildungsplätze wird noch verwunderlicher, wenn man bedenkt, daß die PKW-Produktion zwischen 73 und 76 um 11,4% und die LKW-Produktion im gleichen Zeitraum um 9% gestiegen ist.

Frauenlöhne

Noch immer gibt es bei Daimler Benz bestimmte ‚Frauen-Abteilungen'. So zum Beispiel die Getriebe-Anflanscherei (1971), die Zuarbeit fürs Band leistet. Die Frauen dort sind mit 13,14 oder 15 AW eingestuft. Trotzdem müssen sie hart arbeiten. Das zeigt sich immer dann, wenn einige von ihnen wegen Krankheit oder Urlaub fehlen. Dann werden nämlich Männer eingesetzt (sie werden mit 18 oder 19 AW (=Arbeitswert) eingestuft, die mit den Vorgabezeiten nicht zurande kommen. Für die kommenden Aufsichtsrats- und Betriebsratswahlen wirbt der Betriebsrat um Vertrauen bei den Kollegen. Bei der Beseitigung der Benachteiligung der Frauen hätte er eine Möglichkeit, sich zu bewähren.

Betriebsversammlung in Sindelfingen: Einstimmig für Persönlichkeitswahl

Am selben Tag wie in Untertürkheim fanden auch im Werk Sindelfingen die Betriebsversammlungen statt. Wolfgang Bentz (Mitglied des Sindelfinger Betriebsrats) brachte einen Antrag zur Abstimmung ein. Er forderte die versammelten Kolleginnen und Kollegen auf, darüber abzustimmen, ob das Wahlverfahren für die nächsten Betriebsratswahlen im Frühjahr 78 geändert werden soll. Sein Vorschlag lautete:
Keine Listenwahl mehr, sondern Persönlichkeitswahl (über die Bedeutung des Wahlverfahrens informiert ausführlich ID Nr. 72!).
Damit das möglich wird, sollen alle, die bisher auf verschiedenen Listen kandidiert hatten, sich auf einer gemeinsamen Liste in alphabetischer Reihenfolge zur Wahl stellen. Vom Versammlungsleiter wurde die Abstimmung bis ans Ende der Versammlung verzögert. Als sie dann doch stattfand, sprachen sich die Anwesenden fast einstimmig für die Persönlichkeitswahl aus.

EIN SCHWULENTREFFEN AUF DEM LAND? !

BIELEFELD
25.Oktober

Die Initiativgruppe Homosexualität Bielefeld (IHB) schreibt:
"Druckt den beiliegenden Text möglichst bald ab, trotz des Termins im Februar müssen wir jetzt schon wissen, ob genug Leute an dem Treffen teilnehmen wollen.

... Wir haben uns überlegt, mehr Schwules in der Provinz zu machen. Um zu überleben, zu zeigen, zu besprechen, daß es gerade ausserhalb der Metropolen viele Schwule gibt, die oft unter großen Schwierigkeiten an der schwulen Bewegung arbeiten. Vielleicht kommen einige Metropolen-Sisters dabei auch von ihrer Nabelschau 'runter und von dem Krampf, Zentren der Bewegung sein zu wollen/müssen?
Der Ort, den wir Euch für den Versuch,ein 'anderes'Schwulentreffen zu versuchen, vorschlagen wollen, macht dem Namen Provinz alle Ehre: Altenmelle. Ein Dorf zwischen Bielefeld u[nd] Osnabrück. Dort gibt es das 'Bildungs- und Freizeithaus', ein alternatives Projekt, das von einem Kollektiv organisiert wird. In diesem Haus können 100 bis maximal 120 Menschen wohnen,spielen, lieben, arbeiten, reden, essen, schlafen ... Drumherum ist 'ne schöne Landschaft - und die Sub ist so weit weg... Kosten tut das Ganze 19,-- DM/Tag/Person - darin sind enthalten die Übernachtungskosten und volle Verpflegung.
Betten sind genug da - Schlafsäcke oder Bettwäsche müßt ihr mitbringen.
Als Termin haben wir mit dem Hauskollektiv das Wochenende vom 17. bis 19. Februar 1978 ausgemacht (keine Angst, die Heizung funktioniert).
Wenn Ihr Interesse, Spaß, Lust habt, an einem Treffen dort teilzunehmen, schreibt bitte bald - wenn eben möglich auch schon ungefähre Personenzahlen. Wir müssen ziemlich früh wissen, ob genug Leute zusammenkommen oder nicht - denn: wenn nicht, müssen wir den Termin rechtzeitig absagen, sonst kostets 'Gebühren'! Also rafft Euch mal auf. - und schreibt uns nicht nur, daß Ihr's toll findet und kommen wollt, sondern auch etwas darüber, was Ihr Euch zum Ablauf des Treffens vorstellt. Den wollen wir nämlich nicht selbstherrlich vorbestimmen.

Initiativgruppe Homosexualität Bielefeld (IHB)
c/o Asta Universität, Postfach 8640, 4800 Bielefeld 1

INTERNATIONALES

DIE BESETZUNG DER REDAKTIONSRÄUME VON 'LIBERATION'

PARIS
25. Oktober

Am Sonntag, dem 23.10., wurden die Redaktionsräume der linken Pariser Zeitung 'Libération' von etwa 150 Genossen besetzt. Die Aktion wurde von einer 'Versammlung der autonomen Gruppen in Paris' beschlossen, die sich in der Woche zuvor aus Anlaß der Ereignisse in Mogadischu und Stammheim gebildet hatte. Zu der Versammlung hatten u.a. die Gruppen 'Camarades', 'Front libertaire', 'Marge', 'Poing Noir' und OCL aufgerufen. Wir drucken im folgenden die Erklärung der Besetzer, in der sie ihre Kritik zusammenfassen, und die Antwort der Redaktion von Libération ab:

Während der Besetzung wurden Sprüche gesprüht wie: „Jeder Journalist ist ein Bulle", „Weg mit den Kopf-Spezialisten", „July, deine Stunde kommt bald" (Serge July ist der 'Chefredakteur' der Libération). Die Besetzung war ein Protest gegen die Berichterstattung der Liberation über die Schleyer-Entführung und über den Tod von Baader, Raspe und Ensslin. In ihrer Erklärung berufen sich die Besetzer insbesondere auf einen Artikel vom 18.10., in dem July geschrieben hatte.

„Der kurze Video-Film der RAF, den die Liberation bekommen hat, ist schrecklich: der mächtige, harte Schleyer, der spontan Ekel erregt, ist jetzt ein kaputter, ängstlicher, abgemagerter Mensch - schlimmer noch: besondere Zoom-Techniken unterwerfen sein Gesicht einer Art optischem Terrorismus. Schleyer geht aus diesem Film sympathischer hervor, als er vorher war: dieser Mensch ist dem Tode nahe und das merkt man. Er sieht wie jede andere Geisel in irgendeinem Krieg aus." ... „Es sind dieselben Elemente, die sich überschneiden: der Krieg, den die RAF-Mitglieder und die ihr nahestehenden Terroristengruppen führen, ist die genaue Umkehrung des imperialistischen Krieges, wobei die Ziele verschieden sind, die Mittel aber die gleichen bleiben, Krieg ist Krieg, sagt man. Das scheinen zumindest die RAF-Mitglieder zu sagen - kein Wunder, wenn ihr 'Krieg' anderen Kriegen ähnelt: barbarisch und absurd zugleich."

ERKLÄRUNG DER BESETZER

PARIS, 23. Oktober

„Was will July und seine Clique ?
Libération lebt von der anti-autoritären Bewegung, ist aber keinesfalls das Instrument dieser Bewegung. Libération benutzt die Bewegung für ihre eigenen Ziele, versucht sie umzulenken, sie zu deformieren und stellt sie so dar, wie es ihr gerade paßt.

Das ist in der letzten Zeit insbesondere durch die 'eleganten Ergüsse' von Serge July überdeutlich geworden, der sich locker leistet, in ein und demselben Artikel Schleyer 'sympathisch' und Baader 'barbarisch' und 'absurd' zu finden. Darüber hinaus praktiziert Libération ein paternalistisches und autoritäres Verhalten, indem sie sich das Recht nimmt, zahlreiche Artikel und Aufrufe von verschiedenen Gruppen zu zensieren und aggressiv oder verachtend abzulehnen.

Dadurch erweist sich die Libération als ein getreuer Ausdruck der bestehenden Gesellschaftsstrukturen. Von der Libération - wie von allen Zeitungen und in der ganzen heutigen Gesellschaft - wird das Denken und das Schreiben als das Vorrecht einer minoritären Elite angesehen und es bleibt auch ihr Privileg, das sie mit allen Mitteln aufrecht zu erhalten versucht.

Wir sind dagegen.
Als Antwort darauf hatten 200 Leute beschlossen, der Libération Texte zur Veröffentlichung zu geben, die diese bisher systematisch von der Libération zensierten Meinungen ausdrückten. Gegenüber dieser Bewegung war die einzige Reaktion von July und seiner Clique: zunächst Erpressung und dann Verweigerung.

Daraufhin hat die Bewegung beschlossen, das Büro der Libération zu besetzen. Diese Besetzung ist die erste Aktion einer Bewegung, die sich in den letzten Tagen auf Grund der Ermordung von Baader gebildet hat und sich auf die italienische Bewegung, auf die Revolte von Soweto und auf die Revolte von Ost-Berlin bezieht.

Da die Libération eine Unterstützung für Klaus Croissant eher verweigert als dazu aufzurufen (Hat sie ihn jemals unterstützt ?), rufen wir zu einer Demonstration vor dem Gerichtsgebäude am Montag, den 24.10., auf.

Versammlung der autonomen Gruppen in Paris"

ERKLÄRUNG DER REDAKTION VON LIBÉRATION

„PARIS, den 23. Oktober

Die Redaktionsräume der Libération sind seit Sonntagmorgen 11 Uhr von 150 Leuten besetzt, die das Erscheinen der Montags-Ausgabe verhindern.

Es sind Leser der Libération, die unzufrieden sind über die Art, wie diese Zeitung über die Ereignisse des letzten Monats berichtet hat, und die behaupten, daß ihr Standpunkt von der Redaktion zensiert wurde. Ein Teil der Besetzer wollte ganz einfach die normale Redaktion aus den Redaktionsräumen herausschmeißen, um eine ihren Vorstellungen entsprechende Ausgabe selber zu machen; ein anderer Teil der Besetzer forderte, daß ihnen vier Seiten zur eigenen Gestaltung überlassen werden.

Da die Redaktion der Meinung ist, daß es sich um eine Minderheit der Leser handelt, haben wir in Übereinstimmung mit der Konzeption der Zeitung den Besetzern angeboten, daß sie eine Seite frei gestalten können. Da dieser Vorschlag abgelehnt wurde, hat die Redaktion der Libération beschlossen, nicht unter der Kontrolle von einigen politischen Kommissaren - wer auch immer das ist - zu arbeiten bzw. am Montag nicht zu erscheinen.

Diese Vergewaltigung der Libération bedroht ihre Existenz auf drei Ebenen:

- Zunächst politisch. Es ist bedauerlich, daß gerade die Leser, die der Libération Laschheit vorwerfen, durch ihre Aktion das Erscheinen der Zeitung gerade an dem Tag verhindern, an dem die Ausweisung von Klaus Croissant droht. Libération hatte insbesondere geplant, eine juristische Dokumentation der Affäre zu veröffentlichen, die noch einmal den ausschließlich politischen Charakter eines eventuellen Ausweisungsbeschlusses beweist.

- Selbstverständlich auf einer finanziellen Ebene. Libération hat keine anderen Einnahmequellen als den täglichen Verkauf. Jede Unterbrechung im Erscheinen wirkt sich daher dramatisch aus.

- Und schließlich auf einer konzeptionellen Ebene: Libération weigert sich, dem Druck von Gewalt nachzugeben. Wir haben dieser Minorität die Möglichkeit gegeben, sich auszudrücken. Das wurde abgelehnt. Der Gebrauchswert der Libération basiert gerade auf ihrer Unabhängigkeit gegenüber dem Druck von irgendeiner Seite, und auf der Möglichkeit, daß verschiedene Meinungen zu Wort kommen können. Diejenigen, die dieses Prinzip nicht anerkennen, negieren im Endeffekt gerade das Wesen dieser Zeitung. Indem sie uns eine Linie aufzwingen wollen, wird die Konzeption der Zeitung gefährdet. Libération arbeitet nicht unter Druck. Die Gesamtheit unserer Leser wird entscheiden."

(aus: Libération vom 25.10.)

HÄUSERKAMPF IN NORWEGEN

OSLO 18.Oktober Nach den Wahlen in Norwegen, bei denen die größte Sozialistische Partei, ‚Socialistic Venstreparti', geschlagen wurde vom ‚Zentrum' und den Rechten, begann die SV, ein wenig mehr radikale Postionen zu vertreten. Sie veröffentliche in ihren Zeitungen Adressen von Gebäuden, die der Regierung gehören und die leer stehen. Sie sicherte Besetzern Unterstützung zu.

Es gab erste Besetzungen in Oslo.
Ein besetzes Haus ist vor kurzem von der Polizei angegriffen worden, es wurde geräumt und unter Polizeischutz abgerissen. Die Organisation ‚vaalrenga vel' bittet deshalb um internationale Unterstützung. Sie ist aktiv seit 1975 und hatte verschiedene erfolgreiche Besetzungen geamcht, die oftmals die Verantwortlichen zur Änderung ihrer Pläne zwangen.

Ihre letzte Aktion war am 14.August, als ca. 35 Leute, Familien mit Kindern ein Gebäude besetzten, das verschwinden sollte, um einem extrem teuren Appartement-Haus Platz zu schaffen. Unter den Besetzern sind Pakistani, die seit Jahren ohne Glück Wohnungen in Oslo suchen.

Jeder, der gegen den Abriss nützlicher Häuser irgendwo in Europa kämpft, ist aufgefordert, die Aktion in der ‚smaalensgate 14' in Oslo zu unterstützen und dies in Briefen mitzuteilen an:

‚vaalrenga vel'
formann Arne Solvang
Strómsvegen 49
Oslo 6, Norwegen

mit einer Kopie des Schreibens an:

‚boligformidlingsnemda'
akersgaten 55
Oslo 1, Norwegen

aus: ‚community action europe-info BRD
c)o Schupo, Frankfurter Str.10; 61 Darmstadt

Vom gleichen Komitee kommt ein Bericht über einen alternativen Umwelt-Kongreß:

Am 19. und 20.September fand in den USA das erste Treffen der ‚Organisationen des Nicht-Regierungs-Bereichs' (NGO's) statt, die beabsichtigten, an der Vorbereitung der UNCSTD teilzunehmen. Es wurde festgestellt, daß die Regierung der USA nicht gewillt ist, die Haupt-Positionen der ‚Transnationalen Resolution für Angepasste Technologien' in ihr offizielles Papier aufzunehmen. Die ‚non-governmental-groups' werden daher aufmerksam die Vorbereitungen des Staates verfolgen und auf einen autonomen, trans-nationalen Beitrag evtl. in Form einer ‚counter-conference' hinarbeiten.

Der Ort der UN-Konferenz '79 wird in diesen Tagen von der UN-Generalversammlung in New York festgelegt, im Gespräch sind Washington, Mexiko-City, Manila und Wien. Sobald die Entscheidung gefallen ist, werden sich die NGO's bemühen, am selben Ort Platz für ein ‚peoples-forum' zu bekommen.

Bei dem Treffen in den USA waren ca. 75 Gruppen anwesend, auch Industrie, Gewerkschaften, Wissenschaftler und ‚public interest groups'. Da diese alle sich nicht über die Ziele der UNCSTD einigen konnen, beschloß eine kleinere Anzahl autonomer Gruppen wie Unweltschützer und Alternativ-Technologie-Gruppen vor allem eine Nord-SüdKonfrontation über Technologie-Transfer und Kapital-Hilfe zu vermeiden, keine ‚paternalistische' Position gegen Entwicklungsländer zu beziehen, sondern konstruktiv, durch bi-laterale und trans-nationale Kontakte, direkte Zusammenarbeit auf der Grundlage der A.T.-Resolution anzustreben. Es ist in dieser Betrachtungsweise klar, daß auch die über-entwickelten, westlichen Industrienationen (wie BRD) sich verändern, entwickeln müssen, hin zu einer dezentralisierten Gesellschaft, die sich auf Gemeinschaften stützt, in denen jeder die wissenschaftlichen und technologischen Kapazitäten für Selbstversorgung beherrscht.

Die offizielle und die Counter-Konferenz werden 1979 stattfinden, doch in der Zwischenzeit soll durch autonome, auf Probleme am Ort bezogene Aktionen die Zusammenarbeit möglichst vieler Gruppen erreicht werden, um in der Beölkerung den Irrtum auszuräumen, man könne sich auf ‚Interessenvertreter' verlassen und bräuchte selbst nichts zu tun.
Das Problem der ‚3.Welt' zeigt mit Macht, daß Selbst-Organisation heute mehr denn je notwendig ist,; ersten, um jetzt zu überleben und zweitens, um die Grundlagen einer Zukunft zu schaffen, die für alle Menschen auf der Erde lebenswert ist.
Die amerikanischen Freunde von TRANET = ‚transnational network for alternative/appropriate technology'.

KURZNACHRICHTEN AUS IRLAND

OBERURSEL 26. Oktober Die britische Armee hat das größte Belfaster Krankenhaus, das Royal Victoria Hospital (RVH), zu einer militärischen Festung ausgebaut, nachdem sie schon seit Monaten einige Stockwerke sowie das Dach besetzt hielt. Begründet wurde diese Maßnahme damit, das RVH sei eine Hochburg der IRA, obwohl bekannt ist, daß gerade loyalistische paramilitärische Gruppen das Hospital als logistische Basis benutzen: vor einiger Zeit entdeckten die Briten ein komplett eingerichtetes geheimes "Feldlazarett" in einem protestantischen Teil Belfasts, dessen Ausrüstung im Werte von mehr als 20.000£ zum größten Teil aus eben diesem RVH stammt.

Die britische Armee als auch die faschistische RUC (Ulsterpolizei) benutzen das RVH und dessen Einrichtungen für photographische und forensische Tests sowie zur optischen und elektronischen Überwachung des nur 100 m entfernt liegenden Sinn Fein – Büros und des angrenzenden republikanischen Viertels entlang der Falls Road, dem Hauptoperationsgebiet der IRA.

Nach eindringlichen Warnungen an die britische Besatzerarmee und die Krankenhausleitung, das Hospital von Militär zu räumen, wurde von den irischen Befreiungskräften ein britischer Soldat im RVH erschossen, mehrere schwer verletzt. Daraufhin wurden alle Eingänge an der Falls Road zugemauert, so daß Patienten den einzigen noch offenen Eingang auf der der Falls Road abgewandten Seite benutzen müssen, wo es bereits früher schon zu tödlichen Anschlägen von faschistischen Loyalisten kam.
Sollte die IRA einen militärischen Angriff auf den nun rundum mit Betonplatten und "raketensicheren" Metallgitternbewehrten Spionageposten machen, werden die britischen Counter-Insurgency–Experten dies sicher als einen "terroristischen Anschlag auf ein Krankenhaus" in der internationalen Presse deklarieren.

———————

160 Arbeiter der Tyrone Crystal Glasfabrik in Ulster haben seit dem 17. Oktober das gesamte Management ausgesperrt und führen das Werk unter eigener Regie weiter. Anlaß war der Rausschmiß von 43 Beschäftigten. Die 117 restlichen Kollegen solidarisierten sich jedoch mit den gefeuerten und fordern die Wiedereinstellung aller 43 Arbeiter und die Absetzung der Firmenleitung, die trotz einer erfolgten "Finanzspritze" von 1/4 Mill.£ den Betrieb in die roten Zahlen gewirtschaftet hat.

Am 5. Oktober wurde in einem Außenbezirk Dublins der Vorsitzende der Irischen Republikanischen Sozialistischen Partei Seamus Costello in seinem Wagen erschossen.
Die Provisional Sinn Fein / IRA, die INLA (Irish National Liberatin Army) als auch die "Republican Clubs" (Officials) verurteilten die Tat.
Bisher ist noch ungeklärt, wer die Verantwortung für den Anschlag trägt.
Costello war von der Aufspaltung der IRA in einen "offiziellen" und einen "provisorischen" Flügel eine Zeitlang Stabschef der Belfast Brigade der IRA gewesen.
Im Herbst 1974, nach der Abspaltung der IRSP von der Official IRA / Sinn Fein, an der Costello maßgebend beteiligt war, entkam er nur knapp einem Attentat. Sein Wagen, in dem er saß, wurde von Heckenschützen der Officials zersiebt, Costello selbst blieb unverletzt.

In Kürze erscheint Info Nr. 12 bei:
WISK, PF 35, 637 Oberursel 5

ID - BIBLIOGRAPHIE - EIHPARGOILBIB - DI

Aus dem ‚Verlag Roter Stern' Frankfurt:

Von Klaus Theweleit „Männerphantasien".
Band 1: Frauen, Fluten, Körper, Geschichte;kostet 25 Mark.
Das Besondere daran war für mich (Mann), daß sich das Buch mit 600 Seiten in einem Zug lesen ließ.
Am Ende kamen Alltäglicher Faschismus, männliche Identität, die Zwangsgeschichte der Monogamisierung und die Wunschproduktion von ‚Anti-Ödipus' (Deleuze/Guattari) in ein Karussell, das sich immer schneller drehte. Bis ich in dem ‚Sumpf' landete, von dem ich nun verstand, warum er: die Republik ist.
Die ‚Männerphantasien' nehmen von einer Analyse der Freikorps-Literatur ihren Ausgang; umso betroffener (auch noch nach „einer ganzen Flut" von Frauenliteratur) reagiert der Lesende (Mann),weil er so viel von sich wiedererkennt; es gibt sehr viele, sehr treffende Bilder.

Trikont - Verlag, München.

* Attica. Richard X Clark, Leonard Levitt. Entstehung, Verlauf und blutige Zerschlagung einer Gefangenenrevolte. Nachwort von Peter Paul Zahl; 12,00 Die Geschichte des Aufstandes aus der Sicht der Gefangenen, ihr selbstorganisiertes Zusammenleben während der vier Tage 'Freiheit' im Knast und die blutige Erstürmung durch die Bullen.
* Kinder; Christiane rochefort, 15,00; Die Autorin von 'zum Glück geht's dem Sommer entgegen' über das Leben vor dem Erwachsensein. Die Kinder sind die ersten Opfer der Fabrikgesellschaft, die nur angepaßte Erwachsene gebrauchen kann.
* Ich habe mir eine Geschichte geschrieben; Inga Buhmann; 18,00. Inga Buhmann bezeichnet ihre biographische Geschichte als Abenteuer: das Verdrängte und Vergessene der Zeit vor dem Eintritt in den SDS, die Geschichte in politischen Gruppen, die persönliche Konfrontation mit der eigenen Entwicklung.
* Manifest für den freien Mann; Volker Elis Pilgrim; 10,00. 'Ich will versuchen, mit dem Angreifen aufzuhören. Ich will den Mann zu sich zurückführen, um seine Veränderung zu erreichen...Befreiung des Mannes es bedeutet für mich, den Mann aus der Klemme zu lösen, in die er zwischen Patriarchat und Frauenbewegung geraten ist.' (V.E.P.)
* Klau mich; Rainer Langhans, Fritz Teufel, 12,00. Unveränderte Nachauflage von 1968 als die Berliner Kommunarden die Justiz ins Wanken brachten. Ein zeitlos außerparlamentarischer Knüller, Lektüre zum Durchatmen.

Edition Nautilus, Hamburg

* Die Feuer der Freiheit, James Carr; 16,00. Autobiographie eines schwarzen, amerikanischen, rebellischen,kriminellen Militanten.
* Meine Fresse! Gedichte von Uli Becker, 9,80; aus: 'Rübe ab!':

  Als die Wärter sie fanden
  Sonntag morgen kurz nach halb acht
  war ich natürlich noch am schlafen
  Die wußten auf einen Blick was Sache war
  'Siehste', sagten sie im Chor
  'hat BILD wieder mal recht behalten!'
  Die Gefangene stand nämlich nicht
  auf dem blanken Boden der Rechtsstaatlichkeit
  Nein! Sie hing
  dreißig Zentimeter darüber
  und das allein sollte doch schon
  Bewis genug sein !

Merve Verlag, Berlin

* Das Patchwork der Minderheiten; Jean-Francois Lyotard; 8,00. Der Autor,(geb. 1925) war während des Algerienkriegs in der linksradikalen Gruppe um die Zeitschrift 'Sozialisme ou Barbarie' engagiert - er ist inzwischen wohl eher ein Barbar im 'Reich' des Sozialismus, und nicht nur dort, ein Fremdling, der die Grenzen des Imperialismus durchlöchert und die Kategorien des Zentrums zerfleddert.

Verlag Roter Stern, Frankfurt

* Männer Phantasien; 1. Frauen, Fluten, Körper, Geschichte; Klaus Theweleit; 25,00. Geschichte und Sittengeschichte sind eins. Eine literaturwissenschaftlich-historisch-psychoanalytische Untersuchung. Die Entstehung des Panzers gegen die Frau in der bürgerlichen Geschichte. Ein dickes Buch mit 200 Bildern und einem noch folgenwerdenden zweiten Band.

Tag für Tag Selbstverlag, Berlin

* Taschenkalender für Frauen. 6,00. Dieser Kalender - entstanden aus einem Konflikt innerhalb der Gruppe 'Frauenkalender' - ist nicht von einem kleinen Redaktionskollektiv gemacht worden, sondern zahlreiche Frauenprojekte, Frauengruppen und einzelne Frauen haben den Kalender gestaltet und geschrieben.

Chile - Komitee, Berlin

* Kalender 1978, Chile, der Mut zu überleben; 14,00. Vierfarbiger Kalender mit Stoffbildern aus den Elendvierteln von Santiago. Der Verkaufserlös geht direkt zur Unterstützung nach Chile.

Umwelt Kalender aus Darmstadt

* Einen solchen hat die Aktionsgemeinschaft für Umweltschutz gemacht. Kostet einzeln 5.00 bei: Umwelt- Akut c/o Bill, Frankfurter Str. 66, 6100 Darmstadt. Karikaturen von Jari Cuypers, Informationen und Tips zum Umweltschutz.

Autonome Arbeitsgruppe aus Anonymia

* Dokumentation über die Machenschaften der EAP (Europäische Arbeiterpartei). Über diesen obskuren Haufen hat schon einiges im ID gestanden. Nun haben ungenannte Dokumentaristen umfangreiches Matrial zusammengetragen, was einem schier die Sprache verschlägt. CIA - links rechts - woher und wohin, alles ist viel klarer, wenn man es nur durchschaut.!

AAO - Gegner Selbstverlag

* AAO Gefährliche Illusion einer 'heilen Welt'. Materialien zur Auseinandersetzung. Ausgewählte Beiträge aus verschiedenen Publikationen Selbsterfahrungsberichte, politische Einschätzungen. Gegen Vorkasse von 4,75 aufs Pschkto. Rene Zind, Frankfurt/M Nr. 359061-602

Kooperative der Kleinverleger

* Du Papa? Was machst du immer im Betrieb; Reinhard Lippelt, Corinne Senkbeil. Ist ein Kinderbuch mit Bildern über das Leben der Erwachsenen.(Postfach 10 19 01 , Bremen)

Zentral Film Verleih, Hamburg

* Zensur..! Ein neuer Film aus und über die BRD Wirklichkeit nach § 88 a. Von der Workshopgruppe 88a an der DFFB. 20 min.

Basis-Film Verleih Berlin

* hat zum Themenbereich 'REcht auf Arbeit' neue Filme im Verleih. die die Arbeitswelt thematisieren. Ganz neue Produktionen sind daraus beispielsweise:
  - EINTRACHT BORBECK von S. Beyeler, R. März u. M. Stelzer.. Über die Fußballwelt und Arbeitswelt eines Vereins in einem Essener Industrievorort.
  - ROSINEN IM KOPF . Thema Jugendarbeitslosigkeit von jungen Frauen. "Du nimmst den Jungs bloß die Lehrstelle weg. Früher oder später wirst du ja doch heiraten" !!
  - DIE AUFSTEIGER SAGA . Karriere - Die Ideologie wird durch die Wirklichkeit, die der Film darstellt, gründlich widerlegt.
  - SCHWARZ AUF WEIß Berichte vom Druckerstreik. Chronologische Darstellung des Streiks, Diskussionen von Druckern untereinander und mit Passanten (beim Streikposterln)

Bei Nichtaushändigung an den Gefangenen bitte mit dem Grund der Nichtaushändigung an Absender zurückschicken.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX

Informations Dienst
Postfach 90 03 43 6 Ffm 90

Nummer des Abonnements	bezahlt bis ID–Nummer	Exemplare

3842 W

D-5000 KOELN 1

Nr. 201

Posteinlieferung des letzten ID: *Samstag, 29.10.77*

Achtung, liebe Abonennten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, bitte baldigst Geld auf das ID–Konto überweisen–sonst meinen wir, ihr wollt keinen ID mehr
UND STELLEN DIE LIEFERUNG EIN !? !

Die Wirklichkeit macht die dreistesten Witze

Während der Trauerfeier und des Staatsaktes für den ermordeten Arbeitgeberpräsidenten, so berichtete die Agentur AP, sei es zu einem Zwischenfall gekommen, bei dem zwei Polizeibeamte verletzt wurden: "Nach Angaben der Polizei stolperte vor der Kirche ein Beamter des Spezialeinsatzkommandos der baden-württembergischen Polizei (SEK) über eine Absperrkette und kam zu Fall. Im Fallen löste sich ein Schuß aus seiner Maschinenpistole, der zwei Beamte des Zweiten Polizeireviers in die Beine traf." Und weiter : "Einer der Straßenschachtdeckel am Schloßplatz stand versehentlich unter Strom, so daß die Pferde einer berittenen Doppelstreife mit ihren Reitern und einem Polizeihund beim Passieren hochgeschluedert wurden."

Solche Polizeisachen scheint Zeichner Gerhard Seyfried vorauszuahnen, Tage vor dem Staatsakt erschien diese Karrikatur im münchener BLATT nr.106

